

zivilschutz magazin



Feuer, Panik, Tragödien

Heute: Drei verheerende Brände in Brüssel, Nürnberg und Paris

300 Menschenleben und ein Sachschaden von rund 160 Millionen Mark – das ist die traurige Bilanz der schwersten Brandkatastrophe des Jahrhunderts in Friedenszeiten. Gemeint ist der Brand des belgischen Warenhauses „à l'innovation“ in Brüssel am 22. Mai 1967.

Aus unbekannter Ursache entstand im ersten Obergeschoß des Hauptgebäudes in der Abteilung für Kinderbekleidung das Feuer. Eine vom Mittagstisch zurückkehrende Verkäuferin entdeckte in einer Umkleidekabine im oberen Bereich Flammen und verständigte sofort ihre Abteilungsleiterin. Telefonisch wurde der Brand einem Hausfeuerwehrmann gemeldet, der mit einem Pulverlöscher erste erfolglose Lösversuche unternahm. Der Wandhydrant hing 20 Meter entfernt, wurde aber nicht benutzt . . .

Rasend schnell dehnte sich der Brand aus; in Plüsch und Plastik der Dekoration fanden die Flammen reichlich Nahrung. Panik brach aus bei den Kunden und beim Personal, alle drängten auf die Ausgänge zu, die nur mangelhaft ausgewiesen waren. Die ersten Opfer lagen schon erstickt auf den Stufen der Freitreppe, Flüchtende stürzten sich in den Lichthof hinunter. Beim Eintreffen der Polizei lagen schon viele Menschen leblos oder schwer verletzt auf den Straßen oder im Haus. Mit Sprungtüchern und über Leitern konnten noch einige wenige Menschen aus dem Haus gerettet werden.

Nun hatte das Feuer das gesamte Kaufhaus erfaßt; der Treppenraum war nicht mehr zu begehen. So konnte selbst die Feuerwehr das Flammenmeer nicht von innen löschen, sondern war auf aussichtslose Lösversuche von außen her angewiesen. Dann stürzte plötzlich die Stahlkonstruktion eines Gebäudeteils ein und begrub etliche verzweifelte Menschen unter sich. Wenig später schon brach ein weiterer Baukörper zusammen, mit ihm das Selbstbedienungsrestaurant des Warenhauses, das schon zum Grab von mehr als 200 Personen geworden war.

Fünf Jahre zuvor, am 17. Januar 1962, forderte eine Brandkatastrophe in Nürnberg in einem ehemaligen Kaufhaus, das zu der Zeit als Lager genutzt wurde, 22 Menschenleben. Neun Schwerverletzte wurden ebenfalls aus den Trümmern ge-

borgen. Vermutlich durch Rauchen eines Arbeiters im Packmaterialkeller war der Brand entstanden.

Im Erdgeschoß warf man der Einfachheit halber die beim Auspacken der Waren anfallenden Packmaterialien über die hölzerne Kellertreppe in den Keller. Als das Lager noch als Kaufhaus genutzt wurde, befand sich an der Einmündung dieser Treppe in das Erdgeschoß eine feuerhemmende Tür, die aber inzwischen entfernt worden war. Zuletzt war der Zugang lediglich mit einem Vorhang verdeckt.

Rasend schnell breitete sich das Feuer im gesamten Haus aus. Die Feuerwehr wurde zu spät alarmiert, denn unbegreiflicherweise hatte die Geschäftsleitung angeordnet, daß bei Ausbruch eines Brandes zunächst sie selbst entscheidet, ob die Feuerwehr herbeigeht werden soll. Wertvolle Minuten verstrichen. Als die Feuerwehr schließlich anrückte, lagen schon drei Menschen zerschmettert unter den Fenstern des Lagerhauses. Fünf Minuten nach dem Alarm der Feuerwehr und eine Minute nach ihrem Eintreffen an der Brandstelle hatte sich das Feuer auf das gesamte Gebäude ausgebreitet.

Neben viel Papier in den Regalen waren auch größere Mengen feuergefährlicher Stoffe eingelagert, wie zum Beispiel Spraydosen, die als Treibmittel Propan enthielten. Auch waren in den Regalen Flaschen mit Feuerzeugbenzin, Wachskerzen und Gebrauchsgegenstände aus Kunststoff gelagert. Die Fenster waren zum Teil vergittert und die Türen zu den Fluchtwegen verschlossen: Für viele Menschen gab es kein Entkommen mehr.

Als sich schließlich der Brand auch sehr schnell in das dritte Obergeschoß ausdehnte, blieb den dorthin Geflüchteten in ihrer Verzweiflung nichts anderes mehr übrig, als aus dem Fenster zu springen. Unglücklicherweise befand sich unterhalb eines Sprungfensters eine Pergola, auf deren Balken zwei Springende fielen. Sie erlitten tödliche Verletzungen. Mit Hilfe der Zuschauer wurde von der Feuerwehr ein Sprungtuch ausgebreitet. Mit diesem konnten von zehn abgesprungenen Personen sechs gerettet werden.

Die Vorbereitungen waren abgeschlossen für die größte Wohltätigkeitsveranstaltung

des Jahres. Das elegante Paris wollte am 4. Mai 1897 den glänzenden Tag begehen, um mit dem Erlös aus dem Verkauf von Parfüms, Blumen, Süßigkeiten und Sekt verschiedene Wohltätigkeitsvereine zu unterstützen.

Der Platz für diese Großveranstaltung befand sich in dem vornehmsten Viertel der französischen Hauptstadt, in der Rue Jean Goujon, in der eine hölzerne Halle mit 22 Verkaufsbuden aufgestellt worden war. Auf Leinwandkulissen war im Inneren der Halle Alt-Paris dargestellt, große Schilder aus Pappe zierten die Verkaufsbuden und verkündeten den Besuchern, welche erlesenen Verkaufsobjekte feilgeboten wurden.

Schon in den ersten Nachmittagsstunden war der Basar nahezu überfüllt. Man kaufte und verkaufte, man lachte und scherzte – plötzlich gab es in der Bude des Kinematographen einen lauten Knall: Eine Flamme schoß empor. Laut schreiend stürzten die ersten aus dem Ausstellungsgebäude heraus; immer mehr Menschen ergriffen die Flucht. In ihrer Panik drängten sie alle zum Ausgang der hölzernen Halle; die dicht folgenden Besucher stolperten, kamen zu Fall und konnten im Strom der vielen flüchtenden Menschen nicht mehr aufstehen. Die weiten Damenkleider fingen schnell Feuer; entsetzliche Szenen verzweifelter Menschen spielten sich ab.

Als nach zehn Minuten die Feuerwehr herbeigeeilt kam, war es schon zu spät! Ein wirres Durcheinander herrschte in der Halle, es gab nur einen einzigen Ausgang. Der Pariser Korrespondent des Berliner Tagblattes schildert die Ereignisse: „Etwa hundert Leute hatten sich in einen freien Raum geflüchtet, der sich zwischen der Halle und der Mauer des benachbarten Hotels befand. Dort erwarteten sie ihr Schicksal. Sie hatten die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: zu ersticken oder von den brennenden Trümmern erschlagen zu werden. Das Eingreifen einer klugen und energischen Frau rettete sie. Die Besitzerin des Hotels, die sich im ersten Stock ihres Hauses bei ihrer kranken Tochter befand, hörte die entsetzlichen Hilferufe, eilte ans Fenster, übersah blitzschnell die Lage, erinnerte sich, daß aus ihrem Keller ein vergittertes Fenster auf das Ausstellungsgelände ging, rief Leute und ließ die Gitter ausschlagen, so daß die Menschen, die auf dem benachbarten Raum standen, durch das Fenster in den sicheren Keller hineinklettern konnten.“

Bis gegen Mittag des folgenden Tages dauerte die Bergung der Toten. Es waren 124 Menschen, die ihr Leben in dem Feuer lassen mußten. 19 von ihnen konnten nicht wiedererkannt werden. Bei der amtlichen Untersuchung wurde festgestellt, daß die Explosion einer defekten Sauerstoff-Flasche in der Bude des Kinematographen das Unglück verursacht hatte.

zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



April
4/83

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August als Doppelnummer.

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Dorothee Boeken
Günter Sers

Layout:

Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement jährlich DM 33,60,
zzgl. Versandkosten

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„Die Mängel der Zivilverteidigung beruhen weitgehend auf unzureichender Sachinformation unserer Bevölkerung“ 6

Interview mit dem früheren Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Wust, über zivile Verteidigung und Zivilschutz.

„Köln – das Venedig am Rhein“ 9

Mit 9,80 Meter zeigte der Pegel des Rheins den höchsten Stand seit 13 Jahren.

„Die Nordatlantik-Pakt-Organisation“ 14

Entstehungsgeschichte, Strukturen und Organisation der NATO – Teil 3.

„Eine lebendige Gemeinschaft hoch über dem Ahrtal“ 18

Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik, aus unterschiedlichsten Berufen und Altersgruppen kommen zur Katastrophenschutzschule des Bundes.

„Notbrunnen – vom Stromnetz unabhängig“ 24

Neuer Brunnentyp ist mit Unterwassermotorpumpe und Eigenstromerzeuger ausgerüstet.

„100 Jahre Wasserrettungsdienst des DRK“ 45

„ASB betreut Asylbewerber“ 49

„Engagierte Ärzte im Katastrophenschutz“ 51

„MHD: Mehr freigestellte Helfer“ 53

„Brandschutzwoche 1983: . . . sicherheitshalber – Deine Feuerwehr“ 55

„DLRG: Zahl der Lebensrettungen mehr als verdoppelt“ 57

„Das Minimagazin“ U 3

In diesem Monat: Safety first im Brandschutzdienst.

Drei Tote bei Hubschrauberabsturz

Beim Absturz des Rettungshubschraubers „Christoph Traunstein“ in der Nähe von Teisendorf in Oberbayern kamen die drei Insassen ums Leben. Die Maschine war auf dem Rückflug von einem Rettungseinsatz in der Dunkelheit in einen Schneesturm geraten.

Vermutlich versuchte der Pilot eine Notlandung, wobei der Hubschrauber einige Baumwipfel streifte und nahe der Autobahn München-Salzburg abstürzte und in Flammen aufging. Der 37-jährige Pilot, der als einer der erfahrensten Helikopter-Piloten des Bundesgrenzschutzes galt, und ein 25-jähriger Sanitäter starben beim Absturz, die 28-jährige Notärztin konnte zwar schwer verletzt geborgen werden, verstarb aber später im Krankenhaus.

Katastrophenschutz Helfer in den Regieeinheiten gründen Arbeitsgemeinschaft in Schleswig-Holstein

Mehr als 200 ehrenamtliche Helfer gründeten am 26. Februar 1983 die „Arbeitsgemeinschaft der Helfer in den Regieeinheiten des Katastrophenschutzes in Schleswig-Holstein e. V.“, abgekürzt ARKAT. Ziel dieser aus der Helferschaft gekommenen Initiative soll es sein, den Katastrophenschutz und Zivilschutz zu fördern und die Landräte und Oberbürgermeister und deren Verwaltungen, denen die Regieeinheiten unterstehen, in diesen Bereichen zu unterstützen. Insbesondere soll durch diese landesweite Arbeitsgemeinschaft der Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern gefördert werden und die Zusammenarbeit mit

den anderen im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen verbessert werden.

Wie die bereits seit dem Jahr 1974 in Baden-Württemberg bestehende Landesarbeitsgemeinschaft der Regieeinheiten versteht sich die ARKAT auch als Interessenvertretung ihrer Mitglieder gegenüber staatlichen Dienststellen, Behörden und Verbänden und will die an Gesetzgebung und Verwaltung beteiligten Organe beraten, zu Entwürfen Stellung nehmen sowie eigene Vorschläge ausarbeiten.

In Schleswig-Holstein wirken 1082 Helfer in den Regieeinheiten mit. Zur Gründungsversammlung fanden sich im Katastrophenschutzzentrum der Stadt Neumünster Vertreter der Regieeinheiten aus zehn Landkreisen und drei kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins zusammen. Die Bundestagsabgeordneten Karl Eigen (CDU) und Horst Jungmann (SPD) aus Neumünster waren der Einladung der ARKAT gefolgt. Zum 1. Vorsitzenden wurde Wolfgang Dahmann aus Neumünster gewählt.

Am 9. März 1983 führte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Waffenschmidt, in Neumünster ein Gespräch mit dem Vorstand der ARKAT Schleswig-Holstein. Der Staatssekretär bezeichnete die Arbeitsgemeinschaft als eine nachahmenswerte, positive Bürgerinitiative für den Staat und übermittelte den Helfern der Regieeinheiten in Schleswig-Holstein den Dank der Bundesregierung für ihre Arbeit.

Zu unserem Foto: Zahlreiche Helfer der Regieeinheiten traten bei der Gründungsversammlung der ARKAT als Mitglieder bei.

Gefälschte Briefe im Umlauf: Bundesinnenministerium stellt richtig

Das Bundesinnenministerium teilt im Pressedienst vom 16. März 1983 folgende Richtigstellung mit:

„Seit einiger Zeit werden total gefälschte Briefe des Bundesministeriums des Innern verbreitet. Darin wird behauptet, daß das Bundesministerium der Verteidigung und das Bundesministerium des Innern Personen in Listen erfassen, die für den Fall nuklearer Katastrophen im Bundesgebiet als ‚unbedingt zu bergende Personen (UBP)‘ deklariert werden und besonderen Schutzmaßnahmen unterliegen sollen.“

Zuständige Stellen in beiden Bundesministerien weisen darauf hin, daß für nukleare Katastrophen selbstverständlich Planungen vorliegen und Vorsorge getroffen wird. Es entspricht jedoch nicht den Tatsachen, daß bestimmte Personengruppen im Rahmen spezieller Sicherstellungsmaßnahmen erfaßt worden sind.

Die Verbreitung der Briefe zielt offensichtlich darauf ab, das Vertrauen der Zivilbevölkerung in die Notstandsplanung zu untergraben und die Bundesministerien zu diskreditieren.

Das Bundesministerium des Innern hat Strafanzeige erstattet.“



Erdbebenkatastrophe in Kolumbien

Die 250 000 Einwohner zählende Provinzhauptstadt Popayan war das Zentrum eines schweren Erdbebens, das am Gründonnerstag den Süden Kolumbiens heimsuchte. Das Beben, das die Stärke 5,5 auf der Richterskala erreichte, dauerte nur 16 Sekunden. In dieser kurzen Zeit wurde der historische Stadtkern von Popayan, das als eine der ältesten und schönsten Städte Lateinamerikas aus der spanischen Kolonialzeit gilt, fast völlig zerstört. Unter anderem stürzte die Kathedrale ein, in der gerade eine Messe gelesen wurde.

Unter den Trümmern der eingestürzten Gebäude wurden nach offiziellen Angaben 250 Opfer gefunden. Die über

100 000 Obdachlosen, die tagelang ohne Lebensmittel und Wasser am Rande der zerstörten Stadt kampierten, mußten die Nächte bei bis zu sieben Grad Kälte ohne jeglichen Schutz im Freien verbringen.

Als erste Hilfsmaßnahme lieferten die Vereinigten Staaten 6 000 Zelte und 25 Tonnen Medikamente und Lazarett-ausrüstung. In einer internationalen Hilfsaktion für die Überlebenden der Katastrophe wurden der kolumbianischen Regierung weitere Zelte, Lebensmittel und Medikamente zur Verfügung gestellt.

(Foto: dpa)



„Erfolgskontrolle“ in Gambia und Somalia

Ende 1982 unternahm Horst Wimmer, THW-Landesverband Berlin, Teilnehmer am THW-Einsatz in Gambia 1981, mit Ehefrau und Freunden eine private Reise nach Banjul, der Hauptstadt der Republik Gambia. Bei dieser Gelegenheit konnte er sich an Ort und Stelle davon überzeugen, daß der 37. Auslandseinsatz des THW auch längerfristig ein Erfolg war. Die Mehrzahl der 1981 von THW-Spezialisten reparierten Krankentransportfahrzeuge sind nach wie vor einsatzbereit, was auch Angehörige des gambischen Gesundheitsministeriums bestätigten.

Die nach dem THW-Einsatz an das gambische Gesundheitsministerium übergebene wertvolle Werkstattausrüstung, verlastet in einem Container, ist weitgehend vollzählig vorhanden und funk-

tionstüchtig und wird von den damals durch die THW-Helfer geschulten gambischen Mechanikern ordnungsgemäß betrieben.

Die Herren des Gesundheitsministeriums, Frau Corr von der deutschen Botschaft sowie zahlreiche Freunde des THW in Gambia versicherten Horst Wimmer, daß das THW einen nachhaltig guten Eindruck in Gambia hinterlassen habe, und daß man noch heute für die prompte und effektive Hilfe dankbar sei.

Inzwischen erfuhr der Einsatzleiter des 2. Somalia-Einsatzes des THW, Richard van Hazebrück, auch Erfreuliches aus Mogadischu: 1980 hatte das THW in zwei Einsätzen (Einsatzleitung: Landesbeauftragter für Bremen Dirk Göbel/Geschäftsführer Richard van Hazebrück, Frankfurt) insgesamt 15 Trinkwasseraufbereitungsanlagen des von Wolfram Such, Siegburg, entwickelten Typs „Somalia“ in den Flüchtlingslagern des ost-

afrikanischen Staates aufgebaut. Die bisher von Caritas und Malteser-Hilfsdienst betreuten – vom THW installierten – Anlagen wurden im Januar nunmehr vollverantwortlich den Somalis übergeben, nachdem das Hilfsprogramm von Caritas und MHD für Somalia abgeschlossen ist.

Wie Herr Amann, Caritas Freiburg, berichtete, arbeiten die Anlagen bis heute einwandfrei. Das verheerende Hochwasser in Somalia von 1981 machte einen Ab- und Wiederaufbau der Anlagen durch den MHD und Einheimische notwendig. Von einigen Ersatzteilbeschaffungen abgesehen, konnten die Anlagen anschließend wieder voll in Funktion genommen werden.

Vor den damaligen Einsätzen wurde die ungefähre Standzeit dieser Anlagen unter afrikanischen Bedingungen vorsichtig auf sechs Monate geschätzt; daß sie jetzt nach fast zweieinhalb Jahren noch immer einwandfrei arbeiten, zeigt, daß sich die technische Konzeption der Anlagen voll bewährt hat und die Mühen der beteiligten THW-Helfer sowie der Mitarbeiter von Caritas und MHD sich gelohnt haben.

Ein neuer Schulungsfilm: Halon im Rechenzentrum

Immer mehr Datenverarbeiter schützen ihre Rechenzentren oder doch wenigstens Teile davon durch stationäre Löschanlagen mit Halon 1301 vor Feuer. Bei den Mitarbeitern dieser Rechenzentren besteht aber vielfach eine gewisse Angst vor dem Löschmittel Halon, weil es sich dabei um ein Löschgas handelt.

Der neue Schulungsfilm „Halon im Rechenzentrum“ soll die Mitarbeiter in Unternehmen mit stationären Halon-1301-Löschanlagen sachlich und umfassend über diese Anlagen informieren. Der Film, der sich in vier Trainingsabschnitte gliedert, erläutert das Löschmittel Halon 1301, seine Wirkung und Eignung, die Funktion der Löschanlage und gibt Hinweise für das richtige Verhalten der Mitarbeiter. Im Trainingsbegleitheft werden ergänzende Informationen zur Vertiefung der Schulung zur Verfügung gestellt.

„Halon im Rechenzentrum“ ist ein weiterer Baustein in einer Serie von Schulungsfilmen zum Thema „Brandschutz“. Er ergänzt die Filme „Erster Löschangriff im Rechenzentrum“, welcher das Löschgas von Entstehungsbränden zum Gegenstand hat, ebenso wie den Film „Erster Löschangriff im Büro“. Informationen über diese Filme gibt die von zur Mühlensche Unternehmensberatungsgesellschaft, Euskirchener Str. 54, 5300 Bonn 1, Telefon (0228) 61 10 14.

Versuchshalle wurde ein Raub der Flammen

Einem Großbrand fiel die 1400 Quadratmeter große Versuchshalle des Forschungszentrums der deutschen Stahlindustrie in Düsseldorf zum Opfer. Das Feuer zerstörte auf der Welt einmalige technische Einrichtungen, mit denen Vorgänge in Walzwerken analysiert werden können. Glücklicherweise hielten die einen Meter starken Betonwände des Hallenbunkers, in dem radioaktive

Präparate wie Kobalt 60, Iridium 192 und Röntgenröhren gelagert wurden, der Hitze stand.

Der Sachschaden wird auf mindestens 15 Millionen DM geschätzt, der Schaden für die Forschung läßt sich allerdings noch nicht absehen. Die Ursache des Brandes, den eine Polizeistreife kurz nach zwei Uhr entdeckte, ist noch völlig ungeklärt.



Neu: Broschüre „Der polizeiliche Katastrophen-Einsatz“

Der Landesverband Bayern der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (PDB) hat soeben eine 60 Seiten starke Broschüre mit dem Titel „Der polizeiliche Katastrophen-Einsatz“ herausgegeben, für die Horst Posselt als Verfasser zeichnet. Das Heft ist ausgesprochen praxisbezogen gestaltet und schildert die Aufgaben der Polizei bei Katastrophen in Phasen:

Phase 1 = Maßnahmen der Polizeistreifenbeamten; Phase 2 = Maßnahmen des Dienstgruppenleiters; Phase 3 = Maßnahmen des Führungsbeamten in der überörtlichen Einsatzzentrale; Phase 4 = Maßnahmen des Leiters der Polizeiinspektion vor Ort; Phase 5 = Maßnahmen des Leiters der Polizeidirektion; Phase 6 = Maßnahmen des Polizeiführungsstabes; Phase 7 = Maßnahmen des örtlichen Landrates; Phase 8 = Maßnahmen der kriminalpolizeilichen Katastrophenkommission; Phase 9 = Maßnahmen des Sachbearbeiters „Katastrophenabwehr“.

Zu jeder einzelnen Phase gibt der Verfasser eine Auswertung der bisherigen Erfahrungen, also jener Schwierigkeiten, die in der Vergangenheit festgestellt wurden und die es zu vermeiden gilt. Zugleich werden anhand konkreter Fälle die organisatorischen und taktischen Maßnahmen erläutert.

Die Anschrift der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, Landesverband Bayern: Gottfried-Keller-Str. 4, 8262 Altötting.

Nordrhein-Westfalens Flotte von Feuerlöschbooten erhielt erneut Zuwachs

Am Dienstag, 19. April 1983, hat Innenminister Dr. Herbert Schnoor in Emmerich ein Feuerlöschboot mit gleichem Namen an die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Emmerich übergeben. Das Feuerlöschboot „Emmerich“ ist das dritte einer Reihe von sechs Neubauten, die das Land Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegeben hat. Der erste Neubau fährt

bereits seit Juli 1981 im Dienst der Bonner Feuerwehr, der zweite seit Anfang 1982 in Wesel.

Die schnellen und mit modernsten technischen Mitteln ausgerüsteten Boote ersetzen künftig sieben kleine Boote, die zur Abwehr der Gefahren auf den nordrhein-westfälischen Wasserstraßen nicht mehr ausreichen. Darüber hinaus stehen für diese Gefahrenabwehr drei große Feuerlöschboote, die ebenfalls in voller Höhe aus Landesmitteln finanziert worden sind, sowie die von einigen Gemeinden beschafften Löschboote, u. a. ein großes Lösch- und Hilfeleistungsboot der Stadt Duisburg, zur Verfügung. Vier weitere Löschboote werden von Werkfeuerwehren unterhalten.

Die Löschboote werden für vielerlei Aufgaben eingesetzt: Löschen von Schiffsbränden, Auspumpen von Schiffen bei Leckagen zum Verhindern des Sinkens, Löschen von Bränden im Uferbereich der Wasserstraßen, Löschwasserversorgung bei Brandbekämpfung zu Lande (so z. B. beim Tanklagerbrand im Duisburger Hafen), Ausbreiten von Schaumteppichen auf der Wasseroberfläche bei ausgelaufenen brennbaren oder bereits brennenden Flüssigkeiten, Retten von Menschen und Sachgütern auch im Bereich brennender Flüssigkeiten auf der Wasseroberfläche, Aufnehmen oder Bekämpfen von Mineralöl, Chemikalien u. a. auf den Wasserstraßen, Ausleuchten von Unfallstellen.

Das rund 1,7 Millionen Mark teure Feuerlöschboot „Emmerich“ hat eine Wasserverdrängung von 25 Tonnen. Es ist 19,70 Meter lang, 4,80 Meter breit und hat einen Tiefgang von 1,15 Metern. Zwei Dieselmotoren von je 487 kW (650 PS) verleihen ihm eine Höchstgeschwindigkeit von 45 km/h.

Die weiteren drei Löschboote werden im Laufe der nächsten zwei Jahre fertiggestellt.

MHD gegen das „Kassieren“ während der Fahrt

Das Verfahren der Selbstbeteiligung der Patienten an den Krankentransportkosten neu zu regeln, forderte der Malteser-Hilfsdienst (MHD) in einem Appell an Bundestag und Bundesregierung während der 24. Tagung der Bundesdelegiertenversammlung in Würzburg. In Ausführung der Sozialgesetzgebung müssen die Sanitätsorganisationen seit einem Jahr bei der Beförderung von Patienten pro Fahrt fünf Mark kassieren.

Dem Rettungsdienst- und Sanitätspersonal kann – wie auch dem Patienten –

nach Auffassung des MHD während des Transports das Einkassieren nicht zugemutet werden. Der Betrag muß dann von den Sanitätsorganisationen per Rechnung gefordert werden, die weit höhere Kosten verursacht als für die Krankenkassen an Kostenentlastung entsteht.

Die MHD-Bundesdelegiertenversammlung erklärte, eine Kostendämpfung müsse gerecht und mit Blick auf eine sinnvolle Patientenbetreuung abgestellt sein.

8. Mai: Welt-Rotkreuz-Tag

Der Welt-Rotkreuz-Tag am 8. Mai 1983 steht unter dem Motto: „Erste Hilfe – gewußt wie“. Gemeinsam mit seinen 129 Schwestergesellschaften in aller Welt will das Deutsche Rote Kreuz die Bereitschaft der Bevölkerung wecken und wachhalten, in Notfällen bereit und fähig zu sein, Erste Hilfe leisten zu können.

Für das tägliche Leben hat die moderne Technik vielfältige Erleichterungen gebracht, jedoch auch zahlreiche, früher nicht gekannte Risiken. Ständig berichten die Medien über Unfälle im Straßenverkehr, am Arbeitsplatz, im Haushalt und auch im Freizeitbereich, über Betroffene, die schneller Erster Hilfe bedürften. Oft entscheiden dabei Sekunden über Leben und Tod der Verletzten.

Die Zahl der Betroffenen läßt sich anhand von Statistiken wohl voraussagen, keinesfalls jedoch Ort und Zeitpunkt eines Notfalls. Jeder Bundesbürger sollte deswegen damit rechnen, Erste Hilfe leisten zu müssen, jeder sollte deswegen in der Lage sein, zu wissen, wie er „Erste Hilfe“ leisten kann. Denn: Nichts ist schlimmer, als im Notfall untätig bleiben zu müssen, weil Wissen und Können fehlen oder in Vergessenheit geraten sind.

Eine der ältesten und wichtigsten Aufgaben des Deutschen Roten Kreuzes ist die gründliche und fortlaufende Ausbildung in Erster Hilfe, einer Hilfe, die lebensbewahrend und auf die jeder angewiesen sein kann. Schon ab 14 Jahren kann jeder Bundesbürger an der Erster-Hilfe-Ausbildung des DRK teilnehmen.

Feuer im Deutschen Museum

Ein Schaden von mehreren Millionen DM richtete ein Großbrand im Deutschen Museum in München an. Der Brand, dessen Ursache vermutlich Brandstiftung war, zerstörte die Schiffsab-

teilung im Untergeschoß des Gebäudes. Die darüberliegende Abteilung für Kraftmaschinen wurde durch Ruß und Hitze schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Die Berufsfeuerwehr München, die mit 78 Feuerwehrmännern im Einsatz war, konnte nicht verhindern, daß Ausstellungsstücke auf einer Fläche von 400 Quadratmetern ein Raub der Flammen wurden. Dazu gehört die Original-Kommandobrücke eines Schiffes mit Funk- und Navigationsraum sowie ein deutsches Schnellboot aus dem Jahre 1941, dessen Maschinenräume völlig ausbrannten.

Erst 25 Staaten haben die Genfer Zusatzprotokolle ratifiziert

Erst 25 von fast 150 Staaten haben bisher die beiden Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen von 1949 ratifi-

ziert, die 1977 in Genf verabschiedet worden waren. Sie sollten die Genfer Konventionen über das Kriegsvölkerrecht den gewandelten Kriegsformen anpassen. Der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), der Schweizer Alexandre Hay, beklagte, daß vor allem die großen Staaten, darunter die USA und die Sowjetunion, bisher nicht ratifiziert haben. Ein Land wie die USA sollte mit der Ratifizierung ein Beispiel geben. Die Zusatzprotokolle sollen einen verstärkten Schutz der Zivilbevölkerung in internationalen bewaffneten Konflikten bieten. Sie verbieten Flächenbombardierungen oder besonders grausame Waffen. Das Zögern bei der Ratifizierung wird dem Einfluß der Militärs zugeschrieben. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Vereinbarungen über die Zusatzprotokolle unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert.

(Süddeutsche Zeitung, München)

Über 200 000 Helfer für den Katastrophenschutz in NRW

Im Jahre 1982 hat sich erfreulicherweise in Nordrhein-Westfalen keine Katastrophe und kein besonders schwerer oder aufsehenerregender Unglücksfall ereignet. Innenminister Dr. Herbert Schnoor hob dazu hervor, daß das Land Nord-

rhein-Westfalen dennoch für den Ernstfall gewappnet sei. Für den friedensmäßigen Katastrophenschutz stehen in Nordrhein-Westfalen jederzeit annähernd 214 000 Helferinnen und Helfer zur Verfügung:

Private Hilfsorganisationen

Arbeiter-Samariter-Bund	rd. 12500 Helfer
Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Westfalen-Lippe	rd. 26100 Helfer
Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Nordrhein	rd. 31200 Helfer
Johanniter-Unfall-Hilfe	rd. 8600 Helfer
Malteser-Hilfsdienst	rd. 13500 Helfer
	<u>rd. 91900 Helfer</u>

Feuerwehr

davon	100000 Helfer
Berufsfeuerwehr	6648 Helfer
Freiw. Feuerwehr	83029 Helfer
Werkfeuerwehr	5219 Helfer
Betriebsfeuerwehr	5009 Helfer

Technisches Hilfswerk

rd. 16000 Helfer

Regieeinheiten

5000 Helfer
rd. 213000 Helfer

Der Katastrophenschutz, in der Bundesrepublik Aufgabe der Länder, wird vom Land, den Kreisen, den kreisfreien Städten sowie den großen kreisangehörigen Städten und Gemeinden getragen. Den privaten Hilfsorganisationen hat das Land im Jahr 1982 für die Unterstützung ihrer Ausbildungs- und Verwaltungstätigkeit auf den verschiedenen Ebenen insgesamt 6429300 DM an Dotationen gezahlt. Die Katastrophenschutzbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen haben

im vergangenen Jahr insgesamt 99 Übungen abgehalten, für deren Finanzierung das Land rd. 276000 DM zur Verfügung gestellt hat. An der Katastrophenschutzschule des Landes Nordrhein-Westfalen in Wesel wurden im gleichen Zeitraum 162 Lehrgänge mit über 3000 Teilnehmern abgehalten; die Gesamtausgaben für die zusätzliche Ausbildung des Katastrophenschutzes auf Landesebene betragen über 1900000 DM.

Generalinspekteur a. D. Harald Wust:

„Die Mängel der Zivilverteidigung beruhen weitgehend auf unzureichender Sachinformation unserer Bevölkerung“

Der Bürger muß die Bedeutung der zivilen Verteidigung für die innere Stabilität des Staates kennen – Selbsthilfewillen der Bevölkerung muß angeregt werden

Über die zivile Verteidigung in der Bundesrepublik Deutschland sprach General a. D. Harald Wust anlässlich der Jahreshauptversammlung der Deutschen Schutzbaugemeinschaft im Oktober des vergangenen Jahres. Dieses Referat nahm das „Zivilschutz-Magazin“ zum Anlaß, mit Wust ein ausführliches Interview zur zivilen Verteidigung und zum Zivilschutz zu machen.

Warum wird der Bereich der zivilen Verteidigung in der Bundesrepublik so „stiefmütterlich“ (Wust) behandelt? Warum sieht der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr – also der ranghöchste Soldat der Bundesrepublik – eine große Notwendigkeit, mehr Aufklärung über den Gesamtkomplex „zivile Verteidigung“ zu fordern? Wust appelliert an Politiker, an die Regierung, sich intensiver mit der zivilen Verteidigung auseinanderzusetzen und den Bürger zu informieren: „Wie kann man vom Bürger erwarten, daß er sich im Rahmen unserer Friedenspolitik Aufgaben der Zivilverteidigung zuordnet, wenn er gar nicht weiß, worauf der Frieden beruht? Wie soll er Entspannungspolitik begreifen, wenn die Gründe für die Spannungen in der Welt nicht erklärt und ihrer Substanz entsprechend allgemeinverständlich und sachlich erläutert werden?“



„Wie kann man ...“

Wie General a. D. Wust die zivile Verteidigung in der Bundesrepublik in Theorie und Praxis sieht und welche Bedeutung er für die innere Stabilität des Staates und den Schutz des einzelnen Bürgers diesem Komplex beimißt, verdeutlicht dieses Interview, das zugleich auch Denkanstöße vermittelt.

Harald Wust wurde 1921 in Kiel geboren. Nach seinem Abitur 1939 war er von 1939 bis 1945 Soldat der Luftwaffe. Er absolvierte anschließend sein sozialpädagogisches Staatsexamen und war bis 1956 in der Jugendarbeit und auch publizistisch tätig.

1956 trat Harald Wust in die Bundeswehr ein und kam zur Luftwaffe. Nach der Generalstabsausbildung und nach verschiedenen Truppen- und Generalstabsverwendungen wurde er 1974 Stellvertreter des Inspektors der Luftwaffe und schon ein Jahr später Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr. Harald Wust wurde 1976 Generalinspekteur der Bundeswehr.

Auf eigenen Wunsch schied Harald Wust 1978 aus dem aktiven Dienst der Bundeswehr aus.



... vom Bürger erwarten, ...“

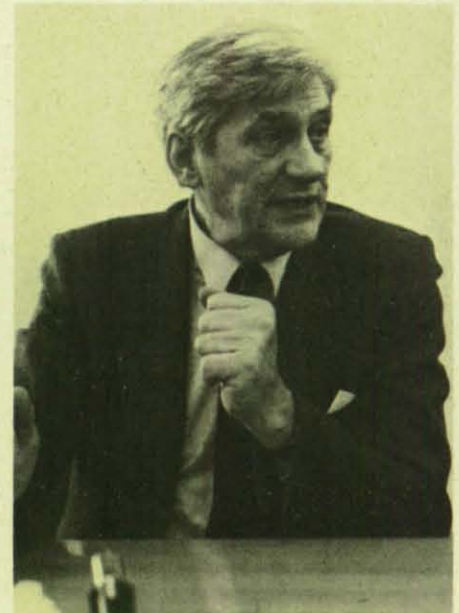
Zivilschutz-Magazin: Herr Wust, Sie haben in einer höchst bemerkenswerten Rede festgestellt, daß es mit der zivilen Verteidigung bei uns nicht zum besten steht. Woran liegt es Ihrer Auffassung nach, daß die zivile Verteidigung nur als Randproblem der Sicherheitspolitik angesehen wird, dieser Bereich also stiefmütterlich behandelt wird?

Wust: Ich sehe drei Gründe:

Erstens scheut man sich bei uns seit dem Zweiten Weltkrieg weithin gefühlsmäßig vor allem, was mit der Landesverteidigung und mit den Maßnahmen zur Friedenssicherung zu tun hat. Allein die Wortverbindung „Zivil“ und „Verteidigung“ ist vielen suspekt.

Zweitens, und das erscheint mir besonders wichtig, ist unsere Bevölkerung von den in der politischen Verantwortung Stehenden unzureichend über die Sicherheitspolitik unseres Landes unterrichtet. Was weiß der Bürger schon darüber, was es bedeutet, Frieden in Freiheit auf der Grundlage der konfliktverhindernden NATO-Strategie zu erhalten? Was weiß er, welche staatsbürgerlichen Pflichten er in diesem Zusammenhang hat? Bei uns wird das Problem der Zivilverteidigung zumeist nur auf die Frage des Schutzraumbaus verkürzt.

Drittens, und das ist die Konsequenz dessen, sind die Anstrengungen für die Zivil-



... daß er sich im Rahmen unserer Friedenspolitik ...“

verteidigung unzureichend. An der Bedeutung der Aufgabe gemessen ist der Bundeshaushalt für den Bereich der Zivilverteidigung seit Jahren zu niedrig dotiert. Und der Selbsthilfwillen der Bevölkerung ist aufgrund des Informationsdefizits kaum entwickelt.

Zivilschutz-Magazin: Sie erklärten kürzlich, die Aufgaben der Zivilverteidigung seien auch als Komponente des Friedensprozesses zu sehen. Demgegenüber stehen die Kritiker, die behaupten, zivile Verteidigung sei eine Funktion des Konflikts und der Krise. Wie verstehen Sie zivile Verteidigung?

Wust: Die Politik unseres Landes ist auf Friedenserhaltung gerichtet. Die Strategie des Nichtkrieges der NATO beruht auf dem Prinzip der Abschreckung. Das heißt, einem potentiellen Gegner muß das Risiko vor Augen geführt werden, das für seine nationale Existenz mit einem Angriff auf uns verbunden ist.

Abschreckung ist aber nur dann glaubwürdig, wenn unser Staat demonstriert, daß er sich im Falle eines Angriffs verteidigen will und daß er sich verteidigen kann. Zum Verteidigenkönnen gehört die militärische Verteidigung, durch die die äußere Sicherheit gewährleistet werden soll. Und es gehört die Zivilverteidigung dazu, deren Aufgabe es ist, die innere Stabilität in unserem Lande in der Krise und im Konfliktfall aufrechtzuerhalten. Zivilverteidigung ist nach meinem Dafürhalten unverzichtbare Komponente glaubwürdiger Abschreckung.

Zivilschutz-Magazin: Sie sagen, zivile Verteidigung und Zivilschutz haben nicht nur humanitäre Funktionen, sondern auch eine fundamentale politische Bedeutung. Wie erklären Sie dies?

Wust: Die politische Bedeutung liegt im

Auftrag der Zivilverteidigung begründet. Sie hat die innere Stabilität im Rahmen der Gesamtverteidigung in der Krise und im Konfliktfall aufrechtzuerhalten und sich im Frieden darauf vorzubereiten.

Ich meine, daß dieser Auftrag zumeist zu eng gesehen wird. Sieht man als Hauptaufgaben der Zivilverteidigung

- erstens die Aufrechterhaltung der Staatsfunktion für das Funktionieren aller anderen Maßnahmen der militärischen und zivilen Verteidigung,

- zweitens den Schutz der Zivilbevölkerung,

- drittens die Versorgung des nationalen Bereichs und

- viertens die Unterstützung der Streitkräfte zur Aufrechterhaltung ihrer Operationsfreiheit auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland,

kann die politische und strategische Bedeutung der zivilen Verteidigung doch gar nicht überschätzt werden. Sie liegt in ihrer Wirksamkeit als nicht verzichtbarer Teil der Gesamtverteidigung.

Zivilschutz-Magazin: Wie sieht die Praxis der zivilen Verteidigung aus? Können deren Möglichkeiten ihrer sicherheitspolitischen Bedeutung entsprechend genutzt werden?

Wust: Nein. Und das liegt nach meinem Eindruck daran, daß in unserem Lande die sicherheitspolitischen Zusammenhänge zu wenig bekannt sind. Es kommt hinzu, daß die der Allgemeinheit, aber leider wohl auch manchem Politiker nicht klar erkennbare politische Zuordnung der zivilen Verteidigung zu Mängeln in der Praxis führt.

Zivilschutz-Magazin: Sie haben angeführt, daß es eine mangelnde Information

über die Sicherung des Überlebens für den Bürger gibt. Könnten der Stellenwert und die Wirksamkeit des Zivilschutzes durch breiteren Informationsfluß größer werden?

Wust: Selbstverständlich. Ich wiederhole, was ich eingangs sagte: Die Mängel der Zivilverteidigung und in diesem Zusammenhang des Zivilschutzes beruhen weitgehend auf unzureichender Sachinformation unserer Bevölkerung. Regierung und Parlament haben die Aufgabe, zu informieren.

Wie kann man vom Bürger erwarten, daß er sich im Rahmen unserer Friedenspolitik Aufgaben der Zivilverteidigung zuordnet, wenn er gar nicht weiß, worauf der Frieden beruht? Wie soll er Entspannungspolitik begreifen, wenn die Gründe für die Spannungen in der Welt nicht erklärt und ihrer Substanz entsprechend allgemeinverständlich und sachlich erläutert werden?

Zivilschutz-Magazin: Es sind also die Politiker, die Parlamentarier gefordert?

Wust: Ja.

Denken Sie einmal daran, daß Deutsche, die in die Schweiz in Urlaub fahren, voll des Lobes sind über die Verteidigungsbereitschaft und die Zivilschutzmaßnahmen unseres neutralen Nachbarlandes. Sobald sie wieder nach Deutschland zurückkommen, meinen sie, hier sei alles anders.

Warum ist es für den Schweizer so selbstverständlich, etwas für die Verteidigung seines Landes und für die zivile Verteidigung zu tun? Doch nur, weil er von jung an unterrichtet worden ist, daß man etwas für die äußere Sicherheit seines Landes tun muß, wenn man frei in Frieden leben will. Der informierte Schweizer Bürger hält es für selbstverständlich, daß der Staat für den Frieden und für die Freiheit zu sorgen hat.



... Aufgaben der Zivilverteidigung zuordnet, ...



... wenn er gar nicht weiß, ...



... worauf der Frieden beruht?"

(Fotos: Günter Sers)

Er hält es aber für ebenso selbstverständlich, daß er dazu beizutragen hat. Durch Wehrdienst ebenso wie durch Zivildienst. Durch Opfer an Zeit und durch Selbsthilfe.

Politiker in der Schweiz halten es für selbstverständlich, die Bürger über die Sicherheitslage ihres Landes zu unterrichten. Ohne Tabus und unter Verzicht auf Desinformation.

Zivilschutz-Magazin: Die Schweiz ist das in aller Welt zitierte Musterbeispiel für den Schutzraumbau. Welchen Stellenwert messen Sie dem Schutzraumbau als zentraler Maßnahme des Zivilschutzes bei, den Sie als „unzureichend“ bezeichnen?

Wust: Im Rahmen der vielfältigen Aufgaben der zivilen Verteidigung ist der Schutzraumbau außerordentlich wichtig. Über seine humanitäre Bedeutung hinaus hat er eine unmittelbar im Rahmen der Abschreckungsstrategie wirksame Dimension. Wäre Abschreckung, zum Beispiel, sehr glaubwürdig, wenn nicht ausreichend für den Schutz der Bevölkerung gesorgt wird? Und: Wie kann man einen Bürger davon überzeugen, daß er im Verteidigungsfall zu

Hause sicherer ist als im Flüchtlingstreck auf der Landstraße, wenn nichts für seinen Schutz getan wird?

Zwei Gründe sind nach meinem Eindruck für die unzulängliche Schutzraumlage die Ursache. Einmal weiß der Bürger nichts oder nur sehr wenig über seine Selbsthilfemöglichkeiten, eine weitere Folge des von mir mehrfach angesprochenen Informationsdefizits. Außerdem vernachlässigen die öffentlichen Haushalte den Schutzraumbau völlig.

Das Informationsdefizit läßt sich dadurch auffüllen, daß man dem Bürger sagt, daß es militärische Auseinandersetzungen geben kann. Man muß ihm sagen, wie eine derartige Auseinandersetzung aussehen und wie er persönlich davon betroffen werden könnte. Und dann muß man ihm schließlich sagen, was er selbst zu seinem Schutz tun kann. Eine über die Sicherheitspolitik sachlich informierte Bevölkerung würde, so meine ich, einen derartigen Hinweis begrüßen. Und sie würde, ebenso wie die Schweizer oder Bürger in anderen Ländern der NATO, freiwillig etwas für sich tun.

Und der zweite Punkt, die öffentlichen Mittel? Nun, die in den letzten dreißig Jahren entstandenen Lücken lassen sich sicher nicht kurzfristig schließen. Hier wird es notwendig sein, eine umfassende und realisierbare Planung vorzunehmen. Der Hinweis auf Verstärkungen der Haushaltsansätze für den Schutzraumbau in den letzten Jahren bringt uns nicht weiter. Das Doppelte von wenig ist immer noch nicht viel. Nein, man wird nicht darum herumkommen, mehr für den Schutzraumbau zu tun. Durch die Bereitstellung größerer Mittel ebenso wie durch den anzuregenden Selbsthilfewillen der Bevölkerung.

Zivilschutz-Magazin: Haben Sie selbst einen Schutzraum?

Wust: Ich habe in meinem Haus die Vorkehrungen getroffen, die notwendig sind, meine Familie und mich vor den möglichen Arten unmittelbarer Bedrohung zu schützen.

Zivilschutz-Magazin: Vielen Dank, Herr Wust, für dieses Gespräch.

Zivilschutz-Magazin: Eins von zwei ausgezeichneten Druckerzeugnissen

Das Umweltbewußtsein der Deutschen ist im Vergleich zu den westlichen Nachbarn bemerkenswert: Eine Umfrage der EG-Kommission ermittelte, daß 77 Prozent der Bundesbürger ein „hohes Umweltbewußtsein“ haben. Hierin zeige sich eine deutliche Hinwendung zu nicht-materialistischen und nicht-egoistischen Werten, etwa der Natur und Umwelt. Dies erklärte der Präsident des Umweltbundesamtes anläßlich der Eröffnung der ENVITEC in Düsseldorf, der großen Messe für Umweltschutz.

Das Umweltbundesamt hatte auf der ENVITEC einen Gemeinschaftsstand eingerichtet, auf dem für umweltfreundliche Produkte geworben wurde. Eine „3-D-Broschüre“, zu betrachten durch eine spezielle Brille, war ein voller Er-

folg. In dieser Broschüre sind auch namentlich alle bisher mit dem Umweltzeichen ausgezeichneten Produkte aufgeführt, derzeit rund 300 Erzeugnisse von 200 Firmen.

In der Rubrik „recyclinggerechte Druckerzeugnisse“ konnten bisher nur zwei registriert werden: neben dem „Umweltschutzforum“ des Berliner Umweltbundesamtes nur noch das Zivilschutz-Magazin. Das Zivilschutz-Magazin gehört damit zu den Vorreitern, wenn es darum geht, Papier, das aus Altpapier hergestellt ist, mit recyclinggerechter Druckfarbe zu bedrucken. Wie unsere Leser wissen, wurde deshalb der Fachzeitschrift von der Jury Umweltzeichen das „Umweltzeichen“ verliehen (siehe Impressum Seite 1).



Den Gemeinschaftsstand des Umweltbundesamtes auf der ENVITEC in Düsseldorf besuchten auch der Schirmherr der Messe, Bundespräsident Prof. Dr. Karl Carstens, und der für den Umweltschutz (und auch Zivilschutz) zuständige Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann (rechts).

Dorothee Boeken / Fotos: Günter Sers

Mit 9,80 Meter die höchste Flut in Köln seit 13 Jahren

Köln – das „Venedig am Rhein“

„Land unter“ in der Millionenstadt – Zahlreiche Helfer versuchten, die Hochwasserschäden zu verringern

Die Freiwilligen der Feuerwehr wußten nicht, wo sie mit der Arbeit beginnen sollten: Sandsäcke, um die 20 Kilogramm schwer, mußten auf dem schnellsten Wege vor Türen und Fenster gestapelt werden, aber die Schaulustigen versperrten die Wege. In Köln herrschte Volksfeststimmung für Zaungäste, Katastrophenstimmung für die Anwohner des Rheins und der angrenzenden Altstadt.

In der Nacht zum Mittwoch, 13. April, schwappte das Hochwasser über die Uferbefestigung. Die Flut stieg unaufhaltsam. Die berühmte Altstadt stand binnen weniger Stunden unter Wasser; der erst vor wenigen Monaten eröffnete, an der Bundesstraße 9 liegende Rheinfertunnel war geschlossen worden, und die schweren Tore mußten erstmals den Beweis antreten, dem Hochwasser standhalten zu können.

Nach 13 Jahren stand die Kölner Altstadt zum ersten Mal wieder unter Wasser. In den Restaurants und Gaststätten schwappten die schmutzigen Fluten bis zum Tresenrand. Die Keller der Geschäftsleute waren in den Vortagen zum größten Teil geräumt worden, doch die Flut stieg immer höher bis in manche Wohnzimmer hinein. Der Pegel zeigte es an: In Köln erreichte der Rhein seinen Höchststand mit 9,80 Metern.

Mauern errichtet, Sandsäcke gefüllt

Schon am Montag, 11. April, zeichnete sich ab, daß der Rhein weiter ansteigen und sein Bett verlassen könnte. Die Anwohner in den etwas tiefer gelegenen Altstadtgassen und in anderen Stadtteilen trafen erste Vorsorgemaßnahmen. Mit schnell bindendem Mörtel wurden flugs Mauern hochgezogen, die das Eindringen des Schmutzwassers verhindern sollten. Die Kölner Berufsfeuerwehr füllte zahlreiche Sandsäcke, die ebenfalls Türen und Fenster der gefährdeten Häuser abdichten sollten. Doch das Wasser überwand manche Hürde und strömte in Geschäftslokale, Bars, Gaststätten, Restaurants, in Hauseingänge und in Wohnstuben.



Das Kölner Panorama – diesmal eine unbekannte Seite: Die Rheinfluten drangen vor bis in die Giebelhäuser der Altstadt.

Mit dem Strom kam Treibgut wie Holzlaten, Abfall, Baumäste und viel Schmutz in die Kölner Altstadt. Der Schäferhund, der mit wedelndem Schwanz in die Fluten sprang, ein Stückchen herausfischte, zu-

rücktrötete und sein nasses Fell in unmittelbarer Nähe der Schaulustigen kräftig schüttelte, verschaffte so den Helfern der Feuerwehr für einen kurzen Moment freien Zugang zu den Schadensstellen.



Schon frühzeitig hatte die Stadt Köln Umleitungsschilder für den innerstädtischen Verkehr aufgestellt.

Und derer gab es genug. Familien mußten aus den gefährdeten Gebieten evakuiert werden, Stege von Haus zu Haus verlegt werden, damit die Bewohner trockenes Land erreichen konnten. Manche Anwohner griffen zur Selbsthilfe: Mit Steinen und Latten bauten sie Pfade durch das Wasser. Doch die hielten nicht lange, denn die Flut kletterte höher und höher. „Wie in Venedig“, murmelte eine ältere Dame, die das Schauspiel aus der Nähe betrachtete.

Pumparbeiten der Feuerwehr und des THW

Opfer der Flut reagierten mit äußerer Gelassenheit und mit Galgenhumor auf die unvorstellbaren Wassermengen. Vielen war die letzte Flut vom 25. Februar 1970 noch in Erinnerung, als der Pegel 9,86 Meter erreichte. Manche wußten sogar noch vom Silvester-Hochwasser 1925/26 zu berichten, bei dem 10,69 Meter gemessen wurden.

Die Neugier der Schaulustigen war für die meisten Anwohner „das Schlimmste“ – so eine Kölnerin, deren Wohnzimmer in dem



Die Feuerwehrmänner schleppten Sandsäcke, um damit Türen und Fenster der gefährdeten Häuser abzudichten gegen das Hochwasser.



Hoch gestapelt lagen die Sandsäcke vor den Hauseingängen. Oft genug fand das Hochwasser doch noch einen Weg in das Hausinnere.



Bei den Hilfsaktionen gab es auch nasse Füße. Ohne wasserdichte Stiefel ging nichts mehr.



Impression eines Straßenzuges in der Kölner Altstadt.

Parterre unter Wasser stand. „Die behindern doch die Helfer!“ In der Tat: Die Berufsfeuerwehr versuchte, Wasser aus den Kellern und Treppenhäusern zu pumpen. Auch rund 30 Helfer des Technischen Hilfswerks Köln nahmen ihre Pumparbeiten auf. Verstärkung wurde von den THW-Gruppen aus dem Aachener und auch aus dem Gummersbacher Raum erwartet.

Hieß es zunächst noch, das Pumpen würde sich nicht lohnen, so wollte die Feuerwehr „den Wasserspiegel in den Kellern wenigstens halten“ – so ein Helfer der Feuerwehr. Besonders gefährdet waren die Öltanks in den Kellern, die durch die Kraft des Wassers hätten aus der Verankerung reißen und aus denen Öl hätte austreten können. Deshalb mußte zunächst aus diesen Kellern das Wasser gepumpt werden.

Freude für die Kleinen, Probleme für die Großen

Des einen Leid ist des anderen Freud: Während die Betroffenen überall halfen, hatten die Kinder ungetrübte Freude am Wasser, das so herrlich zum Platschen und Spritzen einlud. Eine Gruppe aus einem Kölner Kindergarten hatte schon Tage zuvor Papierschiffchen gebastelt und mit bunten Fäden versehen. Die ließen die Kleinen jetzt während des Ausfluges zum Hochwasser schwimmen und hatten ihre Freude daran.

Auf den Rheinbrücken standen die Schaulustigen, um einen Blick auf die unter Wasser stehende Uferpromenade zu werfen. Die Anlegestellen der Schiffe waren kaum noch zu sehen; der Schiffsverkehr lahmgelegt. Die großen Frachter hatten angelegt, weil die Schifffahrt ihren Betrieb einstellen mußte.

Erhebliche Probleme gab es beim innerstädtischen Verkehr. Da der Rheinufertunnel geschlossen werden mußte, wurde der Verkehr umgeleitet. Die Umleitung und die Neugier der Kraftfahrzeugfahrer verursachten das tägliche Verkehrschaos mit kilometerlangen Staus. Im Rundfunk ließ die Polizei immer wieder darauf hinweisen, zügig über die Rheinbrücken zu fahren – ohne Erfolg. Die Schaulust war größer.

Der Einsatz der Bereitschaftspolizei erfolgte auf ungewöhnliche Weise: Per Schlauchboot paddelten die Beamten durch die Kölner Altstadt, um Hilfe zu bringen oder zu vermitteln. Privatpersonen, die ein Boot besaßen, zählten zu den Glücklichen im Unglück. Sie konnten, sofern noch keine Stege gebaut waren, ihr Haus verlassen oder mal „zu den Nachbarn überpaddeln“. Nachbarschaftshilfe wurde überhaupt großgeschrieben. Da kam sogar der Besitzer eines Speiserestaurants durch das mannshohe Wasser gewatet, hoch in

Schaulustige erschwerten immer wieder die Arbeiten der Helfer.



Verhaltenstips bei Hochwassergefahr – Plakate waren von der Stadtverwaltung im gefährdeten Gebiet angebracht worden.



Mit einem Schlauchboot „patrouillierte“ die Polizei durch die Altstadtgassen.



Die Feuerwehr transportierte die Sandsäcke zu den Häusern, die auf dem Fußweg trocken nicht mehr erreichbar waren.



den Händen belegte Brötchen für die Helfer.

Die Stadtverwaltung hatte am Dienstag, 12. April, bereits Umleitungshinweise für den Verkehr aufgestellt und Plakate angebracht mit Verhaltenstips für Hochwasser. So konnte jedermann lesen, was die Stadt dringend empfahl:

1. Die Verbindungsmöglichkeit der Obergeschosse mit der Straße durch die Bereithaltung von Leitern, Böcken und Laufbohlen zu sichern.
2. Das gewaltsame Einstürmen des Wassers in die Keller der Gebäude durch Schutzvorrichtungen an allen tiefliegenden Kellern und sonstigen Öffnungen in den Umfassungswänden zu verhindern.
3. Zur Vermeidung von Materialschäden die bedrohten Keller rechtzeitig räumen.
4. Heizungsanlagen, deren Kessel im Keller oder unter dem Hochwasserspiegel liegen, außer Betrieb zu setzen.
5. Heizölbehälter und sonstige Behälter gegen Auftrieb und Austritt von Öl zu sichern.

Bürgerinformation durch Hochwasserschutzzentrale

In der Hochwasserschutzzentrale der Stadt Köln liefen die Telefondrähte heiß. Auch dann, als die Fluten merklich mit zwei bis drei Zentimetern stündlich zurückgingen,

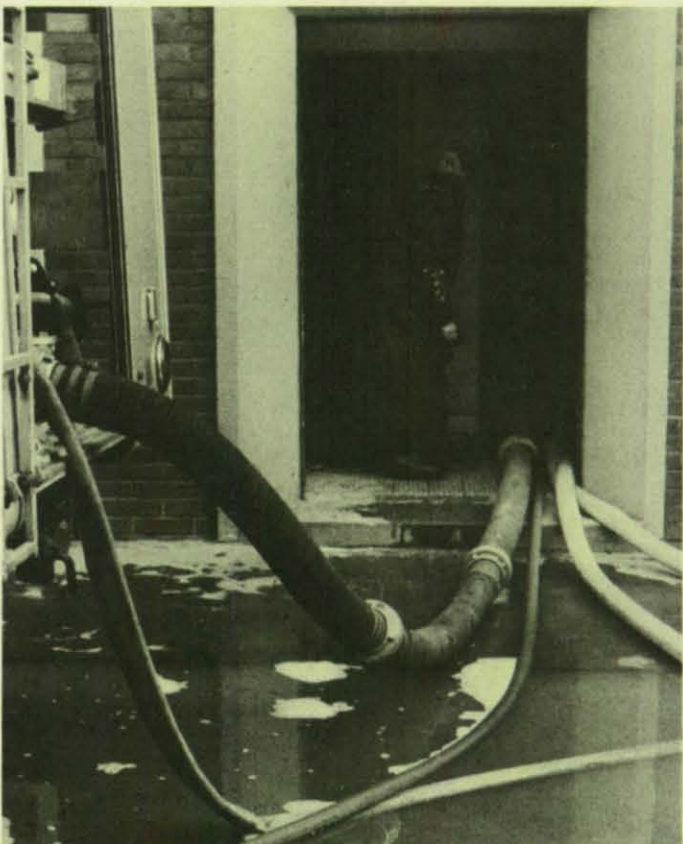
Pumpen waren sehr gefragt. Glücklicherweise war derjenige, der eine besaß.



Auch bei Privatleuten sah es schlimm aus: Überall stieg das Grundwasser in die Keller und mußte weggepumpt werden.



In den Hauseingängen sah es meist so aus: Nur über einen Steg konnte man die Wohnung erreichen, Keller und manchmal auch Parterres standen unter Wasser.



Überall Schläuche, überall wurde gepumpt.

wollten Kölner Bürger sich über den Pegelstand und die weiteren Aussichten informieren. Die Hochwasserschutzzentrale war ständig besetzt; im Zwei-Schicht-Betrieb waren auch insgesamt hundert Arbeiter des Amtes für Stadtentwässerung tätig, vom Straßenbauamt waren 140 Bedienstete im Einsatz. 500 Schiebermaßnahmen wurden in der Kanalisation von den städtischen Bediensteten während der ersten Hochwassertage vorgenommen.

Zahlreiche Angestellte und Beamte der Stadt Köln waren im Einsatz, wie zum Beispiel vom Amt für Brückenbau. „Alles klappte prima und verlief planmäßig“, lau-

tete die Antwort der Hochwasserschutzzentrale, die die verschiedenen städtischen Ämter koordinierte und sich für die Bürgerinformation und -beratung bereit hielt.

Von der Berufsfeuerwehr Köln kam auch eine eindeutige Antwort auf die Frage nach dem Verlauf: „Ohne Problematik ging alles über die Bühne.“ Rund hundert Männer der Berufsfeuerwehr waren im Einsatz, rund 30 Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr kamen hinzu. Ein kleiner Eindruck von einem Tageseinsatz: 2500 Sandsäcke wurden gefüllt, an 31 Einsatzstellen wurde gepumpt, und 50 hilfsbedürftige Personen

wurden von einem Schiff per Boot an Land gebracht.

Am Freitag, 15. April, zeigte der Pegel um 8 Uhr mit 9,14 Metern fallende Tendenz. Die Helfer warteten schon darauf, daß der erste Abfall und Müll beseitigt werden kann, den das Wasser zurücklassen wird, daß mit dem Auspumpen der Rampe des Rheinufertunnels begonnen werden kann.

Die Anwohner sind erst einmal froh, wenn das Wasser aus den Häusern und von den Straßen weicht. Wie die Folgeschäden aussehen, ist noch nicht absehbar. Aber es wird eine Zeitlang dauern, bis sich Köln vom Hochwasser erholt haben wird.



Stege waren angelegt worden, damit die Anwohner im Hochwasserbereich trocken zu ihren Wohnungen kommen konnten.



Schutzwände waren rechtzeitig angebracht worden. Dennoch mußte Grundwasser aus den Häusern gepumpt werden.



Das „Hotel am Pegel“ stand im Wasser: Nicht nur dieser Hotelbesitzer hatte mit den Wassermassen zu kämpfen.



Nachbarschaftshilfe wurde großgeschrieben. Wer ein Boot besaß, holte seine Nachbarn ins trockene Gebiet.



Wie in Venedig – eine Gasse in der Kölner Altstadt steht unter Wasser.



Die Kinder hatten ihren Spaß: Sie liebten kleine Papierschiffchen im Hochwasser schwimmen.

Die Nordatlantik-Pakt-Organisation

Entstehungsgeschichte, Strukturen und Organisation der NATO / 2. Fortsetzung

III. Strukturen und organisatorische Entwicklung der NATO

1. Die Grundstrukturen der Nordatlantik-Pakt-Organisation

a) Wie bereits bei der Wertung des Nordatlantik-Vertrages dargelegt²⁶⁾, ist die NATO ein Bündnis und keine supranationale Organisation. Demgemäß haben die Mitgliedstaaten ihre Souveränität, ihre Unabhängigkeit und ihre Hoheitsrechte in vollem Umfang behalten. Zur Erreichung der Ziele des Bündnisses haben sie sich jedoch verpflichtet, bei der Ausübung ihrer souveränen Rechte die Verbündeten zu konsultieren, gemeinsame Anstrengungen für ihre Verteidigung zu unternehmen und einander Beistand zu leisten.

b) Aus der Souveränität, der Unabhängigkeit und der Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten ergibt sich, daß alle Entscheidungen im Bündnis einstimmig getroffen werden müssen oder doch zumindest die Zustimmung der betroffenen Staaten erfordern. Demzufolge wird die Grundstruktur der NATO durch die Verpflichtung zum Zusammenwirken aller Mitgliedstaaten und zur Abstimmung ihrer Politik auf eine gemeinsame Linie bestimmt.

Dieser Notwendigkeit trägt die Organisation des Bündnisses Rechnung. Sie beruht auf dem Ausschuß-Prinzip, da allein diese Struktur erlaubt, daß jeder Mitgliedstaat Sitz und Stimme in den Spitzengremien der NATO und den ihnen nachgeordneten und zuarbeitenden Koordinierungs- und Fachausschüssen hat.

c) Nun liegt es auf der Hand, daß die Ausarbeitung von Beratungsunterlagen und die Erstellung von umfangreichen Plänen, aber auch die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Tagungen und Sitzungen der verschiedenen, in zeitlichen Abständen zusammentretenden Gremien des Bündnisses nicht ohne einen ständig präsenten Apparat zu bewältigen sind. Wie noch zu zeigen ist, stand die NATO daher bald nach ihrer Gründung vor der Notwendigkeit, permanent arbeitende Sekretariate und Stäbe zu schaffen.

Dies führte zur Bildung integrierter Einrichtungen. Das Integrationsprinzip besagt, daß in einem hierarchisch gegliederten Stab Angehörige unterschiedlicher Nationalität gemeinsame Aufgaben wahrnehmen. Während ihrer Dienstleistung in der integrierten Einrichtung sind sie nicht ihrer Heimatregierung, sondern ihrem Vorgesetzten verantwortlich. Die Leiter derartiger integrierter Sekretariate und Stäbe unterstehen dann ihrerseits den Gemeinschaftsorganen des Bündnisses. So kann der oberste Vorgesetzte einer integrierten Einrichtung z. B. ein Niederländer sein, dem ein Stellvertreter aus Italien und Abteilungsleiter aus den USA, der Bundesrepublik, der Türkei und Großbritannien unterstellt sind. Diese Integration setzt sich dann bis in die unterste Organisationseinheit des Stabes fort.

Voraussetzung für die Bildung integrierter Einrichtungen der NATO war die Erstellung von Organisations- und Stellenplänen, die Ausarbeitung spezieller Besoldungsordnungen, die Aufschlüsselung der einzelnen Dienstposten auf die verschiedenen Mitgliedstaaten, ihre Besetzung durch geeignete Bewerber der Entsendestaaten und die Finanzierung derartiger integrierter Einrichtungen. Da die NATO über keine eigenen Finanzmittel verfügt, bedurfte es außerdem der Festlegung von Haushaltsplänen und der Aufschlüsselung der benötigten Mittel auf die Mitgliedstaaten, die dann ihre Anteile als Finanzbeiträge zahlen. Endlich mußte die Rechtsstellung derartiger integrierter Einrichtungen durch Statut geregelt werden.

Die integrierten Einrichtungen gewannen im Verlauf der Entwicklung ständig an Bedeutung, obwohl sich die grundsätzliche Verantwortung der Spitzengremien und Ausschüsse für alle bündnisgemeinsamen Fragen nicht änderte.

Nach alledem bilden die Ausschuß-Struktur und die Existenz integrierter Einrichtungen die bestimmenden Elemente der Nordatlantik-Pakt-Organisation.

d) Kennzeichnend für die Struktur der NATO ist ferner eine außerordentliche Flexibilität, die eine laufende Überprüfung ihrer Organisation nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten erlaubt. Ursächlich hierfür ist in erster Linie, daß der NATO-Vertrag keine

organisatorischen Einzelheiten regelt. Sein Artikel IX bestimmt lediglich²⁷⁾, daß die Mitgliedstaaten einen Rat errichten und dieser nachgeordnete Stellen, insbesondere einen Verteidigungsausschuß, schaffen kann. Auf dieser Regelung beruht die gesamte im Laufe der Jahre entwickelte Organisation des Bündnisses. Dies gilt ebenso für die Einsetzung und Auflösung von Ausschüssen und Arbeitsgruppen wie für die Errichtung des Internationalen Stabes und für den Aufbau der militärischen Kommandostruktur.

Die Organisation der NATO-Gremien und Einrichtungen ist infolgedessen einem ständigen Wandel und der Anpassung an die jeweils auftretenden Erfordernisse unterworfen. Ihre Ausgestaltung ist daher nicht ohne Rückgriff auf die historische Entwicklung zu verstehen.

2. Die Entwicklung der Nordatlantik-Pakt-Organisation bis 1952

a) Nach Abschluß des Ratifizierungsverfahrens durch die zwölf Gründungsstaaten trat der NATO-Vertrag am 24. August 1949 in Kraft. Bereits am 17. September 1949 versammelte sich der NATO-Rat als das zunächst einzige handlungsfähige Organ des Bündnisses zu seiner konstituierenden Tagung in Washington²⁸⁾.

Der **NATO-Rat** (NATO Council = NAC), der sich aus den Außenministern der Signatarstaaten zusammensetzte, sah sich zwei Hauptaufgaben gegenüber. Zum einen mußten die organisatorischen Grundlagen für die Funktionsfähigkeit des Bündnisses geschaffen und zum anderen eine gemeinsame Verteidigungsplanung erarbeitet werden²⁹⁾. Vor dem Hintergrund der überaus gespannten internationalen Lage stand die Verwirklichung beider Maßnahmen unter großem Zeitdruck³⁰⁾.

Der NATO-Rat als das oberste Organ des Bündnisses beschloß zunächst, daß er alljährlich einmal zusammentreten und darüber hinaus weitere Tagungen durchführen wollte, wenn dies von der Mehrheit der Mitgliedstaaten gewünscht wurde. Außerdem sollte jeder Vertragspartner die Einbe-

rufung einer außerordentlichen Tagung beantragen können.

Der NATO-Rat setzte ferner die ersten zivilen und militärischen Gremien und Organe ein.

Gemäß Artikel IX des NATO-Vertrages bildete der Rat einen **Verteidigungsausschuß** (Defence Committee), dem die Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten angehörten. Er sollte mindestens einmal im Jahr zusammentreten. Ihm wurde die Aufgabe zugewiesen, einheitliche Verteidigungspläne für das NATO-Gebiet auszuarbeiten.

Der Rat beschloß außerdem die Einsetzung eines **Militärausschusses** (Military Committee = MC). Dieser sollte aus den Generalstabschefs der Mitgliedstaaten bestehen und war das oberste rein militärische Gremium der Allianz. Während andere Ausschüsse nur zu wenigen Tagungen im Jahr zusammentraten, sollte der Militärausschuß permanent tätig sein. Zu diesem Zweck bestimmten die Signatarstaaten Vertreter der Generalstabschefs, die ihre Belange im **Ständigen Militärausschuß** in der Zeit zwischen den Sitzungen der obersten militärischen Spitzen wahrnahmen.

Als erste integrierte Einrichtung des Bündnisses wurde dem Militärausschuß die **Ständige Gruppe** (Standing Group = SG) als Exekutivstab unterstellt³¹). Sie setzte sich zunächst nur aus Vertretern Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika zusammen. Der Vorsitz in der Ständigen Gruppe sollte vierteljährlich zwischen den Vertretern dieser drei Staaten wechseln. Ihre Mitglieder waren gleichzeitig die Vertreter ihrer Generalstabschefs im ständig tagenden Militärausschuß. Aufgabe der Ständigen Gruppe war die Erarbeitung strategischer Richtlinien für alle Gebiete, in denen alliierte NATO-Streitkräfte operierten. Darüber hinaus sollte sie die regionalen Verteidigungspläne koordinieren und vereinheitlichen und insoweit im Auftrag des Militärausschusses handeln. Endlich hatte sie dem Militärausschuß und über diesen dem NATO-Rat Empfehlungen in militärischen Fragen vorzulegen.

Als Sitz des Militärausschusses und der Ständigen Gruppe wurde Washington bestimmt.

Endlich beschloß der NATO-Rat auf seiner ersten Tagung auch die Einsetzung von fünf militärischen **Regionalen Planungsgruppen**³²), und zwar

- für Nordeuropa (umfassend Dänemark, Großbritannien und Norwegen),
- für Westeuropa (umfassend Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg und die Niederlande),

- für Südeuropa und das westliche Mittelmeer (umfassend Frankreich, Großbritannien und Italien),

- für Nordamerika (umfassend Kanada und die USA) und

- für den Nordatlantik (umfassend alle Mitgliedstaaten außer Italien und Luxemburg).

Aufgabe dieser Planungsgruppen war es, regionale Verteidigungspläne auszuarbeiten. Diese sollten dann der Ständigen Gruppe zugeleitet, von ihr koordiniert und dem Militärausschuß zur Zustimmung vorgelegt werden.

Wie diese Übersicht zeigt, bildeten die Regionalen Planungsgruppen die Vorläufer der späteren Kommandostruktur und ihrer Einzelelemente.

Alle diese Entscheidungen des NATO-Rates konnten allerdings nur getroffen werden, weil eine Arbeitsgruppe bereits umfangreiche Vorarbeiten geleistet hatte³³). Diese Gruppe hatte ihre Tätigkeit schon zwei Tage vor der Unterzeichnung des NATO-Vertrages im April 1949 aufgenommen und einen Bericht über die vordringlich zu bildenden Organe und Einrichtungen erstellt, der die Grundlage für die Entscheidungen des Rates bildete.

b) Schon am 18. November 1949 trat der NATO-Rat zu seiner 2. Tagung, ebenfalls in Washington, zusammen. Er befaßte sich dabei vorwiegend mit den finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten der gemeinsamen Verteidigung, aber auch mit Fragen der Rüstungsproduktion und der Versorgung der Streitkräfte.

Zur Untersuchung der damit verbundenen Probleme setzte der Rat zwei weitere Gremien ein³⁴), nämlich einen **Finanz- und Wirtschaftsausschuß für Verteidigungsfragen** (Defence Financial and Economic Committee), der aus den Finanzministern der Mitgliedstaaten bestand, und einen **Ausschuß für militärische Produktion und Versorgung** (Military Production and Supply Board). Letzterer wurde dem Verteidigungsausschuß unterstellt. Er sollte sich der Förderung der koordinierten Produktion, der Standardisierung und der technischen Weiterentwicklung auf dem Rüstungsgebiet widmen. Schon im Dezember 1950 wurde dieser Ausschuß übrigens durch einen **Ausschuß für Rüstungsproduktion** (Defence Production Board) mit einer weiterefaßten Zuständigkeit ersetzt³⁵).

c) Den nächsten organisatorisch bedeutsamen Schritt unternahm der NATO-Rat bei seiner Tagung in London vom 15. bis 18. Mai 1950³⁶). Es war deutlich geworden, daß der Rat auf seinen wenigen Tagungen die Koordinierung und Lenkung der verschiedenen von ihm eingesetzten Gremien und Einrichtungen nicht wirksam gewähr-

leisten konnte. Die Minister beschlossen daher zur Entlastung des Rates einen **„Ausschuß der Ratsstellvertreter“** (Council Deputies) einzusetzen. Ihm sollten Vertreter der Außenminister jedes Mitgliedstaates angehören. Dieser Ausschuß sollte sich zu regelmäßigen Sitzungen in London treffen. Ihm wurde die laufende politische Konsultation, die Durchführung der Weisungen des NATO-Rates und die Koordinierung der nachgeordneten Stellen des Bündnisses übertragen. Dieser Ausschuß der Ratsstellvertreter war der Vorläufer des späteren Ständigen NATO-Rates.

Inzwischen hatte überdies der Verteidigungsausschuß eine erste strategische Konzeption für die integrierte Verteidigung des NATO-Gebietes gebilligt und Verfahren zur Ausarbeitung eines Programms zur Erzeugung und Versorgung der Streitkräfte mit Waffen und Gerät vereinbart. Die Realisierung dieser Empfehlungen mußte nun vorangetrieben werden. Dabei ging es vor allem um den raschen Aufbau angemessener Streitkräfte und die Verwirklichung des vom Verteidigungsausschuß am 1. April 1950 in Den Haag verabschiedeten ersten Entwurfes eines mittelfristigen Verteidigungsplanes.

d) Wie dringlich alle diese Maßnahmen waren, zeigte der am 25. Juni 1950 begonnene kommunistische Angriff auf Südkorea³⁷).

Als der NATO-Rat vom 15. bis 18. September 1950 in New York zusammentrat, befaßte er sich ausschließlich mit der Frage, wie das NATO-Gebiet gegen einen nach Art des Korea-Krieges geführten Angriff verteidigt werden könne. Der Rat faßte daraufhin folgende Beschlüsse³⁸), die auch heute noch von Bedeutung sind:

- Ausarbeitung einer Strategie der „Vorne-Verteidigung“, damit ein gegnerischer Angriff soweit östlich wie möglich aufgefangen und zum Stehen gebracht werden kann;

- Erhöhung der militärischen Stärke und Überprüfung der Verteidigungspläne;

- Aufstellung einer unter zentralem Kommando stehenden integrierten Streitmacht, die groß genug ist, um einen Angreifer abzuschrecken und die Verteidigung Westeuropas zu garantieren;

- Ausarbeitung strategischer Direktiven für diese Streitmacht durch die Ständige Gruppe und

- Einsetzung eines Obersten Befehlshabers für diese Streitkräfte durch die NATO.

Außerdem befaßte sich der NATO-Rat mit der Notwendigkeit einer politischen und militärischen Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Verteidigung Euro-

pas. Diese Erörterungen bildeten den Ausgangspunkt für jene Verhandlungen, die schließlich 1955 zum Beitritt der Bundesrepublik zur NATO führten und bereits in anderem Zusammenhang behandelt wurden³⁹).

Unmittelbar im Anschluß an die Ratstagung vom September 1950 begann die Ständige Gruppe mit der Ausarbeitung von Plänen für die Aufstellung integrierter Streitkräfte und die Errichtung eines Obersten Hauptquartiers in Europa sowie die Reorganisation der militärischen Kommandostruktur. Diese Pläne wurden vom Verteidigungsausschuß gebilligt⁴⁰) und alsdann vom NATO-Rat bei seiner Tagung in Brüssel am 18. und 19. Dezember 1950 verabschiedet.

Der Rat entschied weiterhin, daß das Oberste Hauptquartier einem amerikanischen General unterstellt werden solle und bat Präsident Truman um die Entsendung General Eisenhowers. Noch während dieser Tagung gab der Rat die Ernennung Eisenhowers zum **Obersten Alliierten Befehlshaber Europa** (Supreme Allied Commander Europe = SACEUR) bekannt. Damit war ein entscheidender Schritt zum Aufbau der NATO-Kommandostruktur getan.

In ähnlicher Form vollzog sich einige Zeit später die Errichtung der Befehlsbereiche Atlantik und Ärmelkanal⁴¹). Am 30. Januar 1952 wurden der amerikanische Admiral McCormick zum **Obersten Alliierten Befehlshaber Atlantik** (Supreme Allied Commander Atlantic = SACLANT) und am 21. Februar 1952 der britische Admiral Power zum **Oberbefehlshaber Ärmelkanal** (Commander-in-Chief Channel = CINCHAN) ernannt. Mit der Schaffung dieser Befehlsbereiche und der Bildung der entsprechenden Kommandobehörden wurden die 1949 eingesetzten Regionalen Planungsgruppen aufgelöst. Lediglich die Regionale Planungsgruppe Nordamerika blieb bestehen. Sie existiert heute noch.

e) Im Frühjahr 1951 erfolgte dann eine einschneidende Änderung der Spitzengliederung des Bündnisses⁴²).

Am 3. Mai 1951 beschloß der Ausschuß der Ratsstellvertreter die Auflösung des Verteidigungsausschusses, dem die Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten angehörten, und des Finanz- und Wirtschaftsausschusses für Verteidigungsfragen, der sich aus den Finanzministern zusammensetzte. Ihre Aufgaben wurden dem NATO-Rat übertragen, der nun bis Anfang der 60er Jahre das einzige Gremium der Allianz war, das auf Ministerebene tagte.

Gleichzeitig wurde vereinbart, daß sich die Regierungen im NATO-Rat je nach Art der auf der Tagesordnung stehenden Fragen durch ihre Außen-, Verteidigungs-, Finanz- und Wirtschaftsminister vertreten lassen

konnten. Auch eine Teilnahme der Regierungschefs wurde vorgesehen⁴³).

Außerdem wurde die Stellung der Ratsstellvertreter verändert. Während sie bisher nur als Vertreter der Außenministerien fungierten, sollten sie fortan für alle Minister ihrer Regierungen tätig werden, die mit NATO-Angelegenheiten befaßt waren. Damit wurde der Grundstein für eine ständige Arbeitsorganisation des NATO-Rates gelegt.

Zu seiner Unterstützung wurde dem Ausschuß der Ratsstellvertreter ein **Internationaler Stab** beigegeben. Er wurde aus einem Zivilhaushalt finanziert, zu dem jeder Staat einen Kostenbeitrag leistete. Der erste Leiter des Stabes war der Amerikaner Spofford. Dieser Internationale Stab war der Vorläufer des 1952 gebildeten Generalsekretariats der NATO.

Endlich wurde ein neuer **Finanz- und Wirtschaftsausschuß** (Financial and Economic Board) auf Expertenebene mit Sitz in Paris errichtet. Dieser Ausschuß sollte eng mit der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OPEC, später OECD) kooperieren, die für die Steuerung der Marshall-Plan-Hilfe zuständig war. Er hatte den Ausschuß der Ratsstellvertreter und andere NATO-Gremien unter wirtschaftlichen und finanziellen Aspekten zu beraten.

f) Die wachsende Zahl integrierter ziviler und militärischer Stäbe und Hauptquartiere erforderte die Klärung zahlreicher rechtlicher und finanzieller Probleme.

Am 19. Juni 1951 wurde in London zwischen den Mitgliedstaaten des Nordatlantik-Vertrages ein Abkommen (Agreement) über den Status ihrer Streitkräfte unterzeichnet⁴⁴). Es regelt die Rechtsverhältnisse des militärischen Personals, das unter NATO-Befehl in einem anderen Land Dienst tat. Darüber hinaus wurde in einem Protokoll vom 28. August 1951 der rechtliche Status der militärischen Hauptquartiere festgelegt⁴⁵).

Im August 1951 konnte auch eine Einigung über die Kostenanteile erzielt werden, die die einzelnen Mitgliedstaaten zur Finanzierung des Obersten Hauptquartiers Europa und seiner nachgeordneten Stäbe aufzubringen hatten.

Ein weiteres Abkommen wurde am 20. September 1951 in Ottawa unterzeichnet⁴⁶). Es regelte den Status der Nordatlantik-Pakt-Organisation als Ganzes, der nationalen Vertreter und des Internationalen Stabes.

Die Bedeutung dieser Abkommen und Protokolle kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie bildeten eine unverzichtbare Grundlage für die Arbeitsaufnahme integrierter Einrichtungen, aber auch für die

Wahrnehmung ungehinderter nationaler Belange im Rahmen des Bündnisses.

g) Angesichts einer weiterhin kritischen internationalen Lage bemühten sich die Mitgliedstaaten um eine rasche Verwirklichung der Beschlüsse des NATO-Rates zur Aufstellung integrierter Streitkräfte. Die hierzu erforderlichen Anstrengungen warfen jedoch wirtschaftliche und finanzielle Fragen auf, die das Bündnis in zunehmendem Maße beschäftigten. Die vom Militärausschuß festgestellten militärischen Anforderungen gingen weit über das hinaus, was die Mitgliedstaaten leisten zu können glaubten.

Auf der Ratstagung vom 15. bis 20. September 1951 in Ottawa⁴⁷) traten erstmalig die Außen-, Verteidigungs-, Finanz- und Wirtschaftsminister der Mitgliedstaaten zusammen. Zur Prüfung der Frage, wie die Verteidigungserfordernisse des Bündnisses mit den politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten der Mitgliedsländer in Einklang gebracht werden konnten, setzten sie einen „Zeitweiligen Ratsausschuß“ (**Temporary Council Committee = TCC**) ein.

Schon am 18. Dezember 1951 legte der Zeitweilige Ratsausschuß seinen Bericht vor⁴⁸). Er hob zunächst die Notwendigkeit einer gerechten Aufteilung der finanziellen Belastungen auf die einzelnen Mitgliedstaaten hervor und betonte das Erfordernis, eine gesunde wirtschaftliche und soziale Grundlage aufrechtzuerhalten. Der Bericht befaßte sich sodann mit dem Verteidigungsprogramm jedes einzelnen Mitgliedstaates und enthielt genaue Empfehlungen für die 1952 zu erreichenden Ziele sowie allgemeinere Richtlinien für die späteren Jahre.

h) Nach einer zwischenzeitlichen Tagung in Rom trat dann der NATO-Rat vom 20. bis 25. Februar 1952 in Lissabon zusammen. Erstmals waren bei diesem Treffen auch Griechenland und die Türkei vertreten, die kurz zuvor dem Bündnis beigetreten waren⁴⁹). Diese Ratstagung wurde ein Meilenstein in der Geschichte des Bündnisses⁵⁰).

Der NATO-Rat befaßte sich zunächst mit der Verteidigungs- und Streitkräfteplanung des Bündnisses aufgrund der Arbeiten des Zeitweiligen Ratsausschusses. Die Mitgliederregierungen erklärten sich mit den im Ausschußbericht vorgeschlagenen militärischen Zielen einverstanden und verpflichteten sich, bis Ende 1952 insgesamt 50 Divisionen, 4000 Flugzeuge und starke Seestreitkräfte zur Verfügung zu stellen. Der Rat billigte in diesem Zusammenhang auch die Pläne zur Errichtung der später gescheiterten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) unter Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland.

Schließlich beschloß der NATO-Rat eine

einschneidende Änderung der Spitzenorganisation des Bündnisses.

Entsprechend den Beschlüssen vom Mai 1951 blieb die Zusammensetzung des NATO-Rates auf Ministerebene unverändert. Die Intervalle zwischen den unregelmäßig stattfindenden Ministertagungen sollten jedoch künftig durch Tagungen ständiger Vertreter der Mitgliedsregierungen überbrückt werden. Diese erhielten Botschafterrang und sollten nationale Vertretungen bei der NATO leiten. Damit wurde ein **Ständiger NATO-Rat** (Permanent Council) ins Leben gerufen, der den bisherigen Ausschuß der Ratsstellvertreter, aber auch den Rüstungsproduktionsausschuß und den Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen ablöste. Diesem Ständigen NATO-Rat wurden damit laufende Aufgaben übertragen, zu deren Bewältigung er einmal oder mehrfach in der Woche zusammenzutreten mußte. Der Ständige NATO-Rat sollte die gleichen Entscheidungsbefugnisse wie der Rat auf Ministerebene haben.

Ferner wurde die Stelle eines **Generalsekretärs der NATO** mit internationalem Status neu geschaffen. Er sollte den Vorsitz im Ständigen Rat führen, während der Vorsitz bei den Ministertagungen im alljährlichen Turnus einem der Außenminister der Mitgliedstaaten zufiel. Außerdem wurde dem Generalsekretär ein besonderes Generalsekretariat als integrierte Einrichtung unterstellt, das aber die bisherige Bezeichnung „**Internationaler Stab**“ beibehielt. Mit Hilfe dieses Internationalen Stabes soll-

te er die Arbeit des NATO-Rates und der ihm nachgeordneten Stellen organisieren und unterstützen.

Zum Sitz der NATO wurde Paris bestimmt. Hier sollte die künftige Arbeit der Spitzengremien und der Ausschüsse sowie des Internationalen Stabes konzentriert werden und die nationalen Vertretungen ihren Standort haben. Lediglich der Militärausschuß und die Ständige Gruppe blieben in Washington.

Mit diesen Beschlüssen gelang dem NATO-Rat auf organisatorischem Gebiet ein entscheidender Durchbruch. Von einigen Modifikationen abgesehen, blieb diese Struktur bis zum Jahresende 1966 unverändert.

Ein Teil der Lissaboner Beschlüsse wurde sehr rasch ausgeführt⁵¹⁾.

Am 12. März 1952 wurde der bisherige britische Staatssekretär Lord Ismay zum Generalsekretär der NATO ernannt. Das neue Generalsekretariat, der sog. Internationale Stab, zog vorläufig in das Palais Chailiot in Paris ein. Hier hatte die NATO fortan ihren offiziellen Sitz. Der Internationale Stab blieb dort bis zum 15. Dezember 1959. Dann bezog er einen Neubau an der Porte Dauphine nahe dem Bois de Boulogne⁵²⁾.

Bis Ende April 1952 konnten auch die nationalen Vertretungen aller Mitgliedstaaten in Paris untergebracht werden.

Am 28. April 1952 führte der neuerrichtete

Ständige NATO-Rat seine erste Sitzung in Paris durch. Bis zum Jahresende 1966 tagte er nur noch in der französischen Hauptstadt.

(Fortsetzung folgt)

- 26) vgl. Teil II Ziff. 3 dieses Aufsatzes
- 27) vgl. Teil II Ziff. 2 dieses Aufsatzes
- 28) vgl. zum Folgenden „NATO-Facts and Figures“, Brüssel 1969, S. 28ff.
- 29) vgl. dazu „NATO-Handbuch“, Paris 1960, S. 23/24ff.
- 30) vgl. dazu Teil I, Ziff. 3 dieses Aufsatzes
- 31) vgl. dazu „NATO-Facts“, 1969, S. 26/27 und 166 sowie „NATO-Handbuch“, 1960, S. 24 und 55
- 32) vgl. Anm. 31
- 33) vgl. dazu „NATO-Facts“, 1969, S. 166 Anm. 1
- 34) vgl. dazu „NATO-Facts“, 1969, S. 29 und „NATO-Handbuch“, 1960, S. 25
- 35) vgl. „NATO-Facts“, 1969, S. 31
- 36) vgl. zum Folgenden „NATO-Facts“, 1969, S. 31 und „NATO-Handbuch“, 1960, S. 25
- 37) vgl. Teil I, Ziff. 5 dieses Aufsatzes
- 38) vgl. „NATO-Facts“, 1969, S. 30 und „NATO-Handbuch“, 1960, S. 26/27
- 39) vgl. Teil I, Ziff. 7 und 8 dieses Aufsatzes
- 40) wie Anm. 38, S. 31 bzw. 27
- 41) wie Anm. 38, S. 35 bzw. 31
- 42) wie Anm. 38, S. 31/32 bzw. S. 27
- 43) Die 1. Tagung des NATO-Rates auf der Ebene der Regierungschefs fand erst vom 16. bis 19. 12. 1957 in Paris statt (NATO-Handbuch, 1960, S. 38/39)
- 44) abgedruckt in „NATO-Facts“, 1969, Appendix 6, S. 244ff.
- 45) wie Anm. 44, Appendix 8, S. 266ff.
- 46) wie Anm. 44, Appendix 7, S. 258ff.
- 47) vgl. zum Folgenden „NATO-Handbuch“, 1960, S. 28ff.
- 48) vgl. Anm. 47 und „NATO-Facts“, 1969, S. 32–34
- 49) vgl. Teil I, Ziff. 4 dieses Aufsatzes
- 50) wie Anm. 48
- 51) vgl. „NATO-Handbuch“, 1960, S. 32
- 52) vgl. „NATO-Facts“, 1969, S. 207

Katastrophenschutzschule
Niedersachsen:

40000 Helfer in 20 Jahren ausgebildet

Aufgabe und Arbeit
der Schule gewürdigt

„Unsere große Aufgabe, alle Helfer, Unterführer und Führer des Katastrophenschutzes umfassend für ihre Aufgaben vorzubereiten, wird auch weiterhin unsere vornehmste, uns alle verpflichtende, fordernde, aber auch befriedigende Tätigkeit bleiben.“ Das betonte Schulleiter Eduard Stanowski während einer Betriebsversammlung aus Anlaß des 20jährigen Bestehens der Katastrophenschutzschule Niedersachsens in Bad Nenndorf.

Vor 20 Jahren, am 1. April 1963, wurde per Erlaß des niedersächsischen Innenministeriums ein Teil des ehemaligen Notaufnahmelagers für Flüchtlinge in Uelzen-Bohdamm in die Landesschule Niedersachsens für den zivilen Bevölkerungsschutz umgewandelt. Mit der Füh-

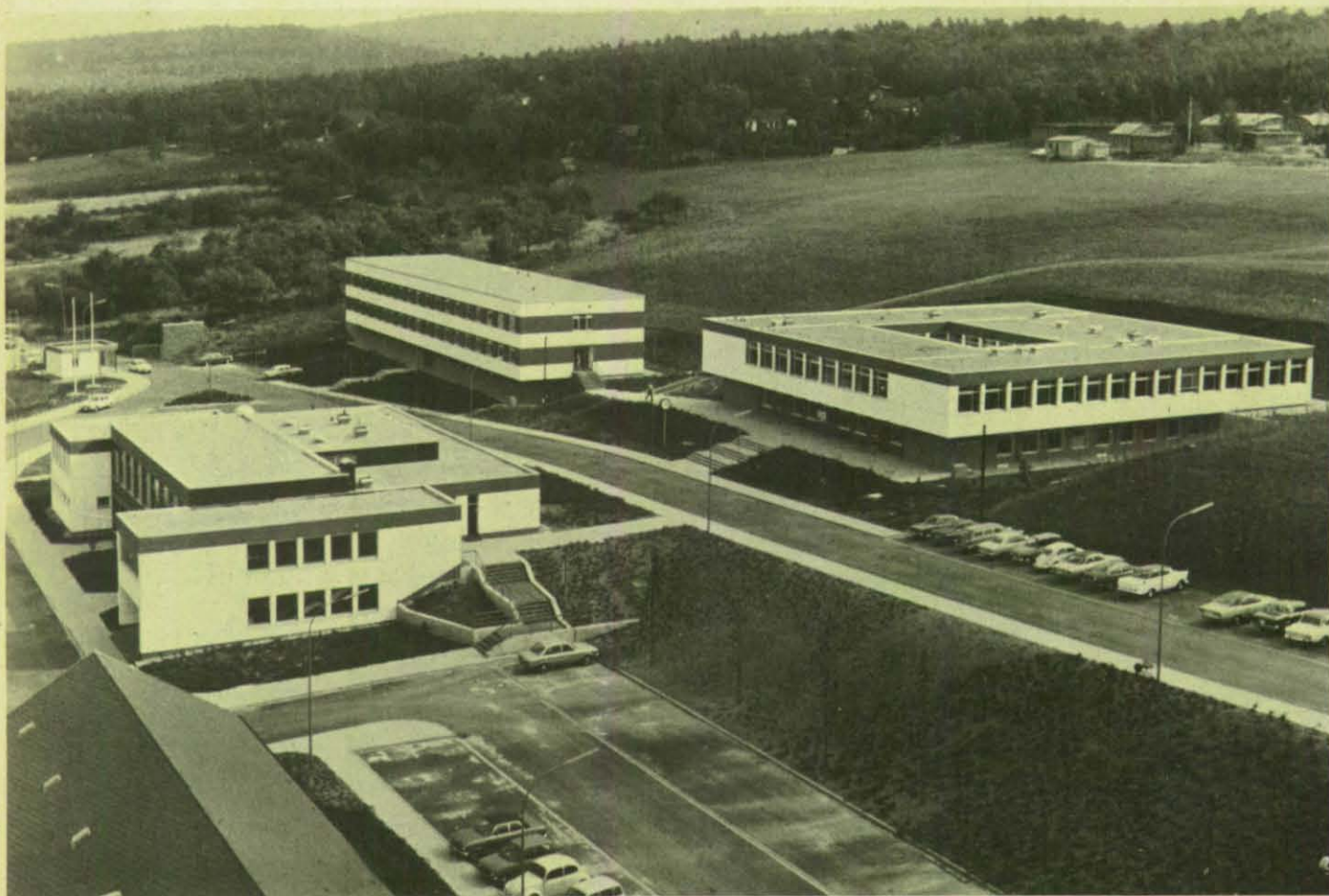
rung dieser Dienststelle wurde der erst kürzlich in Bad Nenndorf verstorbene ehemalige Schulleiter Hans Wichert beauftragt, der, so Stanowski, „aus schwierigsten Anfängen die Schule aufbaute“.

1968 wurde die zentrale Ausbildungsstätte unter der heutigen Bezeichnung „Katastrophenschutzschule“ in das Gewerbegebiet nach Bad Nenndorf verlegt. An beiden Standorten wurden in den zwei Jahrzehnten über 40000, davon allein in Bad Nenndorf 36000 ehrenamtliche Helfer in rund 2000 Lehrgängen aus- und fortgebildet – vorzugsweise in den Fachbereichen Bergungs-, Sanitäts-, ABC- und Fernmeldedienst. Ein zusätzlicher Schwerpunkt liegt in der Unterweisung der Stabsmitglieder beim Hauptverwaltungsbeamten (HVB), dem Krisenstab im Katastrophen- und Zivilschutzfall.

In der kleinen Feierstunde, die auf Wunsch der Bediensteten nur im engen Belegschaftskreis stattfand, überbrachte Ministerialdirigent und Abteilungsleiter Antonischki die Grüße des niedersächsischen Innenministers Möck-

linghoff. Antonischki würdigte die Verdienste der Schule und das Engagement der Lehrkräfte und versicherte dem Personal, daß der Schule im Ministerium ein hoher Stellenwert eingeräumt werde. Erst kürzlich, so Antonischki, habe Minister Möcklinghoff den Zivilschutz als „unverzichtbaren Bestandteil glaubwürdiger Verteidigungsanstrengungen zur Erhaltung und Sicherung des Friedens“ bezeichnet. Mit einer gründlichen Stellungnahme des Landes zum Zivilschutzgesetz des Bundes sei dessen Bedeutung unterstrichen worden.

Der Personalratsvorsitzende Helmut Dietrich schloß die Rede mit der Feststellung, daß die Leistungsfähigkeit dieser Schule neben den Führungsqualitäten zweier Schulleiter vor allem dem Engagement der Kolleginnen und Kollegen zu verdanken sei. An die vorgesetzten Dienststellen appellierte er, die auch in diesem Bereich vorgesehenen Stelleinsparungen noch einmal zu überdenken, denn „nur mit dem derzeitigen Personalbestand können die uns auferlegten Aufgaben zum Zwecke einer qualifizierten Ausbildung erreicht werden“.



Dorothee Boeken

Mit motivierten Lehrgangsteilnehmern ist die Katastrophenschutzschule des Bundes ein Forum der Weiterbildung

Eine lebendige Gemeinschaft hoch über dem Ahrtal

Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik, aus den unterschiedlichsten Berufsgruppen und Altersklassen kommen zur KSB – „Nicht nur Wissen vermitteln, sondern Einstellungen wandeln“

„Sie ist im wahrsten Sinne des Wortes eine einzigartige Einrichtung“, erklärte Bundespräsident Prof. Dr. Karl Carstens am 19. August 1980 mit Blick auf die Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler, die er zwecks Information über die humanitäre Hilfe für den Katastrophen- und Verteidigungsfall besuchte.

Das weiße Hinweisschild in Ahrweiler führt die Ramersbacher Straße hinauf; auf der Höhe präsentiert sich die großzügige Anlage der Katastrophenschutzschule des Bundes. Was verbirgt sich hinter diesem Namen? Welche Besucher finden immer wieder den Weg zur Schule? Welche Motivation steckt in den zahlreichen Teilnehmern, die Lehrgänge, Arbeitstagungen oder Prüfungsseminare besuchen? Das „Zivilschutz-Magazin“ wollte die „einzigartige Einrichtung“ einmal kennenlernen:

das vielfältige Angebot der schulischen Veranstaltungen, das große Aufgebot an Teilnehmern aus allen Bereichen der Bundesrepublik und die Lebendigkeit des Schulbetriebes, die erst durch die Lehrgangsteilnehmer zustande kommt. Eine Woche lang nahm das „Zivilschutz-Magazin“ am Schulbetrieb in Ahrweiler teil. Insgesamt fanden dort acht Lehrgänge zu verschiedenen Themenkreisen des Katastrophen- und Zivilschutzes statt.

„Man muß sich auf dem laufenden halten“

Es ist Montagmorgen, kurz vor acht Uhr. Auf dem Gelände der Katastrophenschutzschule des Bundes wird es munter. Die

Lehrgangsteilnehmer haben das von der vorbildlich geführten Küche bereitete Frühstück eingenommen und schlendern nun gemütlich in die nahegelegenen Unterrichtsgebäude. Die Ausbildungslehrgänge „Führen im Katastrophenschutz“ beginnen pünktlich um 7.45 Uhr. Schon am Vortag angereist sind die Mitglieder des Stabes des Hauptverwaltungsbeamten (Stab HVB) aus den Landkreisen Hameln-Pyrmont und Haßberge. Sie alle haben den Einweisungslehrgang auf Landesebene absolviert und wollen sich nun noch tiefer in die Stabsarbeit einarbeiten.

Die Teilnehmer des jeweiligen Lehrganges, der geleitet wird von Klaus Wagenblast beziehungsweise Dieter Rösler, kennen sich zumeist untereinander von der gemeinsamen Tätigkeit in der Verwaltung und vom vorbereitenden Unterricht auf

Landesebene. Aber auch „Neulinge“ sind hinzugekommen wie zum Beispiel Hans Schröder, der im Lehrgang des Stabes HVB Landkreis Hameln-Pyrmont mitarbeitet. Der 47jährige Kommunalbeamte aus Lohmar ist ein selbsternannter „Nachzügler“. Er soll im Stab HVB Rhein-Sieg-Kreis Aufgaben im Sachgebiet S4 (Versorgung) übernehmen. Seine Kollegen aus dem Rhein-Sieg-Kreis haben in der Katastrophenschutzschule Ahrweiler schon gemeinsam geübt, als er noch nicht für die



Hans Schröder lernt im Lehrgang „Führen im Katastrophenschutz“ für seine Arbeit im Stab HVB Siegburg.

Stabsarbeit vorgesehen war. Jetzt aber arbeitet Hans Schröder „hinterher“: „Es interessiert mich immer mehr, die Aufgaben und Möglichkeiten im Katastrophenschutz zu erfahren. Wobei es natürlich schöner wäre, gemeinsam mit dem eigenen Stab zu lernen.“

Und auch ein „Gast“ hat sich unter die Hamelner gemischt: Es ist Friedhelm Neubauer (52). Eigentlich muß er die Stabsarbeit nicht unbedingt kennen, doch er hat seine eigene Motivation, dem Ausbildungslehrgang „Führen im Katastrophenschutz“ beizuwohnen: „Ich arbeite im Warnamt VIII und bin dort zuständig für die



Arbeitet im Warnamt VIII: Friedhelm Neubauer aus Rottenburg.

Betriebstechnik und ABC-Ausbildung. Ich möchte natürlich wissen, was draußen geschieht, wenn wir hier drinnen, also im Warnamt, sitzen.“ Die Devise von Friedhelm Neubauer lautet: „Man muß sich auf dem laufenden halten.“ Der Diplom-Ingenieur aus Rottenburg in Baden-Württemberg war vor vielen Jahren im Technischen Hilfswerk tätig und kam dann zum Warnamt. „Ich bin eben Techniker“, beantwortet Neubauer die Frage nach dem Grund für den Wechsel. Für ihn ergibt sich auch die Frage einer möglichen Zusammenarbeit zwischen dem Stab HVB und dem Warnamt: „Schließlich muß man sich informieren“, meint Neubauer, der schon den sechsten Lehrgang an der Katastrophenschutzschule des Bundes besucht.

„Einen Beitrag leisten, daß es auch anderen gut geht“

Was treibt Menschen dazu, sich für die humanitäre Hilfe im Katastrophen- und Verteidigungsfall einzusetzen? „Es passiert überall so schrecklich viel. Wenn es mir persönlich doch gut geht, warum soll ich dann nicht dazu beitragen, daß es auch anderen Menschen gut geht und daß ihnen geholfen werden kann?“ Der diese Aussage trifft, ist Willibald Roth (43) aus Haßfurt. Er sitzt als Fachberater Fernmeldedienst im Stab HVB Landkreis Haßberge. Roth ist in seinem Ort in Bayern Kreisbrandmeister und weiß, wovon er spricht, wenn er sagt:



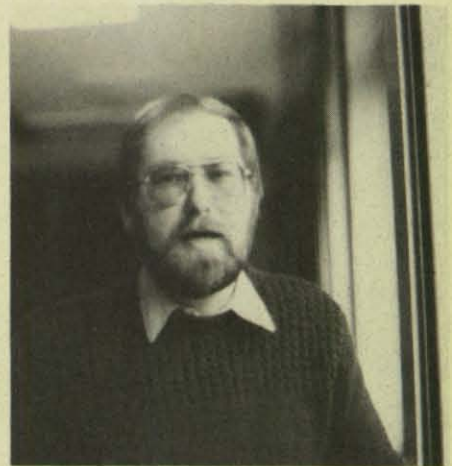
„Anderen Menschen helfen“ will Willibald Roth. Dafür arbeitet er im Stab HVB Landkreis Haßberge.

„Nicht nur an den Verteidigungsfall sollten wir denken, sondern der Katastrophenfall ist schon sehr schnell gekommen.“

Er ist im Landratsamt zuständig für Gartenbau und Landschaftspflege. Seinen Beruf hat Willibald Roth auch zu seinem Hobby gemacht: Daheim interessiert er sich gemeinsam mit der Familie für die Gestaltung und Pflege seiner großen Gartenanlage. Wie kann man denn die Arbeit für den Katastrophenschutz vereinbaren mit beruflichen und familiären Verpflichtungen?

„Die Familie muß auf jeden Fall dahinterstehen. Sonst geht es nicht“, erklärt der Verwaltungsangestellte.

Ein nicht untypisches Beispiel für die Motivation zur Mitarbeit im Katastrophenschutz liefert Reinhard Kuhla (32), Finanzbeamter aus Ebelsbach, der ebenfalls dem Stab HVB Landkreis Haßberge angehört: Der für



Als Fachberater im Stab HVB ist Reinhard Kuhla zuständig für Instandsetzung.

Instandsetzung zuständige Fachberater ist seit vielen Jahren beim Technischen Hilfswerk und kam „wie die sprichwörtliche Jungfrau zum Kinde“ in den Stab HVB. Es wurde aus den THW-Reihen ein fähiger Mann gesucht, und gefunden wurde Reinhard Kuhla. „Ich habe eingesehen, daß meine Arbeit im Stab HVB allen zugute kommt: dem Stab, dem THW und nicht zuletzt mir selbst.“

„Nicht nur Wissen vermitteln, sondern Einstellungen wandeln“

Den Unterricht „Führen im Katastrophenschutz“ gestalten neben vielen anderen Lehrkräften auch Hans-Joachim Derra und Jürgen Brandt. Sie wissen um die Probleme, die die Stabsarbeit oft mit sich bringt. Derra: „Die wichtigste Aufgabe des Lehrgangleiters am Montagmorgen ist es, die Teilnehmer auf die Thematik einzustimmen.“ Mit „Lampenfieber“ gehen die Lehrer in die erste Unterrichtsstunde, doch meistens ist dies nicht nötig, denn: „Das Eis ist schnell gebrochen. Was die Stabsarbeit betrifft, ist in der Landesschule schon wertvolle Vorarbeit geleistet worden. Niemand schreit laut ‚Hurra‘, wenn er hierhin kommt. Aber die Berufung für die Stabsarbeit, nicht zuletzt auch eine Auszeichnung für den Betreffenden, ist spürbar“, erklärt Hans-Joachim Derra, der im April 1978 seine Assistentenstelle an der Universität Köln aufgab, um an der Katastrophenschutzschule des Bundes zu unterrichten. Er sieht auch in der Durchführung des Lehrgangs „Führen im Katastrophenschutz“ die große Gelegenheit, „Wege



Der Leiter der Katastrophenschutzschule des Bundes, Ferdinand Ständer (Mitte), mit den Lehrern Hans-Joachim Derra (rechts) und Jürgen Brandt (links).

freizuschießen für die Katastrophenschutzarbeiter": Dann nämlich, wenn der Hauptverwaltungsbeamte überzeugt ist – beziehungsweise überzeugt werden kann – von der Notwendigkeit seiner Aufgabe in diesem Bereich.

Jürgen Brandt, seit Mai 1973 an der Schule, ist ebenfalls dieser Auffassung: „Wir wollen ja nicht nur Wissen vermitteln, sondern Einstellungen wandeln; Denkanstöße können schon ausreichen.“ Erfolgserlebnisse haben die Lehrer, und damit nicht zuletzt auch Schulleiter Ferdinand Ständer. So gab es einen Stadtkämmerer, der mit dem Stab HVB nach Ahrweiler anreiste, und bislang nie Geld für den Zivil- und Katastrophenschutz hatte aufbringen wollen. Nachdem jener allerdings den Ausbildungslehrgang in Ahrweiler besucht und die Notwendigkeit erkannt hatte, nahm er Baupläne für eine Stabszentrale mit nach Hause. „Wir wollen den Teilnehmern anwendungsbezogenes Wissen vermitteln“, so Jürgen Brandt. „Immer wieder werden während und nach den Übungen Probleme angesprochen und Schwächen korrigiert.“ Ein Hauptverwaltungsbeamter läßt es sich nicht nehmen, die Arbeit seines Stabes zu beobachten: Dr. Horst Kallmeyer, Oberkreisdirektor von Hameln-Pyrmont, erklärt

auch, warum er nach Ahrweiler gekommen ist: „In den lokalen Übungen kann man nicht soviel herausnehmen wie hier aus den Lehrgängen. Sie dienen der Verbesserung der Informationsgänge und des praktischen Ablaufes. Ich interessiere mich für die Stabsarbeit, und schließlich muß ich sie ja auch kennen, gegebenenfalls einspringen, wenn es im Ernstfall einmal zu einer Ablösung kommt.“ Gibt es – wenn der Hauptverwaltungsbeamte selbst am Lehrgang teilnimmt – denn keine Hierarchie-Probleme? „Der Stab hat volle Autonomie. Da rede ich nicht rein“, erklärt Dr. Kallmeyer.

„Profit auch für den friedensmäßigen Einsatz“

Während die einen als Stab üben, sitzen die anderen in der großen Werkstatt und schweißen eine I-Naht, eine Kehlnaht oder eine Überlappnaht: 19 Teilnehmer aus den Reihen des Technischen Hilfswerks sind beim Lehrgang „Gasschweißen Stufe II“, um unter fachkundiger Leitung von Gastlehrer Kurt Kreis vom Deutschen Verband für Schweißtechnik ihr Handwerk zu lernen. „Im Zuge des Katastrophenschutzes lernen die Schweißer hier für den Instandsetzungsdienst“, erläutert Kurt Kreis, der seit 1959 ausgebildet. Kreis legt besonderen Wert auf die Mitarbeit und Pünktlichkeit der Lehrgangsteilnehmer, die nach zwei Wochen ihre Prüfstücke vorlegen müssen: „Das ist kein Anwesenheitslehrgang, sondern ein Arbeitslehrgang. Sonst hat das keinen Zweck.“

„Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ heißt ein weiterer Ausbildungslehrgang, der am Montagmorgen mit der Darstellung der Lernziele beginnt und für Mitglieder des Deutschen Feuerwehrverbandes gedacht ist. Teilnehmer sind als Zugführer eingesetzte Führungskräfte des Katastrophenschutzes und solche Führungskräfte des Katastrophenschutzes, deren Verwendung in Einheiten und Einrichtungen der Führung vorgesehen ist.

Unter anderem ist auch Albert-Horst Ackermann, 54jähriger Kaufmann aus



Kreisbrandmeister Albert-Horst Ackermann aus Rickling nimmt teil am Ausbildungslehrgang „Fachdienste im Einsatz“.

Rickling (Schleswig-Holstein), mit von der Partie. Er ist Kreisbrandmeister und froh, an diesem Unterricht teilzunehmen: „Wir von der Feuerwehr profitieren von dem Lehrgang auch für den friedensmäßigen Einsatz.“

Mitarbeit im Selbstschutz als Hobby

Profitieren möchte auch Heinz Schäfer (42), seines Zeichens Architekt aus Ingel-



Heinz Schäfer aus Mainz arbeitet ehrenamtlich auch als Bauberater für den BVS: „Quasi als Hobby“.

heim. Er besucht eines der vielen Seminare an der Bundesschule des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS), die hier in Ahrweiler mit in der Katastrophensch-



„Der Stab hat volle Autonomie“ – Oberkreisdirektor Dr. Horst Kallmeyer beobachtet die Arbeit seines Stabes HVB Hameln-Pyrmont.



Ein Eindruck vom Seminar „Redner und Fachlehrer“: Der Leiter der BVS-Dienststelle Starnberg, Karl-R. Schramm, übt mit Lehrgangsteilnehmer Schäfer (sitzend) den „Rautek-Griff“. Unterrichtet werden die Männer vom Lehrbeauftragten des Deutschen Roten Kreuzes, Horst-Günther Vogel (rechts mit dunkler Jacke).

schutzschule untergebracht ist. Für die BVS-Dienststelle Mainz ist Heinz Schäfer tätig als Fachlehrer, als Redner und als Bauberater. Seit 1978 arbeitet er ehrenamtlich für den Verband – „quasi als Hobby“. Bislang hat er alle BVS-Ausbildungen absolviert. Das Seminar „Redner und Fachlehrer“ wird im bestimmten Turnus wiederholt, und es ist Pflicht für jeden Redner und Fachlehrer, sich nach zwei bis drei Jahren die neuen Erkenntnisse vermitteln zu lassen, um „up to date“ zu sein.

Klaus Weber (48), ehrenamtlicher Fachlehrer und Redner der BVS-Dienststelle Kassel, hat zwei Gründe, warum er zum Bundesverband für den Selbstschutz gekommen ist: „Wenn etwas passiert, können nur sehr wenige Menschen wirklich helfen.



„Ich könnte auch einmal auf die Hilfe anderer angewiesen sein“ – Klaus Weber beim BVS-Lehrgang „Redner und Fachlehrer“.

Aber auch ich könnte einmal auf die Hilfe anderer angewiesen sein. Deshalb arbeite ich mit beim BVS. Der andere Grund ist, daß es befriedigend ist, von seinem Wissen etwas weiterzugeben, andere Menschen auszubilden.“ Voll und ganz ist Klaus Weber dabei. Er hat sogar seinen Hund mitgebracht, den er in den Mittagspausen spazieren führt. Nachts schläft der Hund im Campingbus: „Den nehme ich immer mit“ – so Weber.

„Ein Institut zur Grundlagenvermittlung“

„Ich sehe die Schule als Institut zur Grundlagenvermittlung innerhalb des Selbstschutzes und zur Darstellung von Zusammenhängen sowie zur Behandlung von Spezialgebieten mit Qualifikationsnachweis“ – so lautet die knappe Stellungnahme von Arnim Letocha, Leiter der BVS-Bundesschule. Besonders wichtig für die Lernergebnisse sei die Tatsache, daß „hier an der Schule ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiter des BVS gleichgestellt sind“. Auch müsse man dem einzelnen in seiner Erwartung entsprechen und den je-



Arnim Letocha, der Leiter der Bundesschule des Bundesverbandes für den Selbstschutz.

weiligen individuellen Fragen gerecht werden – „das ist mit dem Ziel der Fortbildung“, meint Letocha.

Ein wichtiger Mann bei der BVS-Fortbildung ist Dieter Schmitter, die „gute Seele des Hauses“. Der 30jährige ist Ausbilder für Brandschutz-, Bergungs- und Sanitätsdienst im Selbstschutz. Schmitter ist überall dort, wo Not am Mann ist: Ob eine



Die „gute Seele des Hauses“ ist Dieter Schmitter an der BVS-Bundesschule. Er ist überall dort, wo Not am Mann ist.

Tragkraftspritze zum Übungsgelände gebracht werden muß, ob Verwaltungsangelegenheiten für BVS-Lehrgangsteilnehmer schnell erledigt werden müssen oder ob die Video-Anlage für das Argumentationstraining bedient werden muß – Schmitter ist ständig im Einsatz.

„Der Lehrgang konkretisiert die Aufgaben“

Das Videogerät ist ein Medium für den Unterricht im BVS-Seminar „Argumentationstraining Zivilschutz“. Zehn Teilnehmer, haupt- und ehrenamtliche, lassen sich schulen für Gespräche, Erörterungen und Diskussionen mit interessierten Mitbürgern. Unter den zehn Teilnehmern eine einzige Frau: Irene Lesch, ehrenamtliche Helferin der BVS-Dienststelle Saarlouis.

Seit 1964 ist die agile Dame beim BVS. Sie wurde von ihrem Mann eingeladen, sich doch einmal mit dem Thema Selbstschutz zu befassen. „Das hat mich dann auch sehr interessiert, und heute bin ich Fachlehrer I, Redner und Frauenfachbearbeiterin auf Dienststellenebene.“ Seit 1982 ist Frau Lesch außerdem Helfervertreter der Dienststelle Saarlouis. „Am meisten Spaß macht mir die Grundausbildung, vor allem in Sonderschulen.“

Warum ist die 56jährige so aktiv beim BVS? „Der Kontakt hält jung“, antwortet Irene Lesch. Sie hat zwei Kinder, die heute erwachsen sind, sich auch für den BVS interessieren und begeistern können: Ihre



Irene Lesch aus Saarlouis ist der Meinung, daß „Kontakt jung hält“. Den Kontakt findet sie durch ihre rege BVS-Mitarbeit.

Tochter arbeitet hauptamtlich in der BVS-Dienststelle Saarlouis, ihr Sohn ist Selbstschutzberater in Saarlouis. Eine aktive Familie.

Auch Bernd Kupka gehört zum Teilnehmerkreis des Argumentationsseminars. Wie Frau Lesch weiß er, daß „der Lehrgang meine Aufgaben konkreter gestaltet“. Bernd Kupka (28) ist seit zwei Jahren als hauptamtlicher Ausbilder bei der fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle



Er sah einen Wagen des Bundesverbandes für den Selbstschutz und dachte sich: „Da kann ich auch mittun.“ Bernd Kupka von der Dienststelle Dortmund.

(FAASt) der Dienststelle Dortmund. Vorher war er acht Jahre bei der Bundeswehr. „Ich habe einen BVS-Wagen gesehen und mir spontan gedacht, da könnte ich ja auch mittun.“ Heute ist Bernd Kupka schon zum sechsten Male an der Schule in Ahrweiler, um sich für seine BVS-Tätigkeit ausbilden zu lassen.

„Frauen sind selten in der Schule“

Eine Frau ist selten in der Katastrophenschutzschule in Ahrweiler. Lehrer Jürgen Brandt überschlägt: „Etwa hundert Frauen maximal kommen jährlich zu uns.“ Im vergangenen Jahr waren es insgesamt 6453 Personen, die die Schule zu den Lehrgängen besuchten. Dennoch ist auch eine Dame als Unterrichtskraft tätig: Beate Coellen. Im Februar 1981 kam sie von der Gesamthochschule Wuppertal, wo sie Psychologie und Sozialwissenschaften studiert hatte, zur Katastrophenschutzschule des Bundes. Sie ist seit 15 Jahren im Deutschen Roten Kreuz.



Als Lehrerin seit zwei Jahren an der Katastrophenschutzschule des Bundes: Frau Coellen.

„Als ich an die Katastrophenschutzschule kam, bekam ich erst einmal einen Schrecken, weil sich hier alles auf den Verteidigungsfall konzentrierte. Aber heute habe ich mich voll mit meiner Arbeit und Aufgabe identifiziert.“ Ihren Unterricht gestaltet sie mit Filmen und Gruppenarbeit, ihr Umgang kommt bei den meist männlichen „Schülern“ gut an. Sie gilt als anerkannte und geschätzte Lehrerin.

Frau Coellen hat die Leitung des „Verwaltungsseminars – Ergänzung“ übernommen. Hieran nimmt auch Reinhold Volken teil, 42jähriger Kreisamtmann aus Nordhorn in Niedersachsen. Er ist Leiter des Bereiches „Katastrophenschutz und Zivilschutz“ im Ordnungsamt Landkreis Bentheim. Er ist sehr interessiert, Neues zu erfahren und Gelerntes zu vertiefen: „Katastrophenschutz spielt nämlich nur eine recht bescheidene Rolle in unserem Ver-



Reinhold Volken lernt im Verwaltungsseminar.

waltungsbereich“, erklärt Volken, der erst seit einem halben Jahr in diesem Metier tätig ist, denn vorher war er Leiter der Bauverwaltung. „Ich wurde nach dem Einweisungslehrgang auf Landesebene hierhin geschickt. Später möchte ich gerne auch zur Akademie für Zivile Verteidigung nach Bad Godesberg“ – so Reinhold Volken, der später auch einmal die Leitung des Stabes HVB übernehmen soll. Warum sein Interesse? „Die Idee ist, anderen Menschen zu helfen. Ganz einfach.“

„Der Idealismus ist nicht ausgestorben“

Die Idee, anderen zu helfen, scheint weit verbreitet – bei den Lehrgangsteilnehmern der Katastrophenschutzschule findet man sie oft. Auch Irmgard Etz aus Leverkusen will und kann helfen, denn die 52jährige Leverkusenerin ist hauptamtliche Ausbilderin FAASt beim BVS. Sie besucht den Aufbaulehrgang Brandschutzdienst gemeinsam mit ihrem Mann, Hans-Dieter Etz, der ebenfalls beim BVS tätig ist, allerdings ehrenamtlich. Insgesamt sind es 15 Teilnehmer, denen es selbst bei Regenwetter



Die Leverkusenerin Irmgard Etz machte beim BVS ihren „zweiten Bildungsweg“.
(Fotos: Dorothee Boeken)

nichts ausmacht, sich auf dem Übungsgelände von Gastlehrer Peter-Hinrich Hansen aus Schleswig-Holstein im Umgang mit der TS 8/8 schulen zu lassen.

Wie ist Frau Etz zum Bundesverband für den Selbstschutz gekommen? Sie lacht: „Das war eine merkwürdige Geschichte. Wir hörten nachmittags über Stunden hinweg ein fürchterliches Spektakel aus dem Nachbargarten. Verärgert sind wir zu unserem Nachbarn gegangen. Der erklärte uns dann, daß ein BVS-Mitarbeiter das Schwimmbad auspumpt, um eine TS 2/5 auszuprobieren. So kamen wir mit dem BVS-Mitarbeiter ins Gespräch.“ Aus dem Ärgernis wuchs die BVS-Mitarbeit, denn seit 1964 ist Frau Etz ehrenamtlich dabei, seit 1972 hauptamtlich. Diesen Werdegang nennt sie ihren „zweiten Bildungsweg“. Die beiden Kinder, damals fünf und acht Jahre alt, wurden mit in die BVS-Lehrgänge genommen. „Wir waren schon bekannt als ‚Etz-Clan‘.“ Trotz aller Schwierigkeiten arbeitet Frau Etz mit großem Eifer: „Wir erleben oft harte Auseinandersetzungen, die nicht immer sachlich bleiben. Aber letztendlich spürt man, daß der Idealismus noch nicht ausgestorben ist.“

Das weiß auch Alfred Wels (61), ehrenamtlich für die BVS-Dienststelle Wetzlar tätig. Der gelernte Sozialarbeiter wirkte im Aufnahmelaager Gießen, wo der BVS 1962 eine Grundausbildung durchführte. Da hat sich Alfred Wels für eine Mitarbeit im BVS angesprochen gefühlt. Heute ist er Fachlehrer und Kreisbeauftragter für Gießen.

„Erlebnis der Gemeinschaft“

Aus allen Ländern der Bundesrepublik kommen die Besucher der Katastrophenschutzschule des Bundes. Sie stammen aus den unterschiedlichsten Berufsgruppen, sie sind ehren- oder hauptamtliche Mitarbeiter und Helfer, sie gehören allen Altersklassen an. Diese Vielfalt und die lebendige Unterrichtsgestaltung tragen dazu bei, daß die Schule eine „einzigartige Einrichtung“ ist. Die Ernsthaftigkeit, mit der die Lehrgangsteilnehmer an ihre Arbeit gehen, wird auch von Schulleiter Ferdinand Ständer gelobt: „Das ist wirklich sehr erfreulich.“

Erfreulich ist auch, daß die Möglichkeit des gegenseitigen Kennenlernens unter den Besuchern und auch den Lehrkräften gegeben ist: In den Pausen und am Abend trifft man sich in der Kantine oder in der Kaffeestube der Schule, um Erfahrungen auszutauschen und Eindrücke zu schildern. Und manches gemütliche Zusammensein beim Schoppen Wein bringt für den nächsten Lehrgangstag Atmosphäre mit sich: In der Gemeinschaft läßt es sich eben besser lernen.

Neuer Lehrgangsplan für das zweite Halbjahr an der Katastrophenschutzschule des Bundes

Frisch aus der Druckerei gekommen liegt der Lehrgangsplan für das zweite Halbjahr 1983 der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler vor. Den Ländern, Hauptverwaltungsbeamten und Katastrophenschutzorganisationen ist der neue Lehrgangsplan bereits zugeschickt worden. Neben ausführlichen Hinweisen über die Aus- und Fortbildung an der Katastrophenschutzschule werden die Seminare und Lehrgänge vorgestellt sowie ein Ausblick auf das kommende Jahr gegeben.

Während die Aus- und Fortbildung leitender Zivilschutzkräfte des Bundes und der Länder sowie die Führungsausbildung im Katastrophenschutz an der Katastrophenschutzschule Ahrweiler stattfinden, wird die technische Ausbildung im Katastrophenschutz – mit Ausnahme von Schweiß- und Sprenglehrgängen – an der Außenstelle Hoya durchgeführt.

Auch im nächsten Halbjahr bietet die Bundeschule ein breit gefächertes Ausbildungsangebot. In der Ausbildung leitender Zivilschutzkräfte des Bundes und der Länder werden zum Beispiel Verwaltungsseminare für Amtsleiter, Informationsseminare für Dezernenten und Dienststellenleiter, ein Fachseminar über Trinkwasser- notversorgung oder ein Zivilschutzseminar für Ärzte der Gesundheitsverwaltungen durchgeführt.

Die zusätzliche Ausbildung des Katastrophenschutzes auf Bundesebene umfaßt Lehrgänge wie „Führen im Katastrophenschutz“ für die Stäbe HVB, „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“, Fachlehrgänge für Führungskräfte des Veterinärdienstes, den Sonderlehrgang „Anlegen und Durchführen von Übungen“ für Führer von Einheiten, „Gasschweißen“ oder den Sonderlehrgang für Sprengberechtigten-Anwärter des Bergungsdienstes. Hinzu kommen Lehrgänge für Gewerbeaufsichtsbeamte, Lehrgänge „Elektroschweißen“, besondere Fortbildung der Ärzte des Sanitätsdienstes oder Ausbildung für Zugführer-Anwärter des ABC-Dienstes.

An der Außenstelle der Katastrophenschutzschule des Bundes in Hoya sind die angebotenen Lehrgänge teilweise auch mit abschließender Prüfung oder Beurteilung vorgesehen.

Ein Auszug aus dem reichhaltigen Angebot in Hoya: Sonder- und Ausbildungslehrgänge „Fahren auf dem Wasser“, „Ölschadenbekämpfung“, „Stegebau“, „Brunnenbau“ oder „Retten aus Wassergefahren“. Auch solche Seminare wie „Netz-

Freileitung für Truppführer-Anwärter der E-Gruppe“ oder „Truppführer-Anwärter der GW-Gruppe“ stehen mit im Programm des Schulangebotes in Hoya.

In Hoya werden auch Lehrgänge durchgeführt, die speziell für Mitarbeiter des Technischen Hilfswerks gedacht sind. Hier handelt es sich teilweise um Prüfungs- oder Beurteilungslehrgänge. Die Themen der Fortbildungsveranstaltungen: „Pumpen der Notstrom/Pumpengruppe“, „Einsatz der Pontongruppe“, „Gruppenführer Pontongruppe“, „Behelfsbrückenbau I und II“, „Truppführer Pontongruppe“, „Bootsführer Binnen I, II und III“, „Schirmmeister“, „Behelfsbrückenbau IV (D-Brücke)“, „Sicherheitsbeauftragter“, „Prüfer-Grundausbildung“ und „Brückenbau-Leiter“.

Im Ausblick auf die Lehrgangsplanung 1984 werden Lehrveranstaltungen angeboten, die im zweiten Halbjahr 1983 nicht stattfinden. Es handelt sich dabei um folgende Themen: „Bootsführer-Binnen III“, „Bootsführer-Küste-I, II und III“, „Gruppenführer der GW-Gruppe“, „Gruppenführer der AÖ-Gruppe“, „Netz-Freileitung“ für Gruppenführer-Anwärter der E-Gruppe, „Gerätewart der Pontongruppe“ und „Behelfsbrückenbau“.

Auch drei Pilotlehrgänge sollen im nächsten Jahr an der Katastrophenschutzschule des Bundes gestartet werden: der Ausbildungslehrgang „Truppführer-Anwärter

der Bergungsräumgruppe“, der Ausbildungslehrgang „Gruppenführer-Anwärter der Bergungsräumgruppe“ und der Sonderlehrgang „Baggerführer“.

An Lehrgängen bzw. Seminaren interessierte Teilnehmer sollen baldmöglichst ihre Anmeldung der Schule zusenden. Die Adressen lauten: Katastrophenschutzschule des Bundes, Ramersbacher Straße 95, 5483 Bad Neuenahr-Ahrweiler, und Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya, 2812 Hoya.

Die verfügbaren Lehrgangplätze für die Aus- und Fortbildung im Lehrbereich Katastrophenschutz sind unter Berücksichtigung der in den Ländern aufzustellenden Einheiten und Einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes quotenmäßig aufgeteilt worden. Wenn die entsprechende Quote vom jeweiligen Land ausgeschöpft ist, werden die weiteren Anmeldungen in einer Warteliste von der Schule in Ahrweiler erfaßt. Die in der Warteliste aufgenommenen Lehrgangsteilnehmer werden rechtzeitig benachrichtigt, wenn Plätze für die Fortbildungsveranstaltungen frei geworden sind.

Interessenten können den Lehrgangsplan für das zweite Halbjahr 1983 der Katastrophenschutzschule des Bundes auch in den Ämtern für Zivilschutz erhalten bzw. bei den Organisationen, denen sie angehören, erfragen.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Die Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Landesverband Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland, sucht zum 1. Oktober 1983 oder früher

Dezernentin/Dezernenten

für das Dezernat Ausbildung.

Zu den satzungsgemäßen Aufgaben gehören die Ausbildung in der Kranken-, Unfall- und Katastrophenhilfe, häuslichen Krankenpflege und zur Schwesternhelferin.

Wir setzen voraus: Eine Ausbildung als Krankenschwester bzw. -pfleger. Eine Zusatzausbildung an einer Krankenpflegeschule ist erwünscht.

Wir erwarten: Selbständige und kooperative Mitarbeit in allen Ausbildungsbereichen und die Bereitschaft zur Teamarbeit.

Da ein Großteil des Aufgabengebietes mit einer Außendiensttätigkeit verbunden ist, wird ein Dienstwagen zur Verfügung gestellt.

Die Vergütung erfolgt nach AVR.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung an:

JOHANNITER-UNFALL-HILFE
Landesgeschäftsführung
Güterstraße 26, 6110 Dieburg
Tel. (06071) 24231

Neuer Brunnentyp zur Trinkwasser-Notversorgung in Erprobung

Notbrunnen – vom Stromnetz unabhängig

Ausrüstung mit Unterwassermotorpumpe und Eigenstromerzeuger – Kostenersparnis und einfacher Betrieb

Einleitung

Um die lebensnotwendige Trinkwasserversorgung für die Bevölkerung im Verteidigungsfall sicherzustellen, werden, wenn hierzu auf geeignete vorhandene Einrichtungen nicht zurückgegriffen werden kann, als Vorsorgemaßnahmen nach dem Wasserversicherungsgesetz im Rahmen eines mit den Bundesländern abgestimmten Prioritätsprogramms auf Kosten des Bundes Trinkwasser-Notbrunnen errichtet oder – wo die Voraussetzungen hierfür nicht gegeben sind – Verbundleitungen zwischen benachbarten Versorgungsunternehmen verlegt. Über die im Wasserversicherungsgesetz und den ergänzend hierzu erlassenen Bestimmungen angesprochenen wasserwirtschaftlichen Aufgaben sowie ihre Planung und Durchführung ist im ZS-MAGAZIN berichtet worden [1–5].

Die Trinkwasser-Notbrunnen sind von den zentralen Wasserversorgungsnetzen unabhängig und sollen ihre Aufgabe soweit wie möglich auch noch dann erfüllen können, wenn die öffentliche Stromversorgung ausgefallen ist. Deshalb sind im Auftrag des für die Durchführung des Wasserversicherungsgesetzes zuständigen Referates im Bundesministerium des Innern Notbrunnen mit verschiedenartigen Fördereinrichtungen nach zivilschutztaktischen Erfordernissen speziell für Zwecke der Trinkwasser-Notversorgung entwickelt und gemeinsam mit wasserwirtschaftlichen sowie Dienststellen des Katastrophenschutzes und Wasserversorgungsunternehmen erprobt worden.

Zu den bisher eingeführten, vom Stromnetz unabhängigen Fördereinrichtungen gehören Handpumpen, wie insbesondere der Berliner Straßenbrunnen, das Luftheberverfahren, die Wasserstrahlpumpe und der Berliner Kombi-Brunnen, mit einer eingebauten Turbinentauchpumpe zugleich für die Trinkwasser- und Löschwasserversorgung zu verwenden. Die genannten Fördereinrichtungen wurden im ZS-MAGAZIN vorgestellt [6–8].

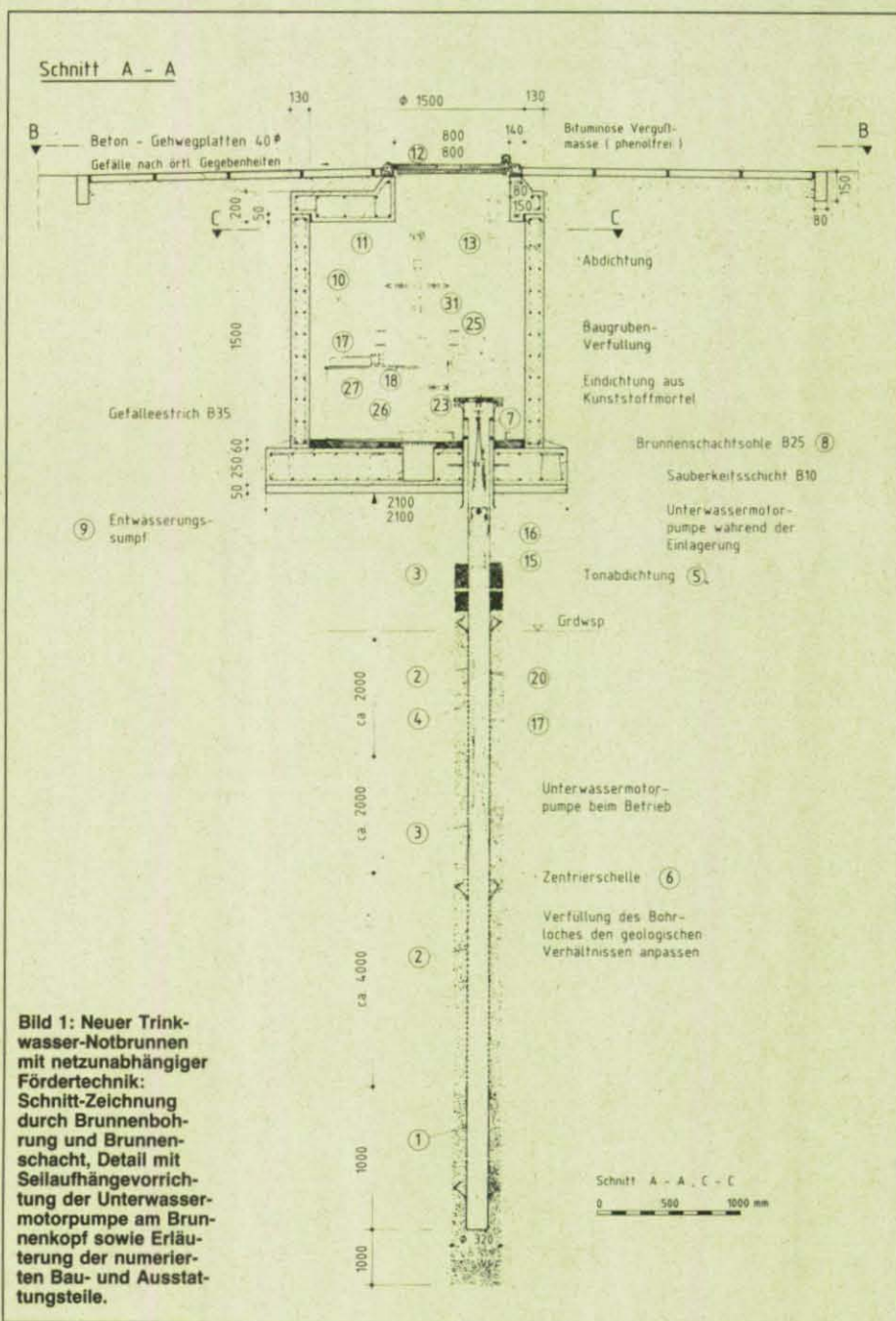
Soeben sind vom Bundesminister des Innern mit Rundschreiben an die für die Wasserwirtschaft und das Wasserrecht zu-

ständigen obersten Landesbehörden die „Vorläufigen Richtlinien zur Anwendung einer netzunabhängigen Fördertechnik bei Trinkwasser-Notbrunnen im Rahmen des Wasserversicherungsgesetzes“ als Arbeitsblatt 10 veröffentlicht worden [9]. Diese interessante Weiterentwicklung bei den Trinkwasser-Notbrunnen, ihre Ausführ-

ungsgrundsätze und Einsatzmöglichkeiten werden im folgenden näher erläutert.

Vorarbeiten

Ein Prototyp des neuen Trinkwasser-Notbrunnens ist im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Referat ZS 3 im



Bundesamt für Zivilschutz gemeinsam mit beratenden Ingenieuren entwickelt und erichtet worden. Weitere Notbrunnen dieser Ausführungsart sind im Bau bzw. bereits fertiggestellt. Das zunächst vorläufige Arbeitsblatt mit dem zugehörigen Musterleistungsverzeichnis und den Zeichnungen soll aufgrund der beim Bau und Betrieb weiterer Notbrunnen in der neuen Ausführung unter verschiedenartigen Bedingungen gewonnenen Erkenntnisse überprüft werden. Dabei können sich noch Änderungen gegenüber dem vorgestellten Prototyp ergeben, von dem die Fotos zu diesem Beitrag hergestellt worden sind. Nach Auswertung der Erfahrungen werden die vor-

läufigen Richtlinien ggf. in ergänzter und überarbeiteter Form allgemein verbindlich eingeführt.

Netzunabhängige Fördertechnik

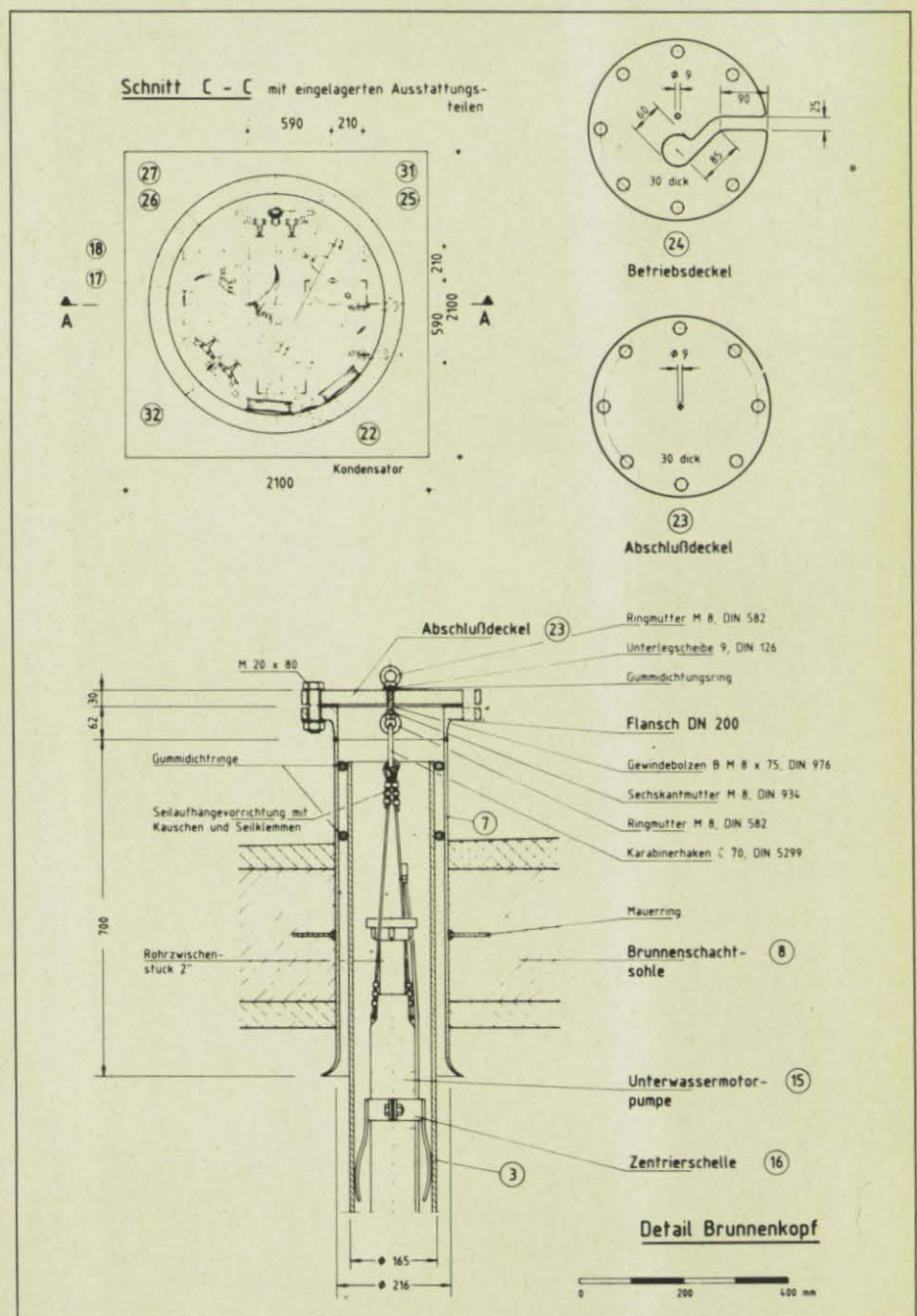
Der neue Trinkwasser-Notbrunnen ist mit einer Unterwassermotorpumpe und zugehörigem Eigenstromerzeuger ausgerüstet. Ein Anschluß an das öffentliche Stromversorgungsnetz ist nicht vorgesehen. Sämtliche beweglichen Ausstattungsteile für den Betrieb des Notbrunnens sind im Brunnen-schacht eingelagert (Bild 1 und 3). Das gilt auch für die zu diesem Notbrunnen neu entwickelte zusammenlegbare und transportable Gruppenzapfstelle zur Verteilung des geförderten Trinkwassers an die not-

zuversorgende Bevölkerung, deren beide Teile (Grundausrüstungs- bzw. Anschlußteil) alternativ in feuerverzinkter Stahlkonstruktion oder aus korrosionsbeständigen Kunststoffrohren (PVC hart) mit handbedienten Ventilen bzw. Kugelhähnen ausgeführt werden (Bild 3, 4 und 5).

Der Bau und die Ausstattung des neuen Trinkwasser-Notbrunnens nach Arbeitsblatt 10 entsprechen sinngemäß den Bestimmungen der ergänzend zum Wasser-sicherstellungsgesetz erlassenen Zweiten Wassersicherstellungsverordnung und den technischen Auflagen zu den Einzelaufträgen für die Durchführung wasserwirtschaftlicher Vorsorgemaßnahmen [1]. Der Notbrunnen ist zur Versorgung von bis zu maximal ca. 6000 Personen mit dem lebensnotwendigen Bedarf an Trinkwasser von 15 l je Person und Tag nach der Ersten

Erläuterung der numerierten Bau- und Ausstattungsteile

Nr.	Bezeichnung
1	Brunnensumpfrohr DN 150
2	Brunnenfilterrohr DN 150
3	Brunnenaufsatz- bzw. Blindrohr DN 150
4	Brunnenfilterkies, DIN 4924
5	Tonabdichtung
6	Zentrierschellen für Brunnenrohre
7	Brunnenkopf aus Stahl
8	Brunnenschachtsohle aus Stahlbeton B 25
9	Entwässerungssumpf in Brunnenschachtsohle
10	Brunnenschachtwand aus Stahlbeton B 35
11	Brunnenschachtdecke aus Stahlbeton B 35
12	Gußeiserne Schachtabdeckung
13	Senkrechte Steigleiter, DIN 3620
14	Oberflächenbefestigung Brunnenumgebung
15	Unterwassermotorpumpe (U-Pumpe)
16	2 Zentrierschellen für U-Pumpe
17	Pumpensteigrohrleitung (Druckschlauch C 52 mm)
18	Verbindungsleitung zur Gruppenzapfstelle (Druckschlauch C), DIN 14811
19	Kupplungsschlüssel BC, DIN 14822
20	Spezial-Unterwasserkabel 4 x 1,5 mm ²
21	2 Kabelschellen (Gummiband)
22	2 Kabelwandhalterungen
23	Abschlußdeckel auf Brunnenkopfflansch
24	Betriebsdeckel auf Brunnenkopfflansch
25	Handseilwinde mit Gestell und Halteseil
26	Eigenstromerzeuger für Wechselstrom, mit Kondensator
27	Eintagerungsbehälter für (26), aus Kunststoff
28	Perlonseil
29	Hinweistafel (Bestandsliste und Bedienungsanweisung)
30	Hinweistafel (Kenndaten für Einbau U-Pumpe)
31	Transportable Gruppenzapfstelle (Grundausstattungsteil - und Anschlußteil)
32	



Wassersicherstellungsverordnung und Arbeitsblatt 2 ausgelegt [1, 10]. Es ist jeweils der sich bei der Planung aus der Zahl der zu versorgenden Personen ergebende Trinkwasserbedarf zugrunde zu legen. Die Bau- und Ausstattungsteile der Trinkwasser-Notbrunnen nach den neuen Richtlinien sind für eine Förderhöhe von bis zu ca. 40 m dimensioniert. Ob der neue Brunnentyp auch bei größeren Förderhöhen für Zwecke der Trinkwasser-Notversorgung verwendbar ist, werden die Erfahrungen zeigen.

Die neuen Richtlinien sollen zugleich die im Rahmen von Vorsorgemaßnahmen nach dem Wassersicherstellungsgesetz zu errichtenden Notbrunnen in technischer und betrieblicher Hinsicht vereinfachen. Hiermit werden sowohl die vom Bund zu tragenden Baukosten gesenkt als auch der Aufwand für die gemäß Wassersicherstellungsgesetz den Leistungspflichtigen obliegende Wartung und Instandhaltung der Trinkwasser-Notbrunnen vermindert.

Ausführungsgrundsätze für den Bohrbrunnen

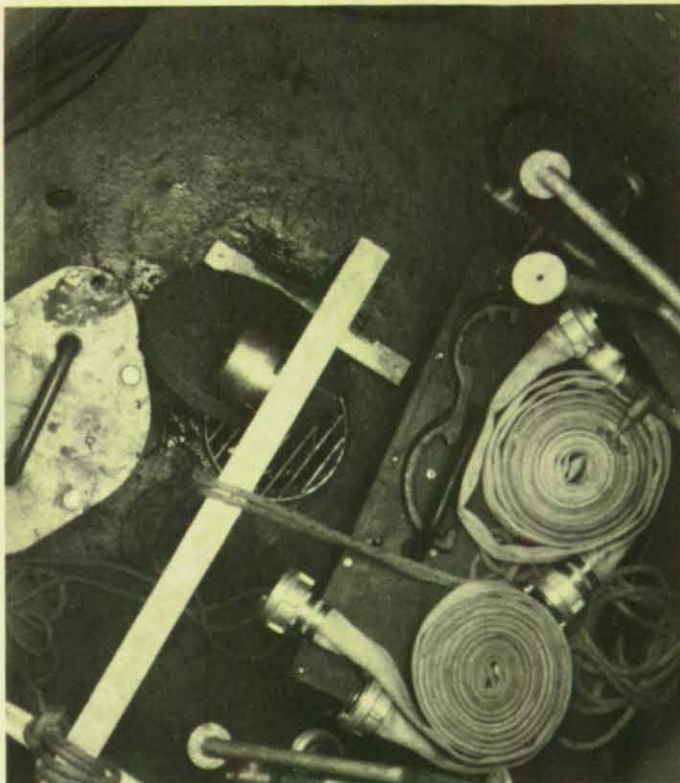
Brunnenschacht und Brunnenstandort

Der unter Geländeoberfläche anzuordnende Brunnenschacht ist mit kreisförmigem



Bild 2a und b: Brunnenschacht beim Prototyp des neuen Trinkwasser-Notbrunnens mit aufgeklappter bzw. geschlossener Schachtabdeckung (auf der Innenseite befestigte Hinweistafel ähnlich Bild 6), Steigleiter mit aufgeklappter Einstieghilfe bei geöffneter Schachtabdeckung.

Bild 3: Blick in den geöffneten Brunnenschacht mit auf der Sohle eingelagerten Ausstattungsteilen (Gruppenzapfstelle, Handseilwinde mit Gestell, C-Druckschläuche der Pumpensteigrohrleitung aufgerollt auf dem Einlagerungsbehälter für den Eigenstromerzeuger abgelegt, Perlonseil). Am oberen Bildrand sind die beiden Kabelwandhalter mit Pumpen-Unterwasser- und Anschlußkabel zu erkennen. (Der gezeigte Brunnenschacht ist inzwischen geändert.)



Querschnitt, entweder örtlich in Stahlbeton oder aus Fertigteilen (Schachtwand alternativ aus Asbestzement-, Stahlbeton- oder Schleuderbetonrohr) auszuführen (Bild 1 und 4). Zur Einlagerung der für den Betrieb des Notbrunnens erforderlichen Ausstattungsteile wird der Brunnenschacht mit einem lichten Durchmesser und einer lichten Höhe von jeweils 1,50 m hergestellt. Für die Wahl des Brunnenstandortes gelten die in der Verwaltungsvorschrift für die Planung von Vorsorgemaßnahmen nach dem Wassersicherstellungsgesetz und in Arbeitsblatt 2 festgelegten Grundsätze sinngemäß [1, 10].

Abweichend hiervon darf jedoch der neue Notbrunnen in der Regel nur auf Flächen errichtet werden, die nicht von Fahrzeugen befahren werden können, da die zum Verschließen des Brunnenschachtes einzubauende gas- und wasserdichte quadratische Schachtabdeckung aus Gußeisen mit der für die Einlagerung notwendigen Öffnungsweite von 800 x 800 mm nur in

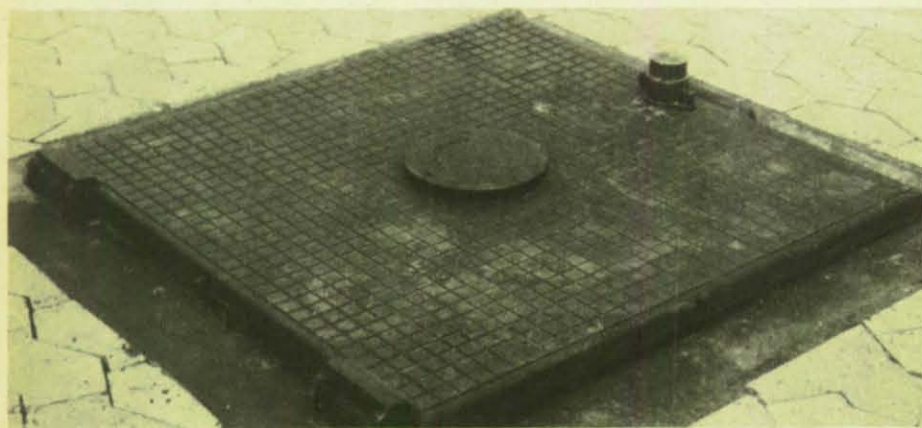
nichtbefahrbarer Ausführung geliefert wird (Bild 2a, b). Wegen der im Brunnenschacht eingelagerten beweglichen Ausstattungsteile ist die Schachtabdeckung mit einem Sicherheits-Steckschloß versehen. Zur Eindämmung von Korrosion durch Bildung von Kondenswasser wird auf der Innenseite der Schachtabdeckung eine zusätzliche Schwitzwasserisolierung aufgebracht.

Zum Betreten des Brunnenschachtes dient eine an der Wand befestigte senkrechte Steigleiter mit klappbarer Einstieghilfe nach den geltenden Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke sowie den Richtlinien des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e. V. (Bild 2a).

Brunnenbohrung und Brunnenausbau

Der Notbrunnen wird mit einem Bohrdurchmesser von 320 mm niedergebracht und mit Brunnenrohren DN 150 ausgebaut (Bild 1). Die Bohrung darf nur so tief ausgeführt werden, daß der sich nach der Planung ergebende lebensnotwendige Bedarf an Trinkwasser gefördert werden kann. Die zum Einbau gelangenden Sumpf-, Filter-, Blind- und Aufsatzrohre DN 150 sind nach den geltenden DIN-Normen und möglichst aus Kunststoffmaterial (PVC hart) einzubauen.

Für die beim Bau des Notbrunnens verwendeten Bauteile und Materialien sind Festigkeitsnachweise nach in den geltenden Bestimmungen festgelegten Lastfällen zu führen [1].



Brunnenausstattung

Zum Betrieb des neuen Trinkwasser-Notbrunnens mit netzunabhängiger Förder-technik sind die folgenden Ausstattungsteile erforderlich, deren Ausführung und Verwendungszweck anschließend kurz erläutert werden (vgl. Bild 4):

Für die Wasserförderung:

1. Unterwassermotorpumpe mit Rohrzwischenstück zum Anschluß der Pumpensteigrohrleitung und Kabelanschluß mit Steckverbindung für das Unterwasserkabel (Bild 1 und 7)
2. Pumpensteigrohrleitung aus C-Druckschlauch (Bild 1 und 3)
3. Unterwasser- und Anschlußkabel zum Eigenstromerzeuger (Bild 3 und 4)
4. Handbediente Seilwinde mit Gestell (Bild 8)
5. Betriebsdeckel auf dem Brunnenkopfflansch (Bild 1 und 7)
6. Abschlußdeckel auf dem Brunnenkopfflansch (Bild 1: Details)

Für die Bereitstellung von Elektroenergie:

7. Eigenstromerzeuger für Wechselstrombetrieb mit Einlagerungsbehälter (Bild 1, 3, 5 und 9)

Für die Verteilung des geförderten Trinkwassers:

8. Zusammenlegbare und transportable Gruppenzapfstelle (Bild 1, 3 und 5)
9. Verbindungsleitung zwischen Pumpensteigrohrleitung und Gruppenzapfstelle als C-Druckschlauch (Bild 1, 3 und 5)

Die in Betriebsruhe sämtlich im Brunnen-schacht bzw. Brunnenrohr eingelagerten Ausstattungsteile (Bild 1 und 3) werden zur Inbetriebnahme entsprechend Bild 4 und 5 im Brunnen installiert bzw. über Gelände aufgebaut. Die genannten Ausstattungsteile sind in einer Bestandsliste aufgeführt, die zusammen mit der kurzgefaßten „Bedienungsanweisung zur Inbetriebnahme“, gemäß Bild 6 auf eine aus einer Kunststoffplatte hergestellte Hinweistafel geschrieben, an der Unterseite der Abdeckung des Brunnen-schachtes deutlich sichtbar angebracht ist (Bild 2a, 5 und 8). So kann nach Öffnen der Schachtabdeckung vom Betriebs- und Wartungspersonal der Bestand an Ausstattungsteilen jederzeit kontrolliert und der Brunnen anhand einer Checkliste auch von wenig geübten Personen in Betrieb genommen werden. Auf der Unterseite der Schachtabdeckung wird künftig noch eine weitere Hinweistafel in gleicher Ausführung befestigt, welche die wichtigen Kenndaten für den Einbau der Unterwassermotorpumpe beim Betrieb (Tiefenlage

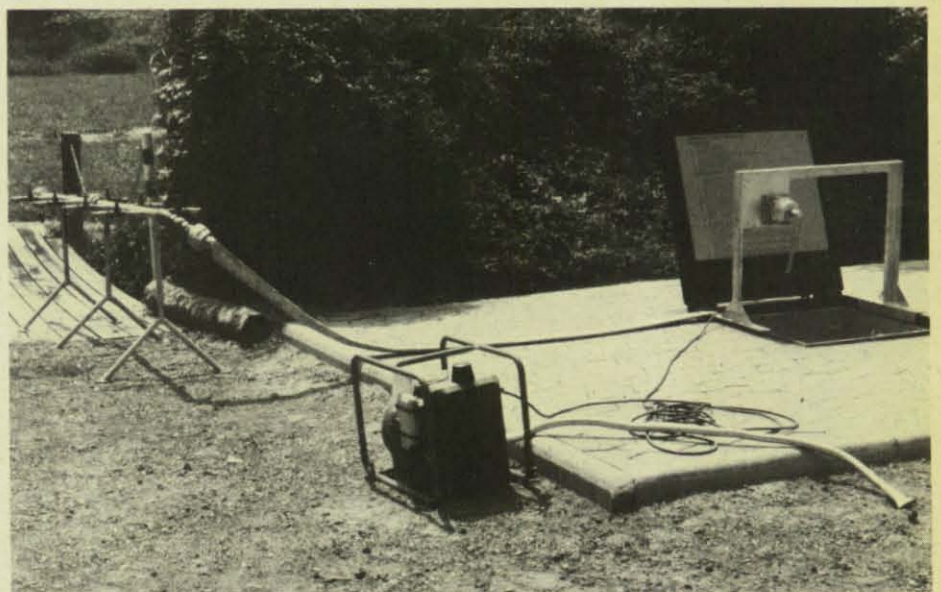
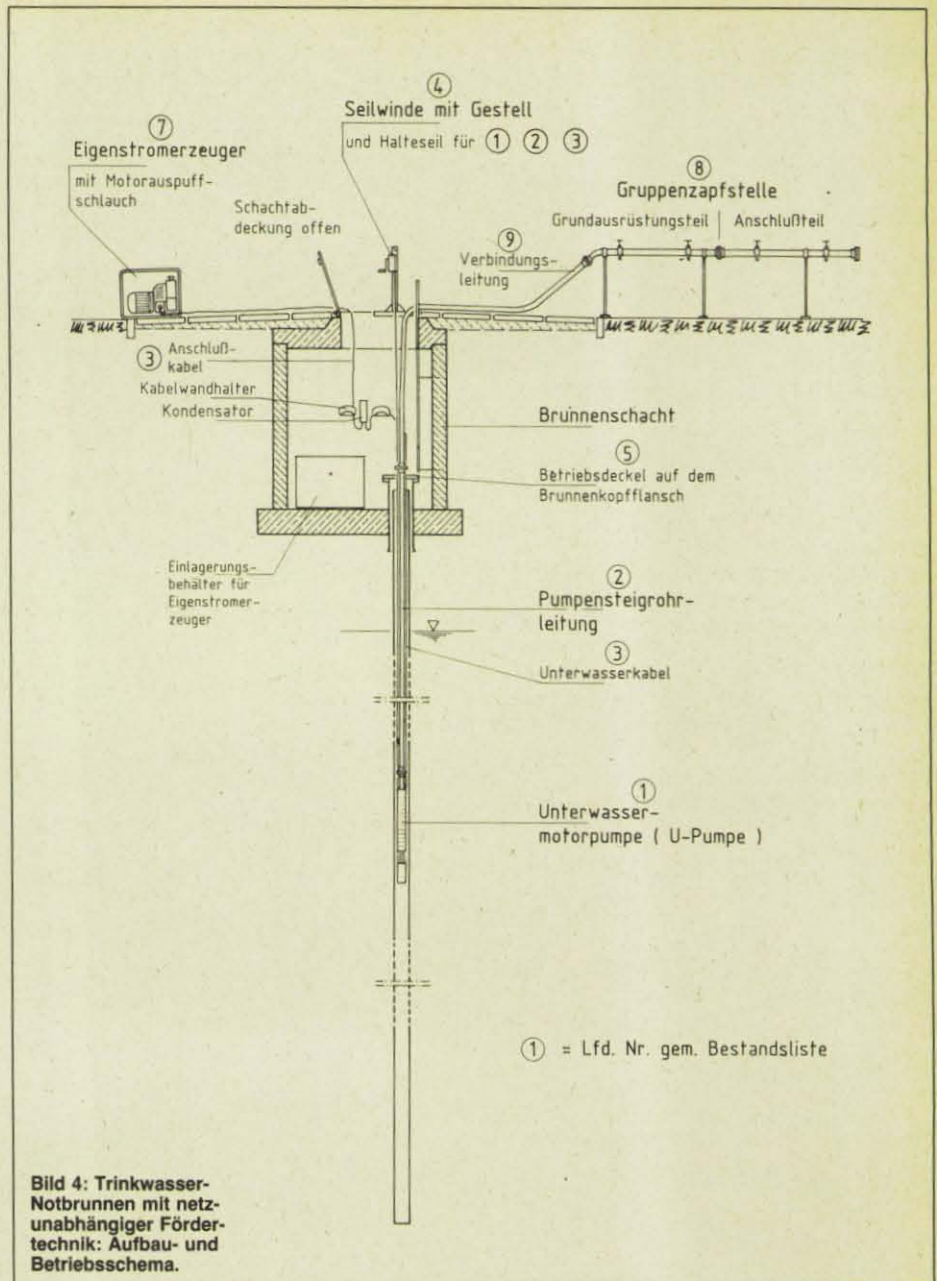


Bild 5: Ansicht der über Gelände am geöffneten Brunnen-schacht betriebsbereit aufgestellten Ausstattungsteile des neuen Trinkwasser-Notbrunnens.

Bestand der Ausstattung, eingelagert im Brunnen-schacht

1. Unterwassermotorpumpe (U-Pumpe)
2. Pumpensteigrohrleitung (Druckschlauch C 52)
3. Unterwasserkabel und Anschlußkabel zum Eigenstromerzeuger
4. Seilwinde mit Gestell
5. Betriebsdeckel auf dem Brunnenkopfflansch
6. Abschlußdeckel auf dem Brunnenkopfflansch
7. Eigenstromerzeuger
8. Gruppenzapfstelle (Grundausrüstungs- und Anschlußteil)
9. Verbindungsleitung zwischen Pumpensteigrohrleitung und Gruppenzapfstelle (Druckschlauch C 52)

Bedienungsanweisung zur Inbetriebnahme

1. Auslagern von Nr. 3 (Anschlußkabel), 4, 7, 8 und 9 aus dem Brunnen-schacht nach über Flur
2. Eigenstromerzeuger betriebsbereit aufstellen
3. Gestell der Seilwinde auf Rahmen der Schachtabdeckung installieren
4. U-Pumpe und Abschlußdeckel mit Seilwinde hochziehen
5. U-Pumpe neben Brunnenkopf auf Brunnen-schachtsohle absetzen, U-Pumpe und Abschlußdeckel vom Halteseil lösen
6. Aufhängevorrichtung der U-Pumpe am Halteseil der Winde befestigen
7. Pumpensteigrohrleitung und Unterwasserkabel an U-Pumpe anschließen
8. Ablassen der U-Pumpe am Halteseil der Winde im Brunnenrohr in Betriebslage, dabei Pumpensteigrohrleitung und Unterwasserkabel durch Öffnungen vom Betriebsdeckel führen
9. Betriebsdeckel auf dem Brunnenkopfflansch befestigen
10. Gruppenzapfstelle aufstellen und Verbindungsleitung anschließen
11. Eigenstromerzeuger nach Anleitung in Betrieb nehmen
12. An der Gruppenzapfstelle ein Durchgangsventil spaltweit öffnen
13. Stecker des Anschlußkabels in Steckdose vom Eigenstromerzeuger einführen, U-Pumpe läuft an
14. Durchgangsventil an Gruppenzapfstelle langsam weiter öffnen, bis klares Wasser austritt, nach Bedarf weitere Durchgangsventile öffnen

Bild 6: Trinkwasser-Notbrunnen mit netzunabhängiger Förder-technik: Bestandsliste der Ausstattungsteile und Bedienungsanweisung zur Inbetriebnahme (Mustertext für Hinweistafel, befestigt an der Unterseite der Brunnen-schachtabdeckung gemäß Bild 2a und 5).

Unterwassermotorpumpe versehen. Die Pumpensteigrohrleitung besteht aus handelsüblichem Feuerwehr-Druckschlauch C 52 mm Ø nach DIN 14811, der aufgerollt im Brunnen-schacht gelagert wird. Der Druckschlauch wird über der Unterwassermotorpumpe an dem mit einer Festkuppelung C versehenen Rohrzwischenstück angeschlossen. Das Rohrzwischenstück soll ein Abknicken des Druckschlauches verhindern. Die Länge des Druckschlauches der Pumpensteigrohrleitung wird von der Tiefenlage der Unterwassermotorpumpe im Betrieb bestimmt und ist so festzulegen, daß im Einbauzustand die obere C-Kuppelung als Festpunkt auf dem Betriebsdeckel aufliegt.

Handseilwinde mit Gestell

Die Unterwassermotorpumpe nebst Pumpensteigrohrleitung und Unterwasserkabel hängen beim Betrieb des Brunnens an einem Halteseil aus Stahl rostfrei, das von einer auf dem Rand der Schachtabdeckung installierten Handwinde bewegt wird (Bild 4, 5 und 8). Die Einbaulage der Unterwassermotorpumpe im Betriebszustand wird am abgelassenen Halteseil in Höhe der Oberkante des Betriebsdeckels durch eine farbige Markierung gekennzeichnet. Die im Brunnen-schacht eingelagerte Handwinde ist an einem Gestell aus geschweißten Stahlprofilen in feuerverzinkter Ausführung montiert, dessen Aufstellfüße aus Winkeleisen beim Brunnenbetrieb in den Stahlrahmen der Brunnen-schachtabdeckung eingesetzt werden (Bild 8).

der Pumpe sowie des Grundwasserspiegels in Ruhe und bei Förderung) enthält.

Unterwassermotorpumpe

Die Wasserförderung aus den Trinkwasser-Notbrunnen mit netzunabhängiger Fördertechnik erfolgt durch eine Unterwassermotorpumpe, die für Wechselstrom-Betrieb (220–230 V, 50 Hz) mit einem an der Innenwand des Brunnen-schachtes angebrachten Kondensator ausgerüstet ist (Bild 1 und 4). Der Gehäusedurchmesser der Pumpe muß auf den Innenquerschnitt der Brunnenrohre abgestellt sein, damit Einbau und Ziehen einwandfrei möglich sind. Die in Bild 7 gezeigte Unterwassermotorpumpe aus Stahl rostfrei mit oberem, in den Druckstutzen eingeschraubtem Rohrzwischenstück und C-Festkuppelung zum Anschluß der Pumpensteigrohrleitung, Unterwasser-Anschlußkabel, 2 angeschraubten Zentrierschellen zur Führung der Pumpe beim Ablassen in das Brunnenrohr und der Seilaufhängevorrichtung mit dem Betriebsdeckel auf dem Brunnenkopfflansch (vgl. Bild 1, Detail Brunnenkopf) besitzt bei einer Länge von etwa 75 cm und

einem Gehäusedurchmesser von 95 mm ein Gewicht von nur rund 19 kg.

Bei Betriebsruhe hängt die Unterwassermotorpumpe zur Vermeidung von Korrosion – wie aus Bild 1 ersichtlich – im Brunnenrohr kurz unter dem Abschlußdeckel auf dem Brunnenkopfflansch oberhalb vom Grundwasserspiegel an der Seilaufhängevorrichtung. Sie wird erst im Einsatzfall und zu Wartungsläufen in die Betriebsstellung unterhalb vom Grundwasserspiegel gemäß Schnitzzeichnungen von Bild 1 und 4 gebracht.

Pumpensteigrohrleitung

Zur Herstellung der Betriebsbereitschaft des Trinkwasser-Notbrunnens wird zunächst der während der Einlagerung zum Aufhängen der Unterwassermotorpumpe am Brunnenkopf dienende, abdichtende Abschlußdeckel (Bild 1) durch den eigentlichen Betriebsdeckel (Bild 1 und 7), ebenfalls aus Kunststoff, ersetzt. Er ist mit einer länglichen Aussparung zum Durchführen der Pumpensteigrohrleitung, des Unterwasserkabels und des Halteseiles für die

Unterwasserkabel

Das der Stromzuführung dienende Unterwasserkabel wird zur Inbetriebnahme vor dem Absenken der Unterwassermotorpumpe über eine wasserdichte Steckverbindung mit dem Pumpenanschlußkabel verbunden und zusammen mit Pumpe und Steigrohrleitung im Brunnenrohr herabgelassen (Bild 7). Oben im Brunnen-schacht ist das Pumpenkabel mit dem an der Schachtwand für den Wechselstrombetrieb angebrachten Kondensator fest verdrahtet. Am Kondensator ist auch das Anschlußkabel zum Eigenstromerzeuger betriebsbereit angeschlossen. Nach Außerbetriebnahme des Trinkwasser-Notbrunnens werden das mit der Unterwassermotorpumpe hochgezogene Unterwasserkabel sowie das Anschlußkabel zum Eigenstromerzeuger jeweils auf rechts und links vom Kondensator an der Innenwand des Brunnen-schachtes befestigten Kabelwandhaltern in Ringen abgelegt (s. Bild 3 am oberen Bildrand und Bild 4).

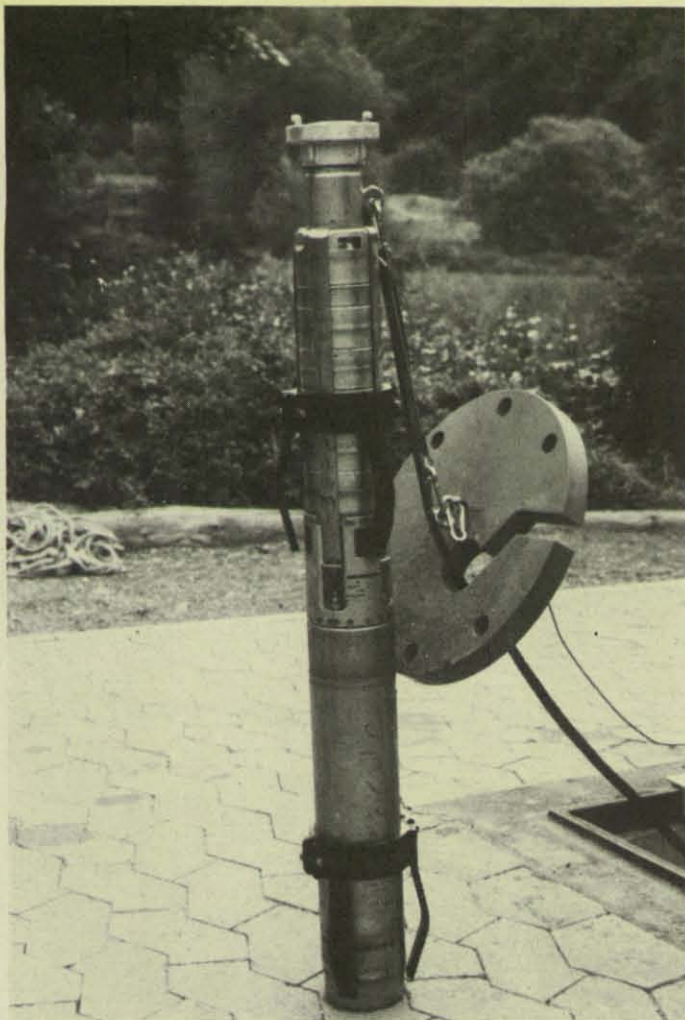


Bild 7: Unterwassermotorpumpe aus Stahl rostfrei, mit oben eingeschraubtem Rohrzwischenstück und C-Festkupplung für Anschluß des C-Druckschlauches der Pumpensteigrohrleitung, 2 Zentrierschellen zum sicheren Führen der Pumpe im Brunnenrohr, Anschlußkabel und Betriebsdeckel für den Brunnenkopf mit Aussparung für Pumpensteigrohrleitung und -kabel (am Prototyp des neuen Trinkwasser-Notbrunnens zur Demonstration neben dem geöffneten Brunnen schacht aufgebaut).

nete Brunnen schacht abdeckung an die Geländeoberfläche gehoben bzw. nach Abschluß des Betriebes wieder in diesen eingelassen werden (Bild 9).

Schlußbemerkung

Nach den mit dem neuen Trinkwasser-Notbrunnen bisher gewonnenen Erfahrungen stellt die netzunabhängige Fördertechnik eine geeignete Einrichtung dar, die speziell für Zwecke der Trinkwasser-Notversorgung, insbesondere unter den Gesichtspunkten der Kostenersparnis bei Bau, Unterhaltung und Wartung sowie eines einfachen Betriebes – auch durch nur kurz eingewiesenes Personal – entwickelt worden ist. Der erste Trinkwasser-Notbrunnen mit netzunabhängiger Fördertechnik ist im Rahmen eines Programms für die Sicherstellung der Trinkwasser-Notversorgung von Bad Neuenahr-Ahrweiler zusammen mit weiteren Notbrunnen errichtet worden, in denen verschiedene, bisher entwickelte Fördereinrichtungen eingebaut worden sind (Bild 10). So sind ein interessanter Vergleich unterschiedlicher Systeme und zugleich deren Demonstration bei den an der Katastrophenschutzschule des Bundes stattfindenden Fachseminaren über die Trinkwasser-Notversorgung vor den Teilnehmern aus den hiermit befaßten Verwaltungen, Organisationen, Ingenieurbüros, Wasserversorgungsunternehmen usw. möglich.

Eigenstromerzeuger

Die zum Betrieb des Trinkwasser-Notbrunnens mit netzunabhängiger Fördereinrichtung erforderliche Elektroenergie wird ausschließlich von einem Eigenstromerzeuger bereitgestellt. Das in einem Rahmengestell untergebrachte tragbare Gerät, bestehend aus dem Generator, angetrieben durch einen luftgekühlten Zwei-Takt-Motor (Betriebsstoff-Gemisch), ist für Wechselstrombetrieb vorgesehen und auf den Energiebedarf der Unterwassermotorpumpe abgestimmt (Bild 5). Nach den vorliegenden Erfahrungen reichen eine Generator-Nennleistung von 2 kVA/2,2 kW und eine Motor-Nennleistung von 3,3 kW aus, um eine Unterwassermotorpumpe mit einem Wasservolumenstrom von rund 6 m³/h bei einer Gesamtförderhöhe von bis zu ca. 40 m mit der erforderlichen Elektroenergie zu versorgen. Die verfügbaren Aggregate sind nach Konstruktion, Abmessungen und Gewicht für die Einlagerung im Brunnen schacht geeignet.

Der Eigenstromerzeuger wird auf der Sohle vom Brunnen schacht in einem korrosionsbeständigen Einlagerungsbehälter aus Kunststoff (z. B. Polyäthylen) mit eingedichteter Abdeckung aufbewahrt. Damit ist eine luftdichte Konservierung des Ag-

gregates zur Verhinderung von Korrosion gewährleistet. Zur Inbetriebnahme des Trinkwasser-Notbrunnens kann der Eigenstromerzeuger mit einem im Brunnen schacht bereitliegenden und am Rahmengestell anzuschlagenden Perlonseil aus dem Einlagerungsbehälter durch die öff-

Literaturverzeichnis

- [1] Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft für Zwecke der Verteidigung (Wassersicherstellungsgesetz – WasSG) vom 24. 8. 1965 (BGBl. I S. 1225 ber. 1817), zuletzt geändert durch Artikel 70 des Ein-

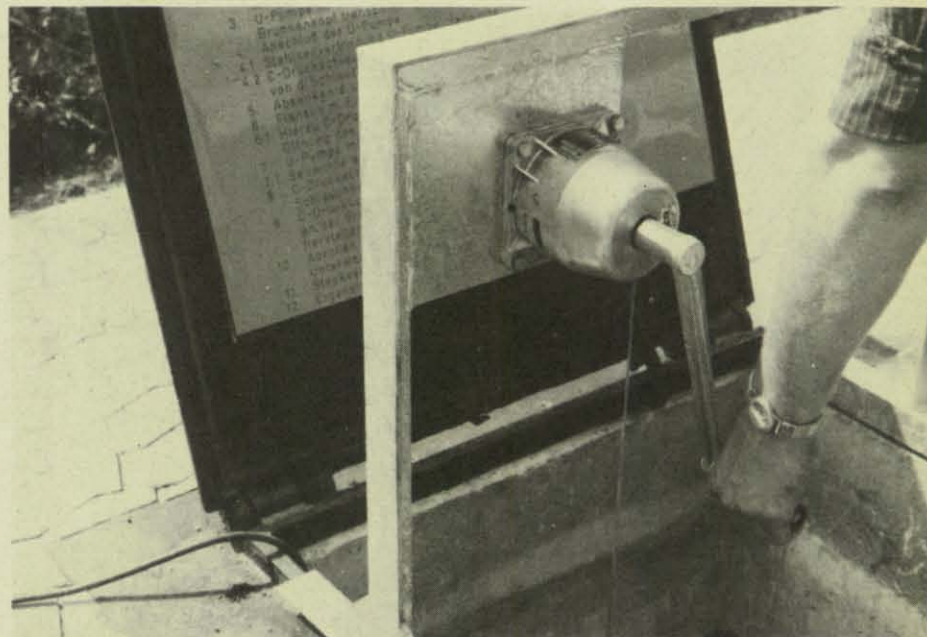


Bild 8: Auf dem Stahlrahmen der Brunnen schacht abdeckung montierte Handseilwinde mit Halteseil zum Ablassen der Unterwassermotorpumpe mit Steigrohrleitung und -kabel in Betriebsstellung.

führungsgesetzes zur Abgabenordnung 1977 vom 14. 12. 1976 (BGBl. I S. 3341, 3374)

Erste Wassersicherstellungsverordnung (1. WasSV) vom 31. 3. 1970 (BGBl. I S. 357)

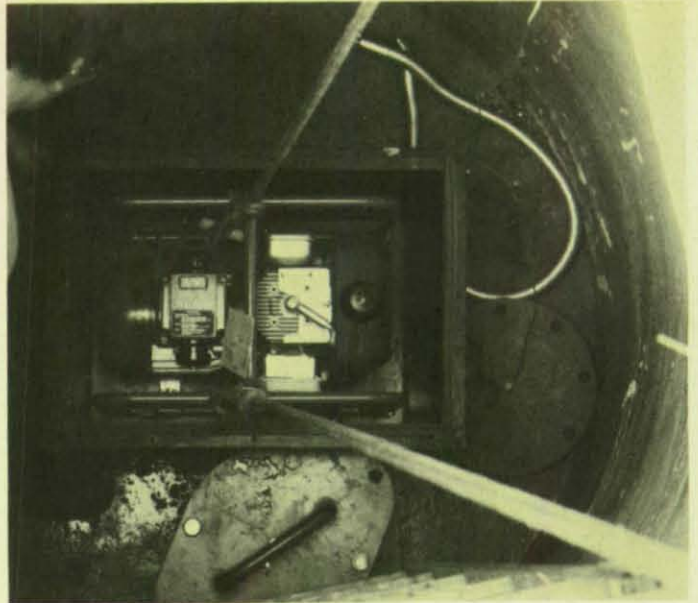
Zweite Wassersicherstellungsverordnung (2. WasSV) vom 11. 9. 1973 (BGBl. I S. 1313), geändert durch die Erste Verordnung zur Änderung der Zweiten Wassersicherstellungsverordnung vom 25. 4. 1978 (BGBl. I S. 583)

Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Wassersicherstellungsgesetzes – Planung von Vorsorgemaßnahmen nach § 4 des Wassersicherstellungsgesetzes (1. WasSGVwv) vom 10. 2. 1971 (Bundesanzeiger Nr. 38, vom 25. 2. 1971, Gemeinsames Ministerialblatt, Ausgabe A, Nr. 7, vom 16. 3. 1971, S. 115)

Technische Auflagen zu den Einzelaufträgen für die Durchführung wasserwirtschaftlicher Vorsorgemaßnahmen – Neufassung, eingeführt durch den Bundesminister des Innern mit Rundschreiben Nr. 65 vom 1. 7. 1982 – ZV 5 – 527023/8 –

- [2] Hampel, W.: Das Wassersicherstellungsgesetz – Grundlagen – Durchführung – Bilanzen. ZS-MAGAZIN, Heft 10/1976
- [3] Such, W. u. Hampel, W.: Verbundleitungen und Verbundsysteme für die Trinkwassernotversorgung nach dem Wassersicherstellungsgesetz im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen (Teil 1 u. 2). ZS-MAGAZIN, Heft 1 u. 2/1980
- [4] Such, W. u. Hampel, W.: Neue Richtlinien des Bundes für den Verbund zur Trinkwasser-Notversorgung – Verbund in der Wasserversorgung gewährleistet ein Höchstmaß an Sicherheit. Maßnahmen des Wasserverbundes kommt wachsende Bedeutung zu – Arbeitsblatt Nr. 8 gibt Hinweise für Planung, Bau, und Betrieb von Verbundleitungen und -systemen im Rahmen der Trinkwasser-Notversorgung. ZS-MAGAZIN, Heft 1/1981
- [5] Such, W. u. Hampel, W.: Abschlußbericht über die Zukunftsinvestitionen im Bereich der Trinkwasser-Notversorgung. Die Trinkwasser-Notversorgung ist jetzt für 20 Millionen Bürger sichergestellt –

Bild 9: Ablassen des Eigenstromerzeugers in den geöffneten Einlagerungsbehälter auf der Sohle des Brunnenschachtes (Demonstration am Prototyp des neuen Trinkwasser-Notbrunnens).



Rund 3690 der 6000 benötigten Trinkwasser-Notbrunnen fertiggestellt – Beispiele der durchgeführten Maßnahmen in einigen Bundesländern. ZS-MAGAZIN, Heft 7 u. 8/1982

- [6] Such, W. u. Hampel, W.: Lufthebeverfahren – Fördereinrichtung bei Trinkwasser-Notbrunnen, unabhängig von Elektroenergie. ZS-MAGAZIN, Heft 10/1978
- [7] Such, W. u. Hampel, W.: Wartung der Trinkwasser-Notbrunnen in der Praxis: Damit das kostbare Naß jederzeit fließen kann – Richtlinien für die Notbrunnen-Wartung vom Bundesinnenministerium neugefaßt – Übernahme von Wartungsarbeiten durch das THW nach Modellversuch? ZS-MAGAZIN, Heft 6/1980
- [8] Such, W. u. Hampel, W.: Trinkwasser-Notversorgung nach Berliner Erfahrungen – Bewährtes und interessante Entwicklungen in neuen Arbeitsblät-

tern des Bundesinnenministeriums. ZS-MAGAZIN, Heft 2/1982

- [9] Der Bundesminister des Innern, Abt. ZV – Zivile Verteidigung, Referat ZV 5: Regelentwürfe für Trinkwasser-Notbrunnen – Arbeitsblatt 10: Vorläufige Richtlinien zur Anwendung einer netzunabhängigen Fördertechnik bei Trinkwasser-Notbrunnen im Rahmen des Wassersicherstellungsgesetzes. Eingeführt mit Rundschreiben Nr. 67 vom 8. 2. 1983 – ZV 5 – 527 133/9 –
- [10] Der Bundesminister des Innern, Abt. ZV – Zivile Verteidigung, Referat ZV 5: Arbeitsblatt 2 – Planung von Einzelbrunnen zur Trinkwasser-Notversorgung nach der 1. WasSGVw vom 10. 2. 1971 – Versorgungsbereich der Brunnen. Eingeführt mit Rundschreiben Nr. 23 vom 23. 8. 1972 – U II 7 – 8273 – 0 – 8/72 –

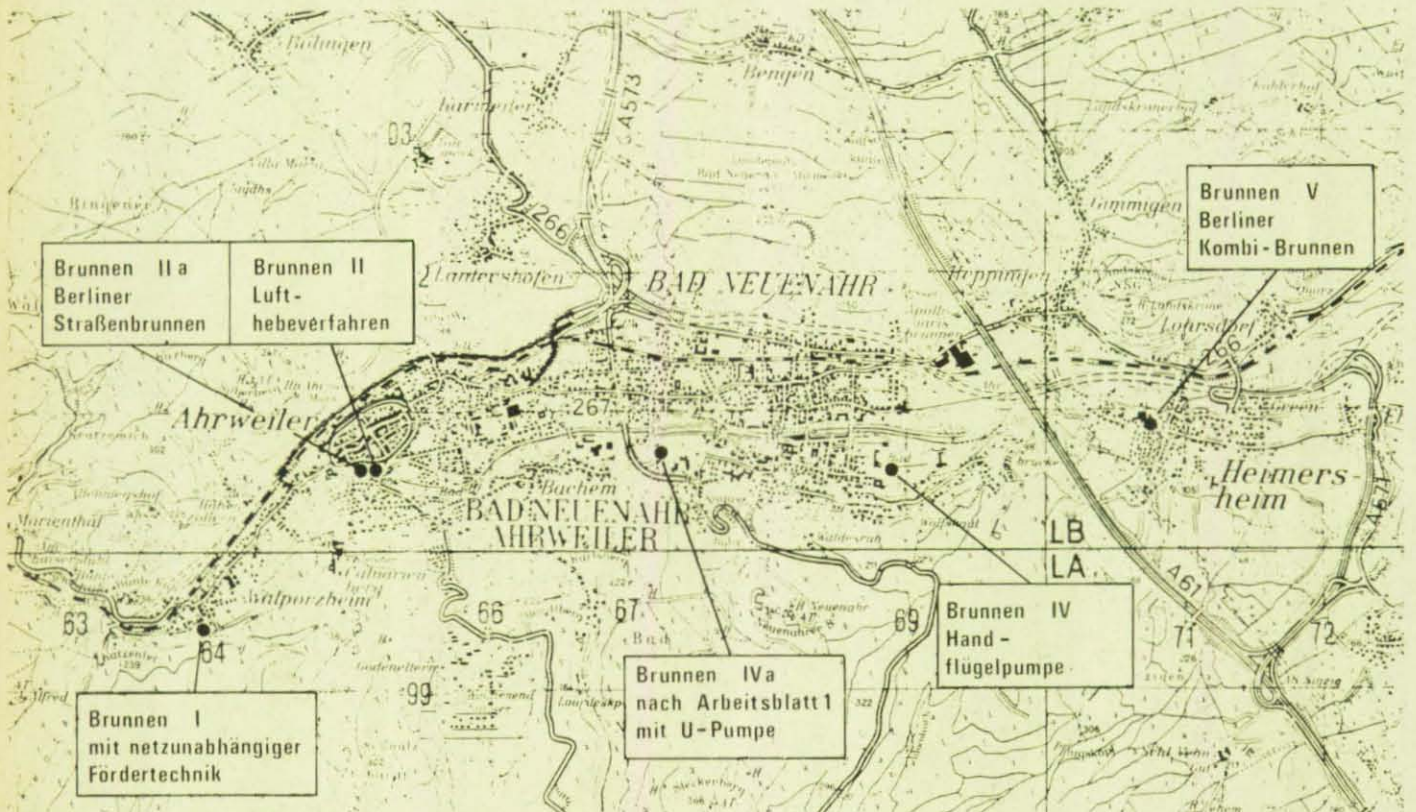


Bild 10: Lage der Trinkwasser-Notbrunnen mit verschiedenartigen Fördereinrichtungen zur Sicherstellung der Trinkwasser-Notversorgung in Bad Neuenahr-Ahrweiler. (Fotos: K. Hilberath, Foto-Filmstelle, Technisches Hilfswerk im Bundesamt für Zivilschutz: Nr. 2, 3, 5, 7–9)

Zwischen Nord- und Ostsee

Kiel/Flensburg. Mit der Resonanz aus der Bevölkerung sehr zufrieden waren BVS-Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender und NDR-Moderator Thietmar Hambach nach der Sendung „Reden wir mal drüber“, die am 16. Februar 1983 im Vormittagsprogramm des NDR I zu hören war. 30 Bürger aus ganz Schleswig-Holstein riefen im Studio Flensburg an, um über die Lage des Schutzraumbaus in der Bundesrepublik zu diskutieren. In der 55minütigen Sendezeit kamen zwölf Interessierte zu Wort.

Hambach hatte zuvor mitgeteilt, daß in Schleswig-Holstein zehn öffentliche Schutzraumbauten mit rund 12700 Plätzen in Kiel, Flensburg, Lübeck und Bad Oldesloe zur Verfügung stünden. Dies reiche bei weitem nicht aus, unterstrich Dr. Sahlender, und wies auf die Notwendigkeit der Eigeninitiative hin. Jeder Bürger solle geeignete Selbstschutzmaßnahmen vorbereiten sowie an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilnehmen, denn Vorsorge sei der beste eigene Schutz.

Einen breiten Raum in der Sendung nahmen erwartungsgemäß die Fragen nach den Möglichkeiten des privaten Schutzraumbaus ein. Dr. Sahlender wies darauf hin, daß jede BVS-Dienststelle zur Beratung zur Verfügung stehe und informierte die Hörer über Zuschüsse des Bundes zum Bau von Hausschutzräumen.

Plön. Der BVS-Kreisbeauftragte im Kreis Plön, Joseph Sorychta, hat in der Plöner Kreisverwaltung ein neues Dienstzimmer bezogen. Sorychta ist in seinem neuen Domizil jeden Donnerstag von 14.00 bis 16.00 Uhr für alle interessierten Bürger erreichbar.

Bei der Übergabe legte der Leiter der BVS-Dienststelle Neumünster, Jürgen Brodersen, den Leistungsbericht 1982 vor. Danach führte der BVS im Kreis Plön 59 Informationsveranstaltungen mit 1455 Teilnehmern, 21 Selbstschutz-Grundlehrgänge mit 435 Teilnehmern sowie 18 Selbstschutz-Ergänzungslehrgänge mit 230 Teilnehmern durch. Schwerpunkte der Arbeit waren die Stadt Plön und das Amt Lütjenburg-Land.

Pinneberg/Itzehoe. 1070 Bürger aus dem Kreis Pinneberg nahmen im vergangenen Jahr an BVS-Lehrgängen teil.

Das geht aus dem Jahresbericht hervor, den die BVS-Dienststelle Itzehoe vorlegte. Weitere 2565 Bürger kamen zu 56 Informationsveranstaltungen, die der BVS in elf Städten und Gemeinden des Kreises anbot. Rund 6000 Passanten zeigten bei 24 Straßenaktionen mit Filmwagen und Informationsstand ihr Interesse an der BVS-Arbeit.

Neustadt. Ihre Bemühungen, gemeinsam mit dem BVS die organisatorischen und personellen Voraussetzungen für den weiteren Ausbau des Selbstschutzes zu schaffen, will die Stadt Neustadt verstärken. Dies betonte 1. Stadtrat Dr. Werner Kaeselau anlässlich der Eröffnung einer BVS-Informationsveranstaltung im Zentrum der Stadt.

Lübeck. Wachwechsel bei der BVS-Dienststelle Lübeck: Dieter Restorf löste den bisherigen Dienststellenleiter, Harald Mick, ab, der in den Ruhestand getreten ist.



BVS-Landesstellenleiter Dr. Sahlender (Bildmitte) verabschiedet Harald Mick (rechts) und führt Dieter Restorf in sein neues Amt ein.

Restorf kehrte damit an die Stätte seines ursprünglichen Wirkens zurück, wo er von 1961 bis 1964 zunächst ehrenamtlich, dann hauptamtlich als BLSV-Ausbildungsleiter, BVS-Fachbearbeiter und von 1976 bis 1977 als kommissarischer Dienststellenleiter tätig war. Später wechselte Restorf nach Nordniedersachsen, wo er eine Dienststelle leitete. Bis zu seiner Berufung nach Lübeck war Restorf ein Jahr Fachgebietsleiter der BVS-Landesstelle Kiel.

Rantau. Alle Bürgermeister der zehn Gemeinden des Amtes Rantau wurden vom Amtsvorsteher zu einem Informationsvortrag „Selbstschutz in der Gemeinde“ eingeladen. Der Leiter der BVS-Dienststelle Itzehoe, Ingram Bonny, stellte dabei die Notwendigkeit des Selbstschutzes der Bevölkerung heraus.

Anhand von Beispielen verdeutlichte Bonny den Teilnehmern, daß alle für den Verteidigungsfall getroffenen Selbstschutzmaßnahmen auch in normalen Zeiten ihren Wert haben. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Sturm-, Hochwasser- und Schneekatastrophen der letzten Jahre. Ein weiteres Thema war die Verantwortlichkeit des Hauptverwaltungsbeamten (HVB) bei Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes.

Amtsvorsteher Adolf Hell dankte für die Ausführungen und bat alle Bürgermeister, in ihrer Gemeinde dem Selbstschutz zu dem Stellenwert zu verhelfen, der ihm zusteht und die Bevölkerung zu Informationsveranstaltungen einzuladen.

Bürgermeister Schlüter aus Bevern machte den Anfang und konnte im Dorfgemeinschaftshaus zahlreiche Bürger seiner Gemeinde zu einer BVS-Informationsveranstaltung begrüßen. Auch in Bokholt-Hanredder und Lutzhorn fanden Veranstaltungen statt.

Landtagsabgeordneter Rainer Harms (CDU), der zugleich Bürgermeister der Gemeinde Bilsen ist, betonte bei einer Veranstaltung: „Bei einem Vortrag über Selbstschutzmaßnahmen sind nur gut zehn Prozent der Haushaltungen vertreten, bei einer Katastrophe aber 100 Prozent betroffen. Dies müssen wir ändern.“

Nachrichten aus Bremen

Bremen. „Einen absoluten Schutz vor Katastrophen und Unglücksfällen kann natürlich niemand gewährleisten. Jeder Bürger hat aber die Möglichkeit, sich darüber zu informieren, welche Gefahren ihm von unserer im höchsten Maße technisierten Umwelt drohen und wie er sich dagegen sinnvoll schützen kann. Der BVS bietet entsprechende Lehrgänge an“, erklärte BVS-Mitarbeiter Georg Jakubeit anlässlich einer öffentlichen Sitzung des Beirats Vahr.

Die Vahrer Kommunalpolitiker diskutierten über die Situation des Katastrophenschutzes und des Rettungswesens.

„Richtiges Handeln im Notfall“, so Jakubeit, „verhindert oftmals Schlimmeres. In unseren Lehrgängen wird das Grundwissen dazu vermittelt.“

Die F.D.P.-Beiratsfraktion wollte unter anderem wissen, welche Aufklärungsarbeit bisher von den zuständigen Behörden und Institutionen in der Hansestadt geleistet worden sei. Ferner fragten die Liberalen, wie Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz-Organisationen in Bremen auf Unfälle mit radioaktiven und chemischen Stoffen vorbereitet seien. Auf den Straßen und Eisenbahnlinien in und um Vahr könnten sich täglich Unfälle ereignen, bei denen aus Transportbehältern gefährliche Stoffe austreten, ergänzte ein Sprecher der SPD. Die CDU vertrat die Auffassung, daß jeder Bürger im Fall einer Katastrophe wissen sollte, was er zu tun habe.

Quer durch Niedersachsen

Wilhelmshaven. Einen Tag lang besuchte der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul-Wilhelm Kolb, Zivilschutzeinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven. Die Einladung hatte Bundestagsabgeordneter Erich Maaß ausgesprochen. Zusammen mit 30 Vertretern des Zivil- und Katastrophenschutzes der Stadt sowie des benachbarten Landkreises Friesland besichtigte der Präsident einen wiederhergestellten Schutzraum aus dem Zweiten Weltkrieg, das Katastrophenschutz-Lagezentrum der Stadt und ein voll ausgebautes Hilfskrankenhaus in Sanderbusch.

Die Zivilschutzexperten und die Spitzen der Verwaltung hatten Gelegenheit, Probleme des Zivil- und Katastrophenschutzes mit Dr. Kolb zu erörtern. In Wilhelmshaven hat die Verwaltung aufgrund der geschichtlichen Entwicklung den Schutz der Bevölkerung schon immer sehr ernst genommen. Nicht zuletzt deshalb liegt die Qualität der Zivilschutzeinrichtungen in der Jadestadt auch weit über dem Durchschnitt vergleichbarer Städte.

In einem Grundsatzreferat ging Dr. Kolb auf den Zustand des Zivilschutzes in der Bundesrepublik Deutschland ein. Er kritisierte, daß die Belange der Bevölkerung in einem Konfliktfall derzeit zumeist verdrängt werden. Wörtlich sagte er: „Wo die Winde einer unerfüllbaren Entspannungphilosophie wehen, da denkt man nicht so gerne an den Ernstfall.“ Mit einer solchen Haltung sei aber langfristig nicht zu arbeiten. Das von den im Zivilschutz Tätigen geleistete Vorbild erfordere Nachahmung.

Deutliche Worte fand Dr. Kolb auch zur Situation des Selbstschutzes. Alle vor-

bereiteten Zivilschutzmaßnahmen reichen nicht aus, wenn nicht der Bürger zu seinem persönlichen Schutz selbst etwas beitrage. Der BVS sei zwar bereit und in der Lage, die Bürger zu informieren und auszubilden, doch müsse dies Stückwerk bleiben, wenn die Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden den Selbstschutz weiterhin so stiefmütterlich behandelten wie bisher. Nur durch gemeinsame Anstrengungen könne die Situation verbessert werden.

Gegen die Auffassung, ein möglicher Atomkrieg mache ohnehin alle Zivilschutzbemühungen überflüssig, da es für die Bevölkerung dann keine Überlebenschance gebe, sprach sich Dr. Kolb in einem Interview mit Radio Bremen aus, das er im Rahmen seines Besuches in Wilhelmshaven gab. Es sei eine wissenschaftlich belegbare Tatsache, so Dr. Kolb, daß die Mehrzahl der Menschen einen atomaren Angriff überleben würde. Das eigentliche Problem sei, ob dieses Überleben in Würde möglich sei, und hieraus leite sich die humanitäre Aufgabe des Zivilschutzes ab.

Lüneburg. An einem Meinungs- und Erfahrungsaustausch zum Thema ABC-Schutz im Landkreis Lüneburg, zu dem der DRK-Kreisverband eingeladen hatte, nahmen neben der Verwaltungsspitze, der Polizei, dem Bundesgrenzschutz und der Bundeswehr auch Vertreter der Feuerwehr, der Ärzteschaft, der Hilfsorganisationen und des BVS teil.

Die Gesprächsrunde kam zu dem Ergebnis, daß im Falle einer Katastrophe nicht die notwendigen Voraussetzungen geschaffen seien, um alle Bürger und Helfer angemessen zu versorgen. Deutlich wurde unter anderem, daß es an technischem Gerät und Schutzkleidung für die Helfer mangelt. Ferner muß, so stellte Kreisdirektor Reiner Faulhaber fest, die Zusammenarbeit der im Katastrophenschutz Tätigen intensiviert werden.

Suderburg. 19 neugewonnene Selbstschutzberater der Samtgemeinde Suderburg nahmen an einem Lehrgang „Selbstschutzberater“ teil. Der für den Zivilschutz in der Gemeinde zuständige Sachbearbeiter, Alfred Meyer, sagte bei Lehrgangsschluß, mit der Ausbildung der Selbstschutzberater sei die Samtgemeinde einen wesentlichen Schritt auf dem Weg zum vorbeugenden Schutz der Bevölkerung vorangekommen. „Zwischen Selbstschutzberatern und Verwaltung hat sich eine gute Zusammenarbeit entwickelt, die durch regelmäßige Zusammenkünfte bei Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen noch verstärkt werden soll.“

Nachrufe

Tief erschüttert mußten wir Abschied nehmen vom ehemaligen ehrenamtlichen Leiter der BVS-Dienststelle Lüchow-Dannenberg

Helmut Pfeiffer

Pfeiffer, der in den Jahren 1955 bis 1979 mit Engagement die Belange des Selbstschutzes und des BVS in der Öffentlichkeit mit Erfolg vertrat, wurde 1977 mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet.

Seine aufrichtige und freundliche Art sowie sein untadeliges Auftreten machten ihn zu einem allseits beliebten und geschätzten Mitarbeiter, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.

Am 5. März 1983 verstarb im Alter von 72 Jahren der ehemalige Kreis- und spätere Dienststellenleiter der BVS-Dienststelle Verden/Aller

Heinz Hillmann

Mit ihm verlor die Landesstelle Niedersachsen einen Helfer mit hervorragenden menschlichen Qualitäten, der von 1957 bis zu seinem Ausscheiden Ende 1977 mit beispielhaftem Engagement den Gedanken des Selbstschutzes vertrat.

Für seinen unermüdlichen Einsatz wurde Hillmann 1976 mit der Ehrennadel des BVS und 1979 mit dem Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Die Mitarbeiter der Landesstelle werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Oberhausen. Wie in den vergangenen Jahren hat auch 1983 eine Veranstaltungsreihe der BVS-Dienststelle Oberhausen in der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung begonnen. So wurde jetzt die 25. Ausbildungsveranstaltung für Bedienstete dieser Stiftung durchgeführt.

Die Elly-Heuss-Knapp-Stiftung ist eine Einrichtung der Stadt Oberhausen für ältere Bürger. Es befinden sich hier ca. 160 Wohnungen, Pflegeheime für 350 Personen sowie weitere Gebäude für Schwestern und Pfleger.

Schon sehr früh, unterstützt durch das zuständige Stadtamt und durch die Leitung dieser Stiftung, wurde mit dem Aufbau des Behördenselbstschutzes begonnen. Den Einsatzkräften ist es zu verdanken, daß in der Vergangenheit

einige gefährliche Situationen, wie z. B. durch Unachtsamkeit entstandene Brände, schon im Entstehen erfolgreich bekämpft werden konnten.

Oelde. Anlässlich der Einweihung des neuen Erweiterungsbaus des Rathauses der Stadt Oelde fand ein „Tag der offenen Tür“ statt. Die BVS-Dienststelle Münster hatte die Tafelausstellung „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“ in der Eingangshalle aufgebaut. Viele Bürger besuchten die Bilderschau und zeigten Interesse an einem Selbstschutz-Grundlehrgang.

Dortmund. Die ersten 13 Selbstschutzberater für die Stadt Dortmund haben ihre Ausbildung abgeschlossen. Nach dem Besuch des Fachlehrgangs „Selbstschutz-Beratung und -Leitung“

Die ersten 13 Selbstschutzberater der Stadt Dortmund haben ihre Ausbildung abgeschlossen.

(Foto: Blossey)



an der BVS-Schule Körtlinghausen haben die Berater ihre vorgesehenen Aufgaben übernommen. Durch die Initiative des BVS wurden Mitarbeiter geworben, die überwiegend aus gewerblichen Berufen kommen.

Gelsenkirchen. Auf der Schachtanlage „Consolidation“ führte die BVS-Dienststelle Gelsenkirchen an fünf Tagen im Januar und Februar 1983 Informationsveranstaltungen durch. 320 Bergbauberufsschüler nahmen daran teil. Mit der Werksleitung wurde abgesprochen, daß Selbstschutz-Grundlehrgänge teils in der Arbeitszeit, teils in der Freizeit durchgeführt werden können. Geplant sind auch Lehrgänge für die Angestellten der Schachtanlage.

Die Mitarbeiter der BVS-Dienststellen konnten schon gute Erfahrungen auf anderen Schachtanlagen sammeln. So werden z. B. auch Lehrgänge auf der Schachtanlage „Hugo“ mit Teilnehmern aus dem Untertagebetrieb durchgeführt.

Essen. „Zivilschutz ist zwar immer noch ein heißes Eisen, dennoch muß der Druck sehr viel stärker werden, wenn in

der Politik etwas passieren soll“, betonte Bundestagsabgeordneter Klaus Beckmann anlässlich eines Besuchs einer Arbeitsgemeinschaft ehren- und hauptamtlicher Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Essen.

Nach einem Kurzreferat über seine grundsätzlichen politischen Vorstellungen stellte Beckmann sich der Diskussion zu den Themen zivile Verteidigung und Zivilschutz. Auf die Frage nach dem notwendigen verstärkten Bau von Schutzräumen sagte Beckmann, daß man diesen Gedanken einmal aufgreifen sollte.

Zum Schluß betonte der Abgeordnete, daß die zivile Verteidigung und der Zivilschutz als notwendiger Bestandteil der Gesamtverteidigung nicht vernachlässigt werden darf.

Herford. Die Nordwestdeutsche Philharmonie, ein weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus bekanntes Orchester, war in Nöten. Was war der Grund? Das Orchesterwerk eines modernen, zeitgenössischen Komponisten enthielt Sirenengeheul, das beim besten Willen mit den gepflegten Instrumenten der Philharmoniker nicht zu erreichen war.

Dem konnte abgeholfen werden: Die BVS-Dienststelle Herford stellte eine Hand-Alarm sirene zur Verfügung, die nun – zweckentfremdet – mitwirkte und demnächst den Hörern von Radio Bremen modernen Kunstgenuß vermitteln wird.

Recklinghausen. In einer kleinen Feierstunde in der Landesstelle NRW wurde dem ehrenamtlichen Helfer Wilhelm Weißenhagen die BVS-Ehrendnadel durch Landesstellenleiter Peter Eykmann verliehen.

Weißenhagen ist seit 1963 Helfer des Verbandes. Durch zielstrebige Mitarbeit hat er 1969 die Lehrbefähigung des BVS erworben. Im Jahre 1972 bestand er die Prüfung zum Redner und ist seit



Im Kreis von BVS-Mitarbeitern überreicht Landesstellenleiter Peter Eykmann Wilhelm Weißenhagen die Ehrendnadel und Urkunde.

(Foto: Pölkling)

dieser Zeit überwiegend in der Öffentlichkeitsarbeit tätig.

Über zehn Jahre ist Weißenhagen Helfervertreter der BVS-Dienststelle Dortmund. Am 30. Januar 1982 wurde er zum Landeshelfervertreter bei der BVS-Landesstelle NRW gewählt.

Durch sein vorbildliches Auftreten und seine fachlichen Kenntnisse sei Weißenhagen ein Vorbild für alle BVS-Mitarbeiter in Nordrhein-Westfalen, betonte Eykmann.

Wuppertal. Lisa Rehage, Bürosachbearbeiterin der BVS-Dienststelle Wuppertal, verabschiedete sich nach über 20jähriger Tätigkeit von ihren Kollegen. Georg Vogel, BVS-Beauftragter des Kreises Mettmann, dankte Frau Rehage im Namen der ehrenamtlichen Helfer für die Hilfe und das Verständnis, das sie in all den Jahren den Ehrenamtlichen entgegengebracht habe und überreichte ein Geschenk.

BVS-Landesstellenleiter Eykmann ließ in einer Ansprache noch einmal die wechselvolle Geschichte des BLSV/BVS vorüberziehen und stellte fest, daß ohne die zum Teil aufopfernde Mitarbeit, wie sie auch Lisa Rehage für ihre Dienststelle erbracht habe, der BVS seine heutige Position in Staat und Gesellschaft nicht erreicht hätte. Eykmann dankte für die geleistete Arbeit und wünschte alles Gute für den Ruhestand. Dank, gute Wünsche und Geschenke kamen auch von Dienststellenleiter Ehrlich und den Mitarbeitern der Dienststelle.

Körtlinghausen. Helmut Koch-Vollstedt, seit 1979 Leiter der BVS-Schule Körtlinghausen, wurde in einer Feierstunde in den Ruhestand verabschiedet. Landesstellenleiter Peter Eykmann zeichnete einen Teil des beruflichen Weges des Scheidenden nach. Die Laufbahn Koch-Vollstedts beim Verband begann 1955. 15 Jahre war er als Leiter der ehemaligen BVS-Schule Ascheberg tätig, dann folgten einige Jahre als BVS-Bereichsbeauftragter in Schleswig-Holstein. Eykmann strich besonders das persönli-



BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann (links) verabschiedet Schulleiter Helmut Koch-Vollstedt in den Ruhestand und überreicht die Dankurkunde. (Foto: Wagner)

che Engagement Koch-Vollstedts heraus, das er in den vergangenen Jahren gezeigt und vorgelebt habe.

An der Feierstunde nahmen u. a. Rütthens Stadtdirektor Voß und Bürgermeister Gockel teil. Aus Warstein kamen Stadtkämmerer Hoor und Bürgermeister Kroll-Schlüter. Der Einladung gefolgt waren auch Vertreter des THW, MHD, der Feuerwehr sowie der Oberpostdirektion und schließlich auch der Schloßbesitzer Reichsfreiherr Baron von Fürstenberg mit Gattin.

Nachruf

Am 7. Februar 1983 verstarb der frühere Leiter der BVS-Dienststelle Hagen

Erich Doberkat

im Alter von 67 Jahren.

Doberkat kam 1956 zum BLSV und wurde Helfer der damaligen Ortsstelle Brekerfeld. Bei seinem Ausscheiden im Jahre 1980 konnte er auf eine 24jährige Verbandszugehörigkeit in verschiedenen Dienststellen zurückblicken.

Der Verstorbene war immer darauf bedacht, in seinem jeweiligen Dienst- und Aufgabenbereich Kontakte zu Behörden, Betrieben und Gemeinden zu pflegen bzw. neu zu knüpfen.

Auch außerhalb des BVS engagierte sich Doberkat. Als stv. Leiter des Brekerfelder Ortsvereins des Deutschen Roten Kreuzes betreute er besonders das Jugendrotkreuz, organisierte Altnachmittage und Blutspendetermine.

Die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Hagen, seine Freunde und Kollegen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Hessenspiegel

Grünberg. Im Rathaus Grünberg wurde die BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ gezeigt. Bei der Eröffnung wies Bürgermeister Siegbert Damaschke, der auch die Schirmherrschaft übernommen hatte, vor zahlreichen Gästen auf die Notwendigkeit des Selbstschutzes hin.

Während der beiden Veranstaltungswochen wurden u. a. bei Informationsveranstaltungen in der Gesamtschule Mücke rund 850 Schülerinnen und Schüler über die Aufgaben und Maßnahmen des Selbstschutzes informiert.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Kusel. Einem Menschen in der Not geholfen zu haben, zu wissen, daß das, was man getan hat, richtig war, ist ein gutes Gefühl. Voraussetzung ist natürlich die Teilnahme an Lehrgängen, in denen man gezieltes Vorgehen bei Unfällen im Haus und auf der Straße lernt. Wie sieht es aber aus, wenn man mit einem wirklichen Unfall konfrontiert wird?

Vor einigen Wochen fuhr eine BVS-Mitarbeiterin der Dienststelle Kaiserslautern von einem Selbstschutz-Grundlehrgang mit der Eisenbahn nach Hause. Plötzlich hielt der Zug, und viele Fahrgäste verließen die Wagen. Nach einer Weile sah sie den Lokführer ihr Abteil betreten. Sie stellte fest, daß der Mann unter Schockwirkung stand und versorgte ihn. Danach ging sie an die Unfallstelle. Der Zug war mit einem Auto kollidiert. Die BVS-Mitarbeiterin betreute den Verletzten bis zum Eintreffen der Sanitäter.

Später beschreibt sie diese Situation mit den Worten: „Es ist ein beruhigendes Gefühl zu wissen, daß man dort, wo man wirklich gebraucht wird, auch helfen kann.“

Auf der Heimfahrt nach der Durchführung eines Selbstschutz-Grundlehrgangs wurde eine BVS-Mitarbeiterin Zeugin dieses schweren Unglücks: sie versorgte den unter Schockwirkung stehenden Lokführer und den verletzten Pkw-Fahrer bis zum Eintreffen der Sanitäter.



Andernach. Bürgermeister Kohns, Verbandsgemeinde Andernach-Land, eröffnete den ersten Ausbildungsabend für neugewonnene Selbstschutzberater der Gemeinde. Kohns betonte u. a. die Notwendigkeit der Mitarbeit des Bürgers in den Einrichtungen des Zivilschutzes. Ohne seine freiwillige, ehrenamtliche Beteiligung außerhalb und innerhalb der humanitären Hilfsorganisationen sei ein Zivilschutz nicht möglich.

Birkenfeld. An der BVS-Schule Birkenfeld trafen sich die BVS-Dienststellenleiter der Landesstelle Rheinland-Pfalz zu einer Arbeitstagung. In dieser Woche nahmen auch die Behördenselbstschutzleiter aus Rheinland-Pfalz an einem Lehrgang an der Schule teil. Deshalb wurden den Behördenselbstschutzleitern die Dienststellenleiter durch Landesstellenleiter Awizsus vorgestellt.

Die BVS-Mitarbeiter erläuterten, welche kreisfreien Städte und Landkreise zu ihrem Dienststellenbereich gehören. Im Verlauf des Abends bahnten sich Kontakte zwischen den einzelnen Gruppen an. Die Teilnehmer des Behördenselbstschutzleiter-Lehrgangs ließen sich von den BVS-Dienststellenleitern die vielseitigen Möglichkeiten der Unterstützung bei der Ausbildung der Behördenselbstschutzkräfte erläutern. Dabei wurden auch Terminabsprachen getroffen, um gemeinsam bei den Behördenleitern vorzusprechen.

Saarland-Rundschau

Saarbrücken. In Anwesenheit des saarländischen Innenministers Dr. Rainer Wicklmayr, Ministerialdirektors Breit und Ltd. Ministerialrats Schmitz überreichte BVS-Landesstellenleiter Koch Ministerialrat Hans Grundmann, Referatsleiter für den Rettungsdienst und Katastrophenschutz im saarländischen Innenministerium, die BVS-Ehrendnadel.

Koch ging auf die verdienstvolle Tätigkeit Grundmanns ein und unterstrich die seit Jahren bestehende gute Zusammenarbeit. Dadurch sei es möglich gewesen, in verschiedenen Bereichen des Selbstschutzes eine günstige Entwicklung einzuleiten. Dazu gehöre die in einer gemeinsamen Aktion von BVS und Innenministerium innerhalb kurzer Zeit erreichte Bestellung von rund 380 Selbstschutzberatern. Auch den guten Stand des Behördenselbstschutzes führte Koch auf die Initiativen Grundmanns zurück. So nehme das Saarland bei der Einplanung von Staffelführer-Lehrgängen an der BVS-Schule in Birkenfeld eine Spitzenstellung ein.

Schließlich erinnerte Koch an das persönliche Engagement Grundmanns bei den Informationsseminaren „Zivilschutz“, die von der BVS-Landesstelle Saarland für Kommunalpolitiker und sonstige Mandatsträger durchgeführt werden. Mit diesen Seminaren sei in vielen



BVS-Landesstellenleiter Koch (links) überreicht Ministerialrat Grundmann die BVS-Ehrennadel. Auch Innenminister Dr. Wicklmayr (Bildmitte) freut sich über die Auszeichnung seines Mitarbeiters. (Foto: Barbian)

Gemeinden des Saarlandes zu einer Intensivierung des Selbstschutzes entscheidend beigetragen worden.

Saarbrücken. Das saarländische Innenministerium veranstaltet für Landesbedienstete sogenannte ressortübergreifende Fortbildungen. Im Rahmen dieser Seminare werden in Zukunft auch Selbstschutz-Grundlehrgänge durchgeführt.

Mettlach. Mandatsträger politischer Parteien aus der Gemeinde Mettlach hatten sich auf Einladung der BVS-Landesstelle zu einer Informationstagung im Schloß „Ziegelberg“ eingefunden, um sich mit den Aufgaben des Zivilschutzes vertraut zu machen. Beeindruckt zeigten sich die

Teilnehmer von den in verschiedenen Bereichen der zivilen Verteidigung durchgeführten staatlichen Maßnahmen, wobei sie gleichzeitig ihre Überzeugung über die Notwendigkeit des Selbstschutzes ausdrückten.

So sprachen sich die Politiker einmütig dafür aus, innerhalb der Gemeinde darauf hinzuwirken, daß die Informations- und Ausbildungstätigkeit des BVS verstärkt werden kann. Außerdem wollen die Tagungsteilnehmer dazu beitragen, Selbstschutzberater zu gewinnen.

Saarbrücken. Die von der BVS-Landesstelle in den letzten Jahren durchgeführten Zivilschutz-Seminare haben sich auch im Bereich des saarländischen Landfrauenverbandes günstig ausgewirkt. Inzwischen wurden für verschiedene Kreisverbände mehrere Informationsveranstaltungen durchgeführt. Außerdem sind für die nächsten Monate Selbstschutz-Grundlehrgänge vorgesehen.

Schmelz-Michelbach. Erstmals konnte nunmehr auch die „Christliche Arbeiterbewegung“ für die Belange des Zivilschutzes interessiert werden. In einer Informationsveranstaltung, die großen Anklang fand, sprachen sich die Teilnehmer dafür aus, auch an Selbstschutz-Grund- und Ergänzungslehrgängen teilzunehmen.

Bayern heute

Schwabach. Die BVS-Dienststelle Nürnberg führte für die Schüler der Abschlußklassen der Schwabacher Schule für Lernbehinderte einen Selbstschutz-Grundlehrgang durch. Vor Sonderschuldirektor Herbert Hahn und den beiden Klassenlehrern Alois Menacher und Heinz Krautwurst zeigten die Teilnehmer in einer Abschlußbesprechung, daß sie den Lehrgang mit Aufmerksamkeit verfolgt und den umfangreichen Lehrstoff gut verarbeitet hatten.

Rosenheim. Auf Anforderung des Instituts für Ausbildung, Fortbildung und Umschulung führte die BVS-Dienststelle Rosenheim das zweite Mal einen Selbstschutz-Grundlehrgang für türkische und italienische Staatsbürger durch. Diese Jugendlichen, die nach Abschluß ihrer Schulausbildung in der Heimat zu den in der Bundesrepublik lebenden Eltern kamen, werden durch das Institut im Auftrag des Arbeitsamtes in den Arbeitsprozeß der Bundesrepublik eingeführt.

Mit großem Interesse ließen sich die jugendlichen Teilnehmer über die Grund-

kenntnisse eines wirkungsvollen Selbstschutzes informieren.

Deggendorf. BVS-Landesstellenleiter Günther Kopsieker verabschiedete in einer kleinen Feierstunde den Leiter der Dienststelle Deggendorf, Günther Koitek, in den Ruhestand. Als Ehrengäste waren erschienen der Landrat des Landkreises Deggendorf, Dr. Karl, Oberbürgermeister Berthold Heckscher, der Leiter des Amtes für Zivil- und Katastrophenschutz der Stadt Straubing, Hans Beil, der Sachbearbeiter für den Zivil- und Katastrophenschutz des Landkreises Deggendorf, Siegfried Bertl, sowie BVS-Fachgebietsleiter Edgar Denke, BVS-Dienststellenleiter Peter Blazejewski, Regensburg, und Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Deggendorf.



Aus der Hand von BVS-Landesstellenleiter Günther Kopsieker nimmt Günther Koitek die Dankurkunde entgegen. (Foto: Mattes)

Kopsieker dankte Koitek für die geleistete Arbeit im BVS und schilderte kurz den Werdegang des Scheidenden. 1959 trat Koitek in den damaligen BLSV als ehrenamtlicher Helfer ein und wurde mit dem Aufbau einer Kreisstelle für den Landkreis Deggendorf beauftragt. Der Schwerpunkt seiner Arbeit lag in der Gewinnung ehrenamtlicher Helfer.

1964 wurde Koitek hauptamtlicher Mitarbeiter und gleichzeitig als Bezirksstellenleiter für den Bezirk Mittelfranken berufen, wozu 1965 der Bezirk Oberpfalz kam. 1970 übernahm Koitek die Leitung der BVS-Dienststelle Deggendorf.

Als besonderen Erfolg stellte Kopsieker u. a. Koiteks Engagement bei der Gewinnung zahlreicher ehrenamtlicher Mitarbeiter und den Ausbau der Übungsanlage in Deggendorf heraus.

Landrat Dr. Karl und Oberbürgermeister Heckscher lobten die Arbeit der BVS-Dienststelle bei der Unterstützung der Gemeinden für den Aufbau und die Förderung des Selbstschutzes der Bevölkerung.



Sturmeinsätze des THW-OV Eutin

Eutin. Ein schwerer Orkan mit Spitzengeschwindigkeiten bis zu 160 Stundenkilometern brauste im Februar mit kräftigen Schnee- und Hagelschauern über Ostholstein hinweg. In der Kreisstadt Eutin, die von dem Sturm mit am härtesten im Kreisgebiet getroffen wurde, fuhren die THW-Helfer von Einsatz zu Einsatz.

Mit 14 Helfern rückte THW-Zugführer Radloff zum Voss-Gymnasium aus. Dort waren die Dachabdeckungen mehrerer Baucontainer vom Sturm abgerissen worden und hatten einen über drei Meter hohen Zaun des Sportplatzes „umgelegt“. Dieser Zaun drohte nun mit samt Dachplatten auf ein am Hang darunter stehendes Wohnhaus zu stürzen. Mit der Motorseilwinde gelang es den THW-Bergungskräften jedoch schnell, den Zaun wieder aufzurichten und die ca. 20 Quadratmeter Blechplatten zu bergen.

Auf der Oldenburger Landstraße war eine fast 25 Meter hohe Ulme auf die Fahrbahn gestürzt. Mit vier Motorsägen beseitigten die THW-Helfer den Baum.

In Eutin-Fissau kippte wenig später eine 20 Meter hohe Birke auf ein Wohnhaus. Zugführer Radloff alarmierte den gesamten 4. THW-Bergungszug. Nach zwei Stunden war der Baum mit Hilfe von Seilwinden, Greifzügen und vielen Motorsägen vom Dach fachmännisch entfernt worden. Die Bergungsarbeiten, die



Die 35 Meter hohe Ulme stürzte durch die Gewalt des Sturms auf die Scheune. (Foto: Behrens)

unter gleißendem Scheinwerferlicht abliefen, wurden durch heftige Schnee- und Hagelböen erschwert.

Gegen 23.00 Uhr rückten die THW-Bergungszüge aus, um die Straße zwischen Eutin und Sibbersdorf von einer umgebrochenen Fichte freizumachen.

In der folgenden Nacht geschah dann das schwerste Sturmunglück im Großraum Eutin: Auf dem Beuthiner Hof, einem großen landwirtschaftlichen Betrieb, war eine ca. 35 Meter hohe Ulme durch den starken Sturm aus dem Wurzelwerk gerissen und auf eine Scheune geschleudert worden. Auch hier rückte der THW-OV Eutin mit allen verfügbaren Kräften und Fahrzeugen an, um das Dach der Scheune von der Last des Baumriesen zu befreien. C. B.

Führungswechsel beim THW-OV Heide

Heide. Karl-Heinz Bockelmann, seit 1976 Ortsbeauftragter des THW-OV Heide, trat Ende Januar nach Erreichen der Altersgrenze zurück. Sein Nachfolger im Amt wurde Oberbaurat Günter Krauth.



Karl-Heinz Bockelmann (links) nimmt die besten Wünsche seines Nachfolgers Günter Krauth entgegen; Bildmitte: THW-Landesbeauftragter Meier. (Foto: Franck)

Zur feierlichen Verabschiedung Bockelmanns durch THW-Landesbeauftragten Dipl.-Volkswirt Meier hatten sich zahlreiche Gäste befreundeter Organisationen sowie von Kreis und Stadt in den Heider „Handwerkerstuben“ eingefunden.

Meier würdigte das große Engagement, den Idealismus, die Einsatzfreude und den Ideenreichtum des scheidenden Ortsbeauftragten. Meier: „Er war ein Mann der Tat.“ Stets sei er bereit gewesen, Verantwortung zu übernehmen. Dies habe sich insbesondere 1976 gezeigt, als Bockelmann mit der Übernahme des Ortsverbandes diesen aus einer schweren Krise herausführte.

Bockelmann trat bereits 1954 als aktiver Helfer ins THW ein. In vielen Funktio-

nen, zunächst als Gruppenführer, Zugführer, später als Bereitschaftsführer, stv. Kreisbeauftragter und schließlich als Ortsbeauftragter bewährte er sich während seiner fast 30jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit im THW.

Dank und Anerkennung für seine langjährige ehrenamtliche Arbeit wurden Bockelmann auch vom Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Jörn Cornelius im Namen des Landrats des Kreises Dithmarschen und Bürgervorsteher Petersen-Schmidt im Namen aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt Heide ausgesprochen.

Einsatz im Schneesturm

Oldenburg. Am Dienstag, dem 8. Februar 1983, wurden um 18.30 Uhr durch die Funkleitstelle des Kreises Ostholstein die Alarmwecker im THW-OV Oldenburg ausgelöst. Grund: Deichbruch in Bockhorst bei Damenshöved.

19 Helfer rückten gegen 19.15 Uhr unter Leitung von Zugführer Pillau zur Schadensstelle ab. Heftige Schneetreiben und beginnende Verwehungen verhinderten eine schnelle Anfahrt. Zusätzliche Erschwernisse brachten liegengeliebene Fahrzeuge, deren Beseitigung weitere Verzögerungen verursachte. Gegen 21.30 Uhr erreichten die Fahrzeuge schließlich den Einsatzort.

Nachdem die Helfer zunächst die Beleuchtung sichergestellt hatten, schlossen sie sich den Männern der Feuerwehr und anderen Hilfskräften an, die schon seit den Mittagsstunden bemüht waren, die Löcher im Deich mit Sandsäcken auszubessern, um weiteren Schaden zu verhindern. U. B.

Nachruf

Der THW-OV Ahrensburg trauert um seinen Kameraden

Horst Schulz

der im Alter von 72 Jahren verstarb.

Schulz hat im Jahre 1969 den Ortsverband Großhansdorf, aus dem später der THW-OV Ahrensburg hervorging, mitgegründet und viele Jahre lang als stv. Ortsbeauftragter aktiv an dessen Aufbau mitgewirkt.

Wir werden dem Verstorbenen immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des THW-OV Ahrensburg.

Bundeswehr zu Gast beim THW-Landesverband

Hamburg. Offiziere des Standortkommandos Hamburg, darunter Standortkommandant Kapitän zur See Wind, ehemals Kommandant des Segelschulschiffes „Gorch Fock“ der Bundesmarine, waren zu einem Informationsgespräch zum THW-Landesverband gekommen.



THW-Landesbeauftragter Trautvetter informiert Offiziere der Bundeswehr über die Aufgaben der Hilfsorganisation.

Landesbeauftragter Trautvetter und einige seiner Mitarbeiter erläuterten den Auftrag und die Einsatzmöglichkeiten des THW. Trautvetter wies besonders auf die Aufgabe der Deichverteidigung und die Einbindung des THW nach dem Hamburgischen Katastrophenschutzgesetzes hin.

Den Abschluß der Veranstaltung bildete eine rege Diskussion. A. K.

Dank für 41. Auslandseinsatz

Hamburg. THW-Landesbeauftragter Trautvetter hatte Vertreter aller Dienststellen und Behörden, die das THW Hamburg bei der Vorbereitung und Durchführung des 41. Auslandseinsatzes im Nord-Jemen unterstützt hatten, zu einer Informationsveranstaltung eingeladen.

Besonders hervorzuheben ist aus diesem Kreise die Polizei, die nachts noch

THW-Einsatzleiter Krüger nimmt die Plakette für Auslandseinsätze aus der Hand von Landesbeauftragten Trautvetter (Bildmitte) entgegen.



dafür sorgte, daß Reisepässe für die Helfer ausgestellt bzw. verlängert wurden. Auch die Bundeswehr hat durch den Einsatz von Ärzten des Bundeswehrkrankenhauses bei den notwendigen Schutzimpfungen entscheidend mit dazu beigetragen, daß dieser Einsatz so schnell durchgeführt werden konnte.

Trautvetter dankte allen Beteiligten für ihre aktive Unterstützung und überreichte den THW-Helfern das Einsatzzeichen für humanitäre Hilfe im Ausland. Mit einem Film und Dias wurden die Gäste über Ablauf und Durchführung des Einsatzes unterrichtet. Eine rege Aussprache schloß sich an. A. K.

Polizei informierte sich beim THW

Hamburg. Dreißig Polizeibeamte des gehobenen und höheren Dienstes nahmen an zwei Informationsveranstaltungen des THW-Landesverbandes teil. Die erste Veranstaltung, zu der die Führungskräfte der Landespolizeischule Hamburg, an der Spitze LtD. Polizeidi-



Besonders die Fragen einer engeren Zusammenarbeit zwischen THW und Polizei werden diskutiert. (Fotos: Krüger)

rektor Erwin Boldt, erschienen waren, fand an der Polizeischule statt.

Die zweite Informationsveranstaltung wurde für zwanzig Beamtinnen und Beamte der Polizeidirektion Ost durchgeführt. Der THW-Landesbeauftragte, der

Hauptsachgebietsleiter, ein Geschäftsführer und ein ehrenamtlicher Bezirksbeauftragter informierten die Polizeibeamten über Auftrag, Ausstattung und Ausrüstung des THW. Anschließend hatten die Gäste Gelegenheit, verschiedene Einsatzfahrzeuge zu besichtigen.

In der abschließenden Diskussion wurden besonders Fragen einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen Polizei und THW bei Einsätzen besprochen. Für die Zukunft ist vorgesehen, weitere Polizeidirektionen über die Arbeit des THW zu informieren. A. K.

Gefahr am Deich!

Bremerhaven. Schwere Sturm fegt über die Deutsche Bucht und drückt das Wasser gegen die Nordseeküste. Das Nachmittagshochwasser soll nach Vorhersage des Deutschen Hydrographischen Instituts (DHI) drei Meter über das mittlere Tidehochwasser (mThw) auflaufen.

Gegen 15.00 Uhr, etwa eine Stunde vor Hochwasserzeit, bemerkt ein Deichposten in Bremerhaven, daß Wasser binnendeichs aus dem Deichfuß austritt und große Mengen Sand aus dem Deichkern spült. In kurzer Zeit ist die den Deich zur dahinterliegenden Straße abgrenzende Spundwand unterspült. In der Deichböschung klafft ein etwa vier Meter tiefes Loch, und das Straßenpflaster ist auf einer Fläche von 2 x 4 Metern rund einen Meter abgesackt. Der Wasserstand beträgt zu dieser Zeit 2,50 m über mThw.

In dieser Situation ruft das Hansestadt Bremische Amt (HBA), das für die Deichverteidigung zuständig ist, seinen Krisenstab zusammen. Um 15.15 Uhr fordert das HBA das THW zur Hilfeleistung an. Da angenommen werden muß, daß Seewasser durch den Deich drückt, soll die Außenhaut mit Sandsackauflagen abgedichtet werden. Dazu sind „möglichst viele Helfer und möglichst viele Sandsäcke“ erforderlich. Eile tut not!

Der THW-Ortsbeauftragte löst um 15.20 Uhr nach Rücksprache mit dem Zivilschutz Alarm für den gesamten Ortsverband aus. Als erster trifft stv. Ortsbeauftragter Rudi Lenkeit um 15.30 Uhr in der Unterkunft ein und übernimmt mit Alfred Hellwege die Organisation des inneren Betriebes. Um 15.45 Uhr wird dem HBA gemeldet, daß die Dienststelle besetzt ist und die ersten Helfer einsatzbereit sind.

An der Schadensstelle hat sich die Lage inzwischen entschärft. Man hat festgestellt, daß das austretende Wasser nicht von der Seeseite durchspült, sondern

aus einem im Deich liegenden geplatzten Düker für die Abwasserbeseitigung ausgetreten ist. Die Alarmierung wird daher auf den 3. und 5. THW-Bergungszug reduziert.

Gegen 16.00 Uhr fahren THW-Führungskräfte zur Erkundung an die Schadensstelle. Vor Ort ist auch Oberbürgermeister Lenz, um sich einen Überblick über die Lage zu verschaffen. Mit dem Leiter des HBA, Loske, wird das weitere Vorgehen abgesprochen.

Danach wird das THW zunächst auf dem Lagerplatz des HBA Sandsäcke füllen und auf Lastwagen verladen. Gegen 19.00 Uhr, wenn das Wasser entsprechend gefallen ist, soll die Deichaußenhaut an einer Stelle, an der Wasser hochsprudelt, geöffnet werden, um eine eventuelle Kavernenbildung erkennen und verfüllen zu können. Anschließend muß diese Stelle mit Sandsäcken gegen den Wasserangriff geschützt werden. Für diese Arbeiten sollen Kräfte des HBA herangezogen werden. Außerdem stehen etwa 30 Bundeswehrsoldaten zur Verfügung.

In einer kurzen Lagebesprechung gegen 18.45 Uhr wird entschieden, daß mit den Arbeiten an der Deichaußenhaut begonnen werden soll. Auch die Arbeitsteilung zwischen HBA und THW wird noch einmal überdacht. Der „Stab“ entscheidet, die Absicherung der Deichnahe dem THW mit Unterstützung durch die Bundeswehr zu übertragen, damit die Arbeiter des HBA als Einsatzreserve für das Nachhochwasser zur Verfügung bleiben.

Um die Sandsäcke über den Deich zu transportieren, stellen sich die Helfer in einer langen Kette auf. Schon fliegen die Säcke von Arm zu Arm. Für die nötige Helligkeit sorgen die Arbeitsscheinwerfer der Einsatzfahrzeuge und ein Flutlichtstrahler. Für diese kräftezehrende Arbeit wird jede Hand benötigt, und so ist der Zugführer froh, als gegen 20.00 Uhr die Marine-Soldaten der Bundeswehr eintreffen. Sie befördern jetzt die Säcke vom Lkw bis auf die Deichkrone, während die THW-Helfer das Packen der Schutzlagen übernehmen, wie sie es in mancher Übung gelernt haben. Immer wieder müssen Pausen eingelegt oder Helfer im „fliegenden Wechsel“ aus der Kette abgelöst werden.

Die Uhr geht auf 22.00 Uhr, als der Außenbeamte des HBA entscheidet, daß die Abdeckung stark genug ist, einem möglichen Wasserangriff zu widerstehen.

Nach den Aufräumarbeiten und dem Abbau der Beleuchtungsgeräte rücken die Einsatzkräfte in die Unterkunft ab.

H. D.

Im Schein der Flutlichtstrahler werden die Sandsäcke von THW-Helfern fachmännisch auf den Außen-deich gelegt.



Eine Sandsackpacklage sichert den Deich gegen den Angriff des nächsten Hochwassers. (Fotos: Ditzten)



An Wochenenden eine Brücke gebaut

Lüchow-Dannenberg. Eine Brücke, passend zur Gesamtkonstruktion des neuen Kreisverwaltungsgebäudes in Lüchow, hat der THW-OV Lüchow-Dannenberg erstellt.

Der Übergang, 17 Meter lang und 2,20 Meter breit, fügt sich harmonisch als Verbindungsglied zwischen Schützenpark und dem Neubau des Verwaltungsgebäudes in das Gelände ein. Die Bauleitung übernahm THW-Ortsbeauftragter Bruno Dawidowski, der auch für die Materialbeschaffung verantwortlich zeichnete.

Im Rahmen der Ausbildung „Holzbearbeitung“ wurde vor allem an den Wochenenden mit Volldampf gearbeitet: Mit einer Explosionsramme wurden die schweren Pfähle aus Bongossiholz eingerammt. Die Jugendgruppe des Ortsverbandes war gleichzeitig mit großem Eifer und viel Ausdauer dabei, von einer selbst erstellten Gerüstplattform aus die Uferbefestigung und die Widerlager der Längsträger mit dem Wackerhammer in die Böschung zu treiben. Nach Aufbringen der Längsträger konnte die zu die-

sem Zweck errichtete Arbeitsbrücke abgebaut und mit der Erstellung des Oberbaues begonnen werden.

Geländepfosten, Handläufe sowie Untergrurte und Zangen sollten dabei nicht einfach stumpf gesägt, sondern nach



Die Brücke fügt sich harmonisch in die Landschaft ein. (Foto: Kroll)

Angaben des Architekten kunstvoll von Hand mit dem Hobel verziert werden.

Als die Brücke rechtzeitig vor Bezug des Kreisgebäudes übergeben wurde, hatten 321 Helfer in 2647stündiger Arbeit an 26 Tagen ein Werk vollendet, das als Symbol für einen Brückenschlag der guten Zusammenarbeit zwischen Kreisverwaltung und dem THW-Ortsverband bezeichnet werden kann. H. K.

THW-Landessprecherwahl in Niedersachsen

Wunstorf. Delegierte aus 55 THW-Ortsverbänden konnte Gerhard Brunke, THW-Kreis- und Ortsbeauftragter für Goslar, zur Landessprecherwahl am 5. März 1983 in Wunstorf begrüßen. Brunke, gleichzeitig Vizepräsident der THW-Helfervereinigung e.V., hatte auf eine erneute Kandidatur als Landessprecher verzichtet und fungierte als Wahlleiter. Zur Wahl standen zwei Kandidaten: Willi Kunze, Ortsbeauftragter für Salzgitter, und Klaus Köhler, Gruppenführer im Ortsverband Cloppenburg.



Wahlleitung und neue THW-Landessprecher mit ihrem Landesbeauftragten (von links): die Ortsbeauftragten Backhaus, Brunke und Kunze, Gruppenführer Köhler, Landesbeauftragter Leiser. (Foto: Rohrwedder)

In kurzen persönlichen Vorstellungen umrissen beide den Schwerpunkt ihrer zukünftigen Arbeit, die sie in engem persönlichen Kontakt zur Helferschaft bewältigen wollten. Die anschließende Wahl brachte bereits im ersten Wahlgang ein eindeutiges Ergebnis für Kunze. Stellvertreter wurde Köhler. Beide bedankten sich bei den Delegierten für das entgegengebrachte Vertrauen.

Parallel zur Landessprecherwahl tagte der Landesvorstand der THW-Helfervereinigung Niedersachsen, der die Gelegenheit nutzte, über das bisher Erreichte zu berichten und Fragen der Helferschaft zu beantworten. R. B.

Ausbildung an einem Abbruchobjekt

Stelle-Winsen. Ein in der Zwischenzeit abgerissenes Haus im Ortskern von

Stelle diente dem THW-OV Stelle-Winsen als ideales Objekt, um im Rahmen der Fachausbildung „Schwere Bergung“ Mauerdurchbrüche der verschiedenen Arten durchzuführen.

28 Helfer nahmen unter der Leitung von Ortsbeauftragten Peter Engel und Zugführer Hans-Peter Borchardt an der Aktion teil, bei der nicht Schnelligkeit, so Engel, sondern die exakte Ausführung nach dem Lehrbuch gefordert wurden.

Beim Durchbrechen von Mauern mit Aufbrech- und Bohrhammer, aber auch mit Hammer und Meißel, konnten die Helfer zeigen, daß sie im Ernstfall in der Lage sind, wirksame Hilfe zu leisten.

Wie schnell dieser Ernstfall eintreten kann, haben zwei Unglücke gezeigt, bei denen der Ortsverband eingesetzt wurde: In Tvelde war bei einer Gasexplosion ein Einfamilienhaus zusammengefallen; in Ochtmannsbruch mußte nach einer Gasexplosion aus einem Einfamilienhaus die Tochter des Eigentümers geborgen werden. R. B.

In letzter Minute gerettet

Nordhorn. Buchstäblich in letzter Minute haben sechs Helfer des THW-OV Nordhorn mit ihrem Mehrzweckboot einen Schwan gerettet, der von Spaziergängern mit einem Angelhaken in Schnabel und Hals aufgefunden worden war. Eine Angelschnur hatte sich zudem so um das Tier gewickelt, daß es ihm unmöglich geworden war, zu fliegen und Nahrung aufzunehmen.

Nachdem es den Helfern gelungen war, den Schwan von der Angelschnur zu befreien, flog er davon, konnte jedoch bald wieder eingefangen werden. In einer zwei Stunden dauernden „Operation“ wurde ihm der Angelhaken entfernt; und nach einigen Tagen Schonzeit im Nordhorner Tierheim konnte der Schwan wieder in die Freiheit zu seinen Artgenossen entlassen werden. R. B.

THW-OV Wunstorf fällt kranke Ulmen

Wunstorf. Mit einer Baumfällaktion im historischen Amtsgarten, in dem der THW-OV Wunstorf bereits im letzten Jahr tätig geworden war, wurden weitere vom Ulmensplintkäfer befallene Ulmen abgeholzt.

Schon frühmorgens waren 20 THW-Helfer des Ortsverbandes angerückt, um

die zum Teil stark angegriffenen Bäume zu beseitigen. Insgesamt wurden unter Einsatz aller verfügbaren Motorsägen 50 kranke Ulmen gefällt. Im Gegensatz zum Vorjahr handelt es sich zumeist um Bäume mit dünneren Stämmen, die den Helfern ein leichteres Arbeiten ermöglichen.

Kreisdirektor Kunze, der selbst mit Hand anlegte, teilte den Helfern mit, daß mit dieser Maßnahme vorerst ein Abschluß erreicht sei. Zwischenzeitlich seien bereits 100 Bäume neu angepflanzt worden, um so ein Gesamtbild zu erreichen, das in etwa dem alten Zustand entspreche. Ahorn, Eichen, Linden und Hainbuchen seien vorgesehen, die bei den Baumfällaktionen entstandenen Lücken zu schließen. R. B.

Neue Wege der Helferwerbung

Wittlage. Zur Gewinnung neuer Mitarbeiter im THW ist dem Ortsverband Wittlage etwas Besonderes eingefallen: In Zusammenarbeit mit der kommunalen Kreisvolkshochschule Osnabrück bietet er im Juni 1983 in der THW-Unterkunft die Veranstaltung „Wir bauen einen Tonnensteg“ an. In einem fünfständigen, kostenlosen Lehrgang, jeweils am Samstagnachmittag, sollen die interessierten Teilnehmer darin unterrichtet werden, wie Holzstangen und Seil ohne Nägel und Schrauben miteinander verbunden werden können.

Die Teilnehmer, die das Floß unter Anleitung selbst bauen sollen, erlernen dabei verschiedene Knotentechniken, die auch bei der Bootsführerscheinprüfung verlangt werden. Im Anschluß an die Montage soll die Tragkraft des Tonnenstegs auf einem Gewässer erprobt und zum Schluß die Bedienung eines Motorboots erklärt werden.

Als Ergebnis wird erhofft, daß einige der Teilnehmer sich als freiwillige Helfer beim THW verpflichten. R. B.

Nachruf

Im Alter von 54 Jahren verstarb am 12. Januar 1983 plötzlich und unerwartet unser Kamerad

Günther Nennung

15 Jahre lang war er dem THW-OV Goslar als aktiver Helfer in vorbildlicher und treuer Pflichterfüllung verbunden.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ortsbeauftragter und Helferschaft des THW-OV Goslar

Ein Einsatz besonderer Art

Berlin. Durch einen Anruf vom THW-Landesverband Berlin erhielt Zugführer Bernd Sommermeier vom 41. Bergungszug einen Einsatzbefehl besonderer Art: Bei einer Metallfirma im Norden Berlins war durch einen Bedienungsfehler ein Messing-Werkstück mit einem Druck von 600 Tonnen in eine Presse gedrückt worden. Da der Endschalter, eine kleine Klappe, herausgefallen war, merkte der Maschinenführer nicht, daß die Presse nicht in Ordnung war. Dadurch wurde das Werkstück über den Anschlag hinaus angepreßt.

Man versuchte nun, den Schaden selbst zu beheben und brannte mit Spezialbrennelektroden die Bolzen und Muttern frei. Dabei traten bei den Arbeitern Vergiftungserscheinungen auf, da sie ohne Atemschutz gearbeitet hatten. Sie mußten sofort ins Krankenhaus gebracht werden. Nach Rücksprache einer Spezialfirma wurde das THW Berlin gebeten, geeignete Atemschutzgeräteträger zu stellen.

Die Gruppenführer Müller und Gäsche fuhren mit einem GKW, einem IKW und je drei Helfern sowie dem notwendigen Atemschutzgerät zur Einsatzstelle, wo Saugschlauchgerät und Hitzeschutz einsatzbereit gemacht wurden. Nach Einweisung in die Sicherheitsanlagen nahmen die Helfer die Arbeit auf, die bis in die frühen Morgenstunden dauerte. Schließlich mußte die Arbeit eingestellt werden, da die Einsatzkräfte übermüdet waren und das Unfallrisiko zu groß wurde.

Später wurde das THW noch einmal alarmiert, um die Spezialisten der Firma zu unterstützen. Der Einsatz konnte gegen 15.00 Uhr erfolgreich beendet werden. B. S.

Praktische Zusammenarbeit mit den Berliner Wasserwerken

Berlin. Für zwei Tage hatte der Zugführer des Instandsetzungszugs 21 des THW-Bezirksverbandes Spandau zu einer Sonderausbildung mit den Berliner Wasserwerken (BWW) eingeladen. 15 Helfer des BV Spandau, vier Helfer des BV Charlottenburg/Wilmersdorf, drei Gäste vom ASB und ein Rohrleger der BWW nahmen an dieser Ausbildung teil. Jeder Rohrbruch bis Nennweite 200 mm sollte entgegengenommen werden. Die telefonische Verbindungsstelle zwischen THW und BWW übernahm der Zugführer.

Der erste Anruf der Leitstelle der BWW kam um 19.30 Uhr; es war ein Einsatz

für einen Hausanschluß 25er Stahlrohr (Wasser auf dem Gehweg).

Mit einem ITrKW der GW-Gruppe machten sich neun THW-Helfer auf den Weg zur Einsatzstelle. Sie wurden unterstützt von einem Spezialfahrzeug der Berliner Wasserwerke mit Aufbruchwerkzeugen. Mit dem Gesteinsbohrhammer wurden auf dem Fahrdamm ca. zwei Quadratmeter Fahrbahndecke aufgestemmt und ein Baugraben bis zur Schadensstelle geschachtet. An der Stahlleitung stellte man ein bleistiftgroßes Loch fest. Das beschädigte Stahlrohr wurde teilweise ausgewechselt und durch ein Langgewinde und einen Rohrnippel erneuert. Abschließend konnte der Baugraben wieder verfüllt, verdichtet und mit Kalt-Asphalt überzogen werden. Die Arbeit war um 0.30 Uhr beendet; die Helfer fuhren zum Bezirksverband zurück.

Der zweite Anruf der Leitstelle kam um 8.00 Uhr: „Wasser auf Gehweg“ in Charlottenburg, Zillestraße. Betroffen war eine 100-mm-Versorgungsleitung (Gußeisen). Die 2. Gruppe der THW-Helfer und die drei Helfer des ASB fuhren zur Schadensstelle. Auf dem Gehweg wurde ein Baugraben geschachtet und der Rohrschaden freigelegt; es war ein Rundriß in der Leitung. Das Rohr um die Schadensstelle wurde gesäubert, ein geteiltes U-Stück DN 100 herumgelegt und angeschraubt. Anschließend wurde der Baugraben verfüllt und verdichtet. Der Einsatz war um 13.00 Uhr beendet.

Für die Helfer des Instandsetzungszugs waren diese Einsätze eine Bereicherung ihrer Ausbildung. M. F.

Bergungsübung für junge THW-Helfer

Menden. Kaum ein Passant bemerkte die rege Betriebsamkeit auf einem alten

Fabrikgelände am Karnacksweg. Dabei wurde dort gerade der Katastrophenfall simuliert: Die THW-Truppführer aus dem benachbarten Menden und 25 Helfer stellten ihre Kenntnisse unter Beweis. Die alte Fabrikhalle am Karnacksweg war ideal. Da gab es eingestürzte Decken, ein versperrtes Treppenhaus, und Helfer mimten verletzte Personen, die sich in Gefahr befanden.

Die jungen Helfer sind unterschiedlich lange beim THW, und dementsprechend verschieden ist auch ihr Ausbildungsstand. Während sich ein Trupp noch mit der Ausstattung des MKW vertraut machte, konnte eine andere Gruppe bereits einen Deckendurchbruch mit der Hydropresse in Angriff nehmen.

„Hier finden unsere Jungs alles, um sich auf die 1. Zwischenprüfung vorzubereiten“, meinte Gruppenführer Werner Albrecht! Um es ihnen nicht zu leicht zu machen, hatte er vorher einiges präpariert. „Was nützt uns eine intakte Treppe, wenn wir lernen sollen, einen Höhenunterschied nach erschwerten Bedingungen zu überwinden?“ Nach dem Motto „Warum einfach, wenn's auch schwer geht!“ wurde zusätzlich die Eingangstür blockiert. Als „normaler“ Einstieg diente jetzt das Fenster im zweiten Stock.

Mit Hilfe einer Seilbahn wurde u. a. auch eine Puppe aus dem 3. Stock des Fabrikgebäudes geborgen. Zwar versicherten die Helfer, daß auch lebende Personen unversehrt unten ankommen würden, aber die Puppe muß auf ihrer Bergabfahrt tausend Tode gestorben sein. Etliche Male blieb sie an der Regenrinne hängen und wurde von oben kräftig hin und her geschüttelt. Sie „starb“ am Ende der Aktion an den Schockwirkungen.

Das Fazit der Übung: Die Ausbilder wissen jetzt ganz genau, an welchen Stellen es noch hapert. K. H.

Mit Hilfe einer Seilbahn wird eine Puppe geborgen.

(Foto: Haape)



Nachruf

Am 22. Februar 1983 starb im Alter von 57 Jahren der Mitbegründer des THW-OV Bottrop

Johannes Norek

Er war bis zu seinem schweren Unfall als ehrenamtlicher Kraftfahrer und Koch eine große Stütze des Ortsverbandes.

Nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Helferkreis blieb der Verstorbene dem THW bis zuletzt kameradschaftlich eng verbunden.

Die Helfer des Ortsverbandes haben mit ihm einen guten und treuen Freund verloren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des THW-OV Bottrop

Ausbildung für THW-Helfer in einem Industriebetrieb

Frankfurt. 15 Helfer aus den THW-OV Frankfurt, Hofheim und Oberursel besuchten vier Monate lang, jeweils samstags, einen Ausbildungslehrgang „Elektrotechnik“ einer namhaften Firma in Frankfurt-Höchst. Initiator des Pilotprojektes war Dipl.-Ing. Hellmuth Daniels, Mitarbeiter der Firma und THW-Kreis- und Ortsbeauftragter für Frankfurt.

Die Firmen-Ausbilder für den Elektrobereich, Herbert Bucks und Karl-Heinz Emmerich, erläuterten die Theorie und zeigten in der Praxis die Montage von Kabelverbindungen verschiedenster Art, Aufbau von Stromkreisen mit unterschiedlichen Abnehmern u. ä. Samstag für Samstag blickten sie den THW-Helfern über die Schulter, erklärten, halfen mit und kontrollierten die einzelnen Handgriffe.

Da gerade bei der Ausbildung der Helfer in speziellen Fertigkeiten, wie hier in der Elektrotechnik, die optimalen Schulungsmöglichkeiten im THW-Bereich fehlen, ist diese Art der Schulung in einer elektrotechnischen Lehrwerkstatt eines Industriebetriebes eine sehr gute Ergänzung der praktischen Tätigkeiten in den Einheiten.

Die Schulung in einer elektrotechnischen Lehrwerkstatt eines Industriebetriebes ist für die Helfer eine wertvolle Ergänzung ihrer Ausbildung.
(Foto: Schwepfinger)



Einsätze verschiedenster Art und Größe in Schadensgebieten im In- und Ausland haben gezeigt, wie wichtig es ist, daß gerade die Helfer des Instandsetzungsdienstes ihr umfangreiches Aufgabengebiet beherrschen.

Der Erfolg, den diese 36stündige Spezialausbildung brachte, hat bereits dazu geführt, andernorts ähnliche Kurse zu planen. I. Sch.

Thermalbad wurde Raub der Flammen

Bad Homburg/Oberursel. Durch einen Großbrand wurde das modernste und luxuriöseste Thermalbad Deutschlands, die Taunus-Therme in Bad Homburg, zum großen Teil zerstört.

Um 0.54 Uhr wurde das Feuer von einem Anwohner entdeckt. Mit 27 Rohren und vier Wasserwerfern waren alle Stadtteilwehren sowie zwei Löschzüge der Berufsfeuerwehr Frankfurt im Einsatz. Insgesamt wurden ca. 200 Helfer von Feuerwehr, DRK und THW eingesetzt.

Die 27 THW-Helfer übernahmen die Ausleuchtung der südwestlichen Seite der Einsatzstelle. Hier wurde ein Teleskoplichtmast sowie mehrere Einzelscheinwerfer mit drei Stromerzeugern aufgebaut. Weitere Aufgabe war das Auftrennen der Dachkonstruktion auf einer Länge von ca. 70 Metern mit Motorsägen und Brechwerkzeugen. Dies war notwendig, um die unter dem heruntergestürzten Kupferdach befindlichen Brandnester löschen zu können.

Da das Thermalbad von zwei Seiten von großen Rasenflächen umgeben ist, mußte ein Teil der Löschfahrzeuge auf die Wiese fahren, um nahe genug an das Objekt heranzukommen. Dies hatte zur Folge, daß sich drei Fahrzeuge festfuhren. Das THW zog mit seinem GKW die Fahrzeuge wieder auf den befestigten Weg.

Durch den starken Löschwasseranfall wurden die im Keller befindlichen technischen Räume überflutet. Hier setzte

die Berufsfeuerwehr Tauchpumpen mit einer Förderleistung von 3000 Litern ein. Die Stromversorgung dieser Pumpen erfolgte durch ein Stromaggregat des THW. Diese THWeigene Ausstattung hat sich damit zum wiederholten Male im Einsatzfall bewährt.

Im Laufe des Vormittags mußte noch ein stehengebliebenes Dachteilstück mit Greifzügen in eine andere Lage gebracht werden, damit keine Gefahr davon ausgehen konnte.

Durch den Verbrauchsgütertrupp wurden die eingesetzten Löschfahrzeuge, Pumpen, Stromerzeuger etc. mit Kraftstoff versorgt. Die Versorgung der Einsatzkräfte mit Speisen und Getränken übernahm das THW und die Berufsfeuerwehr Frankfurt.

Der Einsatz brachte für alle Beteiligten neue Erkenntnisse bei größeren Schadenslagen. W. R.

Spielplatzbau erfolgreich abgeschlossen

Wiesbaden. Ein seit Mai 1982 geplantes Vorhaben fand jetzt seinen erfolgreichen Abschluß. Damals wurde der THW-OV Wiesbaden vom Kirchenvorstand der Oranier-Gedächtnis-Kirchengemeinde um Unterstützung gebeten. Schon lange war der Bau eines Kinderspielplatzes geplant, doch immer wieder scheiterte die Verwirklichung.

Da der II. Bergungszug über genügend Erfahrungen auf diesem Sektor verfügt, erhielt er den Auftrag zur Planung und Durchführung. Die Kinder hatten inzwischen angegeben, was sie wollten. Der Plan enthielt ein Fort, auch ein Wackelsteg sowie eine Rutsche sollte natürlich nicht fehlen und, und . . .

Kostenvoranschläge wurden eingeholt, verglichen, umgeplant, bis einer Verwirklichung nichts mehr im Wege stand. An acht aufeinanderfolgenden Sonntagen fertigten die THW-Helfer einen Spielplatz, der sich sehen lassen kann. M.

Nachruf

Am 5. Februar 1983 verstarb unser Kamerad und Mitbegründer des THW-OV Melsungen

Adam Dippel

Er war uns als Kamerad und Mensch ein gutes Vorbild.

Ortsbeauftragter Rudolf Schiller
Zugführer Claus Gück

Abschlußprüfung bestanden

Bad Neuenahr-Ahrweiler. Endlich war es so weit: Nach einer fast zweijährigen Grundausbildung konnten 15 Helfer des THW-OV Bad Neuenahr-Ahrweiler zeigen, was sie gelernt hatten. Unter der Aufsicht der Hauptsachgebietsleiter Karlheinz Geiger, Ausbildung, und Wolf Dieter Veyhelmann, Einsatz, vom THW-Landesverband Rheinland-Pfalz wurde auf dem Unterkunftsgelände die Abschlußprüfung durchgeführt.



Die Holzbearbeitung gehört mit zu den Prüfungsaufgaben.



Auch der Gesteinsbohrhammer muß fachkundig bedient werden. (Fotos: Vollrath)

Aus den 13 Teilbereichen der Grundausbildung waren zunächst ausgesuchte Fragen in der schriftlichen Prüfung zu beantworten. Hinzu kam ein Parcours für die praktische Prüfung. Es galt, bei der Holzbearbeitung Zapflöcher zu stemmen, Pfähle anzuspitzen und die Handhabung der Motorsäge zu demonstrieren. Aber auch der Gesteinsbohrhammer und das Trennschleifgerät mußten sicher und fachkundig bedient werden.

Der Umgang mit Steckleitern und Atemschutzmaske sollte ebenso „sitzen“ wie die Handhabung der Starklichtlaterne und das Ausleuchten einer Schadensstelle mit Flutlichtstrahler und Notstromaggregat. Bei nicht funktionsfähigen Geräten mußte die Fehlerquelle beseitigt werden.

Besonderen Wert legten die Prüfer und die Angehörigen des THW-Landesverbandes auf die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften.

Alle Helfer, die mit viel Elan und gutem Wissen über den Parcours gingen, haben die Abschlußprüfung der Grundausbildung glänzend bestanden. W. K.

Einsatzübung „Harte Weiche“

Saarburg/Trier. Die Bundesbahndirektion Saarbrücken führte an einem Wochenende auf dem Gelände des Bahnhofs Konz eine zweitägige Einsatzübung durch. Daran waren u. a. die Bundeswehr, die Polizei, die alliierten Streitkräfte und die im Kreisgebiet mitwirkenden Katastrophenschutz-Organisationen beteiligt. Ziel der Übung war es, die Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Bundesbahn und allen Einrichtungen, die in Katastrophenfällen der Bundesbahn Hilfe leisten können, zu erproben.

Am ersten Tag fand ein Planspiel statt, bei dem eine Vielzahl von Unfällen und die hierbei möglichen Hilfeleistungen durchgespielt wurden.

Der zweite Tag galt dem praktischen Einsatz, wofür die Bundesbahn ausgezeichnete und wirklichkeitsnahe Voraussetzungen geschaffen hatte. Morgens um 9.30 Uhr rückte der Bergungszug des THW-OV Saarburg sowie ein Bergungszug des THW-OV Trier im Bereitstellungsraum Konz, Marktplatz, an. Etwa gegen 10.45 Uhr kam für den Bergungszug Saarburg der Einsatzbefehl, zum Bahnhofsgelände in Konz-Karthaus auszurücken. Nach Eintreffen auf dem Gelände meldete sich Zugführer Franz Henscheid bei der TEL und erhielt dort seine Anweisungen.

Gemeinsam mit der Feuerwehr und den Sanitätseinheiten sollten „Verletzte“ aus zwei umgestürzten Personenwaggons geborgen werden. Da die Waggons seitlich umgekippt auf einer Böschung lagen, war die Bergung der „Verletzten“ erheblich erschwert. Es bestand die Gefahr, daß die Waggons absanken.

Die THW-Helfer setzten als erstes auf jeder Seite mehrere Winden unter und stützten die Waggons so ab, daß sie fest verankert waren. Diese Maßnahme wurde durch Greifzüge unterstützt. Dann erst konnten die Helfer das Innere der

Waggons besteigen, um die „Verletzten“ zu bergen und sie an die Sanitätseinheiten zu übergeben.

Inzwischen hatte auch der Bergungszug des THW-OV Trier seine Einsatzbefehle bekommen. Zugführer Sven Hammerbeck erhielt den Auftrag, entgleiste Güterwagen wieder aufzugleisen. Bei dieser Aufgabe war die Übungsleitung zunächst sehr skeptisch, da man annahm, daß diese Aufgabe ohne das bei der Bundesbahn vorhandene Spezialgerät kaum gelöst werden könne.

Die THW-Helfer bewiesen jedoch, daß ihre Ausbildung sie in die Lage versetzt, auch außergewöhnliche Aufgaben zu lösen. In kürzester Zeit waren die Waggons mit Winden und sonstigem Hebegerät aufgégeist.

Nach Erfüllung ihrer Aufgaben meldeten sich gegen 12.30 Uhr beide Bergungszüge bei der TEL ab und wurden in den Bereitstellungsraum zurückbeordert. Die THW-Helfer gewannen bei dieser Übung die Sicherheit, auch bei Sondereinsätzen, die auf Bahngelände gewissen Eigengesetzlichkeiten unterliegen, den an sie gestellten Anforderungen gerecht werden zu können.

THW-Einsatz für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Völklingen. Auf halber Höhe über La Broque/Schirmeck in den Vogesen, vor dem Steinwall, der den Soldatenfriedhof des Ersten Weltkriegs gegen die kurze Zufahrt von der Straße her abschirmt, hält unser Kombi. Acht THW-Helfer –



Mit Schwamm und Scheuerlappen werden die Kreuze gereinigt. (Foto: Sperling)

Junghelfer und Aktive – stehen vor ihrem Einsatzort. Die laute Fröhlichkeit während der Anfahrt ist verstummt. Eine kurze Anweisung genügt, Wassereimer, Schwämme, Scheuerlappen werden ausgeladen und verteilt. Jeder beginnt mit seiner Arbeit, reinigt Reihe für Reihe die Kreuze vom Schmutz. Der leichte Nieselregen behindert die Arbeit zwar nicht, läßt aber die Frage aufkommen, ob sie zu Ende gebracht werden kann, denn die Emulsion kann nur aufgetragen werden, wenn die Kreuze trocken sind.

Der erste Arbeitsgang geht zu Ende. Mit Bürsten werden Wasser- und Schwammreste abgefegt. Der Regen, aber auch der Wind hat nachgelassen. Die Kreuze trocknen nicht. Behelfsmäßig werden einige lange Reihen mit Nylonplanen abgedeckt. Das nicht mehr benötigte Gerät wird am Ablageplatz zusammengetragen. Ein Kontrollgang ergibt, daß die Kreuze immer noch nicht trocken sind. Endlich beginnt der Wind aufzufrischen, die Planen blähen sich kräftig. Hoffnung regt sich. Die Emulsion wird bereitgestellt, die Wannen gefüllt, Pinsel und Rollen liegen griffbereit, die Arbeitsgruppen finden sich zusammen. Ein weiterer Kontrollgang: es geht!

Die Gruppen verteilen sich über die ersten Reihen. Bald gehen die Handgriffe automatisch. Reihe um Reihe wird fertig. Leichtes Nieseln setzt wieder ein. Alle finden sich an den ungeschützten letzten Reihen zusammen. Die Pinsel und Rollen eilen über die Kreuze.

Der Wind ist wieder eingeschlafen, die Planen hängen schlaff über den Kreuzreihen. Stück für Stück werden sie zurückgeschlagen und die Kreuze gestrichen.

Die letzten Kreuze – fertig! Erleichterung und Stolz, daß wir es doch geschafft haben. Werkzeuge und restliches Material werden verladen, es heißt „Aufsitzen“ – zur Rückfahrt nach Bergheim.
N. S.

Vorentscheidung zum THW-Landeswettkampf

Emmendingen. Grau war an einem Samstag auf dem Gelände der Reithalle Kenzingen die dominierende Farbe – nicht nur wegen des starken Nebels. In grauen Arbeitsanzügen tummelten sich etwa 120 Helfer des THW, die an der Regionalauscheidung der Instandsetzungszüge aus den Geschäftsführerbereichen Freiburg und Offenburg teilnahmen.

Neben dem Gastgeber, dem Ortsverband Emmendingen, beteiligten sich an dieser Vorrunde zum THW-Landeswettkampf

THW-Helfer beim Bau eines Wassernetbehälters. (Foto: Walser)



kampf 1983 I-Züge aus Freiburg, Offenburg und Titisee-Neustadt. Der Sieger der Regionalauscheidung – der THW-OV Offenburg – nimmt nun am Landeswettkampf in Horb teil. Nach überzeugendem Start reichte es dem Emmendinger I-Zug nur für den vierten und damit letzten Platz.

Für die Helfer des THW-OV Emmendingen begann der Tag sehr früh. Dicke Nebelschwaden und Temperaturen um den Gefrierpunkt machten die Vorbereitungen auf dem Wettkampfgelände nicht gerade zu einem Vergnügen. Noch vor dem Eintreffen der Teilnehmer galt es, Wettkampfbahnen einzurichten, Material zu verladen und Kunststoffwasserbehälter aufzufüllen, die im „Spiel“ um den Sieg eine zentrale Rolle einnehmen sollten.

Unter Aufsicht von THW-Geschäftsführer Thöni wurden die Schiedsrichter aus den „neutralen“ Ortsverbänden Karlsruhe, Baden-Baden, Schramberg, Rheinfelden und Bad Säckingen durch Auslosung für die einzelnen Stationen der Wettkampfbahnen eingeteilt.

Genau um 10.08 Uhr fiel der Startschuß. Die Aufgabe bestand in der Instandsetzung einer Wasserversorgungsleitung, durch die Wasser aus den bereitgestellten Kunststoffbehältern mit Hilfe einer Umfüllpumpe in einen zu errichtenden Notbehälter zu pumpen war.

Die Elektro-Trupps hatten dabei die Aufgabe, eine Notstromversorgung aufzubauen. Neben dem Ausleuchten des Übungsorts galt es, einen Kabelschaden durch Einbau einer Gießharzmuffe zu beseitigen und zwei Kabelübergangskästen anzubringen.

Die Wassertrupps mußten einen Schaden in der Wasserversorgungsleitung beheben, hierbei an beiden Enden des Stahlrohrs ein Gewinde schneiden und die Versorgungsleitung anschließen.

Aus Holzbohlen war ein Wasserbehälter behelfsmäßig von den Abwassertrupps der teilnehmenden I-Züge zu fertigen. Der eingebaute Schaden an der Kunststoffrohrleitung war durch den Bau einer behelfsmäßigen Wasserführung aus Holz zu beseitigen. Abdichtarbeiten wa-

ren zu verrichten, der Notbehälter mußte mit Rödeldraht fest verzurt und abgesichert werden.

Die Zugtrupps schließlich mußten eine Zugbefehlsstelle einrichten und die Einsatzaufträge an die Teileinheiten geben, Zwischenmeldungen und die Abschlußmeldung anfordern.

Nicht Geschwindigkeit allein war gefragt, sondern vor allem Präzision und die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen. Für Nichtbeachten der Unfallverhütungsvorschriften gab es vom Schiedsgericht Punktabzug.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen im Gemeindesaal Hecklingen gab THW-Geschäftsführer Thöni die Platzierung bekannt. Platz eins belegte der THW-OV Offenburg mit 36,5 Fehlerpunkten vor dem I-Zug aus Freiburg (65,5 Fehlerpunkte). Die THW-Helfer aus Titisee-Neustadt kamen auf Platz drei und verwiesen damit den Gastgeber Emmendingen auf den vierten Platz. Der I-Zug aus Offenburg qualifizierte sich damit für die Endausscheidung des THW-Landeswettkampfs in Horb.
E. W.

THW baute Dachkonstruktion

Rottenburg. In den späten Abendstunden brach in einer Rottenburger Strickwarenfabrik aus ungeklärter Ursache ein Feuer aus, das große Teile des Betriebs zerstörte. Obwohl die Freiwillige Feuerwehr Rottenburg-Mitte schnell an der Brandstelle war und das Feuer rasch unter Kontrolle hatte, entstand doch ein Schaden in Millionenhöhe.

Eingelagerte Kunststoffgarne und eine große Menge von Kunststoffartikeln im angegliederten Sportfachgeschäft entwickelten eine so enorme Hitze, daß die Fenster barsten und das Dach der Maschinenhalle, eine Nagelbinderkonstruktion gedeckt mit Wellasbestplatten, großflächig zerstört wurde.

Das war der Startschuß für den THW-OV Rottenburg: Keine 24 Stunden nach Feuerausbruch hatte die Maschinenhalle ein neues Dach. Unter der fachkundigen

Leitung von Zugführer Karl-Heinz Baur ersetzen die Helfer die zerstörten Nagelbinder durch Steidleträger mit je sieben Metern Länge, verbanden sie mit Brückenbaubohlen und legten große Plastikbahnen darüber.

THW-Geschäftsführer Eissler war von dieser Konstruktion, die eigentlich vom Brückenbau stammt, genauso angetan wie die Herren der Brandversicherung, die letztlich Auftraggeber für das THW waren.

W. P.

Sturm deckte Dächer ab

Schwäbisch Gmünd. Zu großen Sturmschäden kam es im Gewerbegebiet Güglingen: Ein Orkan deckte einen Teil der Dächer ab. Bereits am Nachmittag mußten einige Betriebe beim THW-OV Schwäbisch Gmünd Sandsäcke ausleihen, um mit Planen und den Säcken die Gebäude wenigstens provisorisch abzudichten.

Auch bei den THW-OV Ellwangen und Heidenheim wurde Material angefordert. Der Werkschutz der ortsansässigen Zahnradfabrik half mit 200 Säcken aus, so daß das Dach einer Metallfirma provisorisch abgedichtet werden konnte. Das in die Innenräume eingedrungene Wasser wurde anschließend beseitigt.

Hervorragend bewährt hat sich bei diesem Einsatz der zwölf Meter hohe hydraulische Lichtmast mit 12000 Watt Leistung, den das Gmünder THW selbst konstruiert und gebaut hatte.

E. P.

Trafohäuschen gesprengt

Rheinfelden. Der THW-OV Rheinfelden sprengte eine Trafostation, die im Bereich einer Kanaltrassenplanung lag und deshalb entfernt werden mußte. Der günstige Standort am Rande einer Kiesgrube forderte geradezu heraus, mit Hilfe der Fallschlitzmethode das Gebäude in die aufgelassene Grube zu sprengen.

Vorher mußte THW-Kreisbeauftragter und Sprengmeister Klaus Schrenk mit seinen Helfern 37 schräg verlaufende Bohrlöcher stemmen, mit den entsprechenden Sprengstoffladungen versehen



Das Trafohäuschen im Augenblick der Sprengung. (Foto: Schneeberger)

und mit Lehm verdämmen. Um das Gebäude wurde aus Faschinen ein Splitter-schutz gelegt. Dann konnte das Trafohaus gesprengt werden.

K. Sch.

Orkansschäden beseitigt

Schramberg. Viel Schaden richtete ein orkanartiger Sturm an, der zwei Tage lang die Umgebung von Schramberg heimgesucht hatte. Teilweise erreichten die Sturmböen so hohe Geschwindigkeiten, daß sogar in der Talstadt Schramberg Bäume entwurzelt wurden.

Besonders die Autofahrer bekamen die Naturgewalten zu spüren, denn sie mußten immer wieder einen Parcours um abgerissene Äste und Baumwipfel fahren. Die Zufahrt nach Schramberg auf der Alten Steige war zeitweilig an mehreren Stellen durch umgestürzte Stämme blockiert.

Kurz vor 18.00 Uhr rückte der THW-OV Schramberg aus, um die Stämme von den Fahrbahnen wegzuräumen. Auch in der Stadt war die Hilfe des THW gefragt: Eine rund 20 Meter hohe Tanne war durch eine starke Windböe entwurzelt worden und auf das ehemalige Volksbankgebäude zwischen Realschule und Kurpark gefallen. Dabei entstand am Dach des alten Backsteingebäudes erheblicher Sachschaden.

Bei strömendem Regen und niedrigen Temperaturen zersägten die THW-Helfer den umgestürzten Baum Stück für Stück.

Warndienst



Abschiedsfeier für den bisherigen Oberwerkmeister Lotze, Warnamt II, Bassum: Frau Lotze, Oberwerkmeister Lotze, Werkmeister Abel und der frühere Leiter des Warnamtes, Mehnert (von links).

(Foto: Schmale)



Nachruf

Am 11. Februar 1983 verstarb der Leiter der WD-Leitmeßstelle 93

Hans Meixner

plötzlich und unerwartet an seinem 60. Geburtstag.

Meixner gehörte dem Warndienst seit 1967 an. 1978 wurde er als Mitarbeiter in besonderer Funktion Leiter der WD-Leitmeßstelle 93. Die WD-Ehrennadel mit Goldrand, die ihm am 22. Februar 1983 für sein außerordentliches Engagement überreicht werden sollte, konnte er nicht mehr entgegennehmen.

Die Kollegen und Helfer der WD-Leitmeßstelle 93

Die Mitarbeiter des Warnamtes IX



DRK bei der „boot '83“ in Düsseldorf

100 Jahre Wasserrettungsdienst des DRK

Aktionen und Attraktionen mit Stars und Prominenten

Im Rahmen der internationalen Ausstellung „boot '83“ in Düsseldorf war das Deutsche Rote Kreuz mit einem repräsentativen Stand vertreten und eröffnete damit eine Veranstaltungsreihe zum hundertjährigen Jubiläum des Wasserrettungsdienstes des DRK. Den Besuchern wurde u. a. das 1982 von Dr. Veronika Carstens, der Gattin des Bundespräsidenten, getaufte und inzwischen weiterentwickelte DRK-Rettungsboot „Rotkreuz I“ vorgestellt.

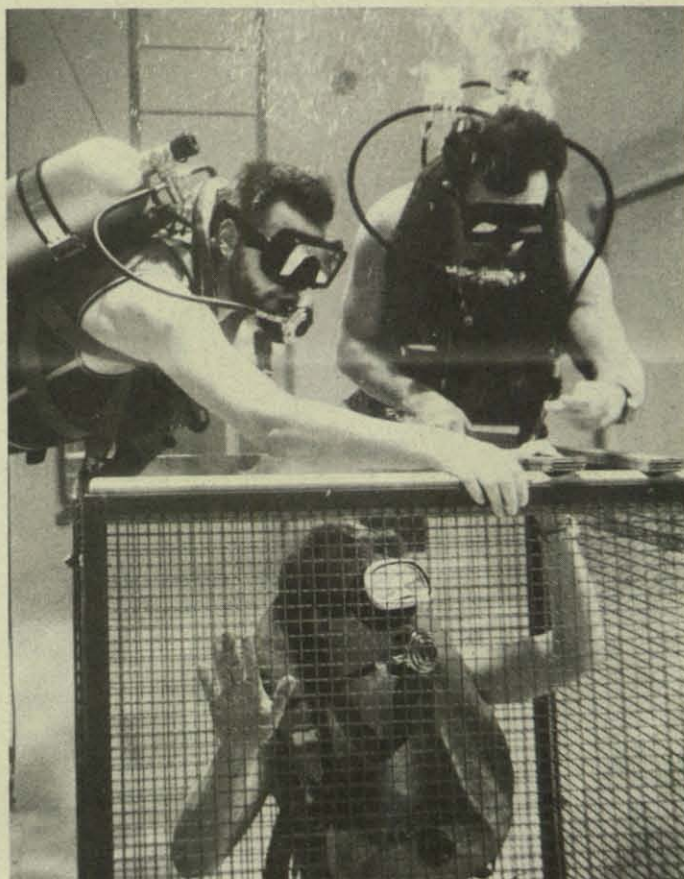
Jeden Tag war auf dem DRK-Messestand, der vom DRK-Landesverband Nordrhein und ehrenamtlichen Helfern aus zahlreichen Kreisverbänden personell besetzt war, etwas los. Um Informationen über das hundertjährige Jubiläum des DRK-Wasserrettungsdienstes, über Erste Hilfe und sonstige Rotkreuzarbeit den Ausstellungsbesuchern mitzuteilen, wurden viele Wege gewählt: Künstler und Sportler traten u. a. in gemeinsamen Aktionen mit einer Düsseldorfer Tageszeitung auf. Außerdem veranstalteten das DRK und die Zeitung ein Quiz, an dem 12000 Besucher teilnahmen. Den Hauptpreis, ein komplettes Surfboard mit Segel im Wert von 2500 DM, gewann der 13jährige Lutz Christ aus Düsseldorf-Hellerhof.

Bei weiteren Aktionen am Info-Stand (Computer mit Erste-Hilfe-Fragen in acht Sprachen, Sonderpostamt mit Sonderstempel und Sonderbriefen zum Wasserwacht-Jubiläum, Nostalgie-Fotos) hatten die Rettungsschwimmer immer „volles Haus“, wenn sie zum Regatta-becken oder zum Tauchturm einluden. Wassergymnastik mit 32 Akteuren, Badeunfälle gestern und heute, Rettungsleinen-Staffeln mit Messegästen, Befreiungsaktionen der Taucher aus einem unter Wasser zusammengenagelten Käfig – das waren die Attraktionen, die das DRK auf der „boot '83“ bot. Außerordentlich erfolgreich, wie das große Publikumsinteresse bewies und wie Messe-Fachleute anerkennend bestätigten.

Dank und Anerkennung zollte das DRK den Verantwortlichen der Düsseldorfer Messeleitung. Der Präsident des DRK-



Oben: Wassergymnastik gehörte zum Aktionsprogramm des DRK auf der „boot '83“. (Foto: Gläser)



Rechts: Befreiung aus einem unter Wasser zusammengenagelten Käfig demonstrierte die DRK-Wasserwacht.

Landesverbandes Nordrhein, Dr. Norbert Fischer, überreichte dem Chef der NOWEA, Kurt Schoop, das DRK-Ehrenzeichen, während der Objektleiter der „boot '83“, Abdul R. Adib, und die Objektreferentin, Hannelore Faulstich, die Verdienstmedaille des DRK-Landesverbandes Nordrhein erhielten.

Künstler warben für das Rote Kreuz

Frank Zander weiß, was die Wasserwacht wert ist: Er hat selbst einmal einen Bootsunfall erlebt, nach eigenen Bekundungen dabei jede Menge Wasser geschluckt – und ist gerettet worden. Grund genug für ihn, einer Einladung der DRK-Wasserwacht auf den DRK-Stand bei der „boot '83“ in Düsseldorf spontan zu folgen. Mit seinem strubbelligen Maskottchen „Herr Feldmann“ stellte sich Frank Zander einem Interview, ließ sich im Rettungsboot einweisen, gab Autogramme – und die Rotkreuzler mußten beim Ansturm der Fans allerhand tun, um ihr Schiff „auf Kurs“ zu halten . . .

Max Schautzer und Fußballer Klaus Alloffs sind, wie sie im Interview „gestanden“, eifrige Blutspender. Tony Marshall ist ausgebildeter Rettungsschwimmer. Roland Kaiser, Andrea Jürgens, „De Hohner“, Willy Hagara, Bruce Low, Isabel Varel, der Berliner Sänger Bert Beel, Hein Mück aus Bremerhaven, Käpt'n Lu aus Duisburg, Hennes Schöner, Peter Kraus, das Kölner Eilemann-Trio und viele andere Show-Prominente, sie alle kennen das Rote Kreuz – teilweise aus eigener Erfahrung.

Sie stellten sich in den Dienst der guten Sache. Und empfahlen, wie etwa Max Schautzer, dem interessierten Publikum: „Einmal einen Erste-Hilfe-Kursus mitmachen, ist gut. Aber das reicht nicht. So einen Lehrgang muß man alle paar Jahre wiederholen.“

Such- und Trägergruppen
im Einsatz

Katastrophe im Kuppinger Wald

Helfer aus dem Oberen Gäu
übten in unwegsamem Gelände



Ziehung der Gewinner bei dem Quiz; als erster Preis winkte ein komplettes Surfboard.



Frank Zander erfüllte am DRK-Stand die zahlreichen Autogrammwünsche der Fans. (Fotos: Gläser)

Die Sonne hatte im Osten gerade schüchtern für einen Moment über den Horizont geblinkt, als im Waldteil „Zigeunerberg“ hinter dem Kuppinger Sportplatzgelände eifrige Aktivitäten begannen. Dies war der Auftakt einer großangelegten Such- und Hilfeaktion des Sanitätszuges 3 innerhalb der Kreiseinsatzinheit des DRK, dem Helfer aus dem ganzen Oberen Gäu angehören.

Zunächst erschien bei der Kuppinger Jagdhütte die Bereitschaft Kuppinger mit Bereitschaftsführer Helmut Feuerbacher. Es wurde beschlossen, bei der Jagdhütte den Hauptverbandsplatz ein-

zurichten, und man begann sofort mit dem Aufbau der ersten Zelte.

Als sich kurze Zeit später Bereitschaftsführer Friedrich Dengler mit 46 Helfern der DRK-Bereitschaft Mötzingen zur Stelle meldete, erfuhr man von Bereitschaftsführer Feuerbacher, mit welcher Situation die Helfer fertig zu werden hatten: Am frühen Morgen war eine Projektgruppe der Schule mit Waldarbeitern in den „Zigeunerberg“ gegangen, um sich ein Bild von den notwendigen Pflegearbeiten zu machen. Ein plötzlich aufkommender heftiger Sturm brachte mehrere Tannen zu Fall, wobei zahlrei-

che Schüler und Waldarbeiter verletzt wurden. Andere zogen sich bei Fluchtversuchen in dem unwegsamen und zum Teil sehr steilen Gelände Verletzungen zu.

Die Verantwortlichen beschlossen, eine gezielte, systematische Suchaktion einzuleiten, da nicht bekannt war, wo die Verletzten genau lagen und mit welcher Anzahl man zu rechnen hatte. Es bildeten sich acht Such- und Trägergruppen mit je fünf Mann, die den dichtstehenden Hochwald durchkämmten, während am Hauptverbandsplatz weitere Zelte aufgestellt wurden und man sich auf eine Versorgung der Verletzten vorbereitete. Die Verbindung zwischen den Einsatzkräften, den Sankas und dem Hauptverbandsplatz wurde mit Funkgeräten aufrechterhalten.

Es zeigte sich bald, daß das Gebiet, in dem die Verletzten vermutet wurden, nicht nur wegen des Unterholzes, sondern auch wegen einer sehr steilen Hanglage erhebliche Schwierigkeiten bei der Verletztenbergung bereiten würde. Aus diesem Grund wurde angeordnet, daß sämtliche Trägergruppen, die die Verletzten über den Steilhang zu den wartenden Fahrzeugen bringen mußten, durch einen fünften Mann am Seil zu sichern seien.

Als die ersten Verletzten gefunden wurden, begann man sofort mit der Hilfeleistung. An den Funkgeräten konnte man verfolgen, wie groß die Aktivitäten der Helfer waren. Angesichts der großen Zahl der Verletzten hatte man Mühe, einen Überblick zu behalten. Zum Teil waren es schwere Verletzungen, bei denen die Helfer sofortige Maßnahmen einleiten mußten. So hatte man neben Knochenbrüchen eine schwere arterielle Blutung zum Stillstand zu bringen und einen Verletzten, der infolge einer Brustquetschung akute Atemnot hatte, zu befreien und zu versorgen.

Mit den Suchmannschaften war der Arzt der Bereitschaft Kuppigen, Dr. Karlheinz Ruckaber, unterwegs, um die notwendigen ärztlichen Sofortmaßnahmen zu gewährleisten, während der Arzt der Bereitschaft Mötzingen, Dr. Kurt Karlitzki, am Hauptverbandsplatz die Verletzten übernahm, um diese zusammen mit DRK-Helfern weiter zu versorgen und zu registrieren.

Der große Einsatz der DRK-Helfer führte noch am frühen Vormittag zum Erfolg: Insgesamt konnten 15 Verletzte gefunden, geborgen und versorgt werden. Bei der nachfolgenden Übungsbesprechung, die am Hauptverbandsplatz durchgeführt wurde, war wenig Kritik zu hören. Die Verantwortlichen konnten mit der gezeigten Leistung und dem Einsatz der freiwilligen Helfer sehr zufrieden sein.



Suchen und bergen ...



... transportieren bis ...



... zur Versorgung der Verletzten am Hauptverbandsplatz waren die Übungsaufgaben der DRK-Helfer des Oberen Gäus.

(Fotos: Hartmann)

DRK-Schnelleinsatzzug Gießen übte bei Nacht

Techniker und Sanitäter arbeiteten Hand in Hand

Übungslage: Flugzeugabsturz in Waldgebiet

35 Helferinnen und Helfer des Schnelleinsatzzuges (SEZ) der DRK-Bereitschaft Gießen 1 stellten bei der Jahresübung mit der angenommenen Situation „Flugzeugabsturz“ ihre Fähigkeiten unter Beweis. Bei dieser Übung mußten Sanitätsaufgaben, technische Aufgaben und Betreuungsprobleme gelöst werden. Als Sachverständige und Beobachter nahmen die Verantwortlichen für den Katastrophenschutz im Landratsamt, Monz und Preuss, zwei Vertreter des Oberbürgermeisters und Kreisbereitschaftsführers Hubalek teil.

Über Funkmeldeempfänger wurden die Einsatzkräfte um 18.30 Uhr alarmiert. Vom Bereitstellungsraum in Salzbaden aus wurden sie gegen 19.00 Uhr zum angenommenen „Absturzgebiet“ in der Nähe eines Grillplatzes beordert. Die Übungslage sah einen Flugzeugabsturz im Waldgebiet vor mit zehn Überlebenden.

Der SEZ stellt in einem solchen Fall das Vorkommando dar, das zusammen mit den schon im Einsatz befindlichen, hauptamtlichen Kräften des Krankentransports eine Erstversorgung der Verletzten durchführt. In zwei Schadensgebieten mußten außerdem kleinere Brände gelöscht werden. Mit Hilfe von zwei Notstromaggregaten und Scheinwerfern war der Nacheinsatz zur Rettung von Verletzten bei erschwerter Unfallsituation möglich.

Nachdem die „Techniker“ die Hindernisse beseitigt hatten, kamen die Sanitäter zum Einsatz. Sie stellen die Erstversorgung der Verletzten sicher. Entsprechend der Schminktechnik bei den „Verletzten“ mußten zwei Personen reanimiert werden, in zwei Fällen kam die Vakuummatratze zur Verwendung. Anlegen von Schienungen, Stilllegung lebensbedrohlicher Blutungen, Brandwunden-Versorgung und Schockbekämpfung durch Anlegen von Infusionen wurden verlangt.

Nachdem die Transportfähigkeit der Verletzten hergestellt war, wurden sie mit den KTW zur Verletzensammelstelle gebracht, aufgebaut von den Technischen Diensten des DRK. Nach Funkkontakt mit der Leitfunkstelle Hessen



Die Gerätewagen des Schnelleinsatzzuges Gießen sind am „Absturzort“ angekommen.

West ließ Zugführer Nowak dann die Verletzten in verschiedene Kliniken im Raum Gießen transportieren.

In seiner Abschlußkritik lobte Bereitschaftsführer Braun vor allem das gelungene Zusammenspiel aller Gruppen durch die mobile Koordination des Zugführers, der auf zwei verschiedenen

Funkwegen (2-m- und 4-m-Band-Geräte) operieren konnte.

In einem Ernstfall würden auch die Feuerwehren, das Technische Hilfswerk und andere Hilfskräfte zum Einsatz kommen. Eine großangelegte Übung im Rahmen des Katastrophenschutz-Arbeitskreises der Stadt Gießen ist für das kommende Jahr geplant.



In der Verletzensammelstelle werden die „Verletzten“ für den Transport ins Krankenhaus transportfähig gemacht.

Neuer Bundesarzt des ASB

Dr. med. Friedhelm Bartels ist neuer Bundesarzt des ASB. Nach dem Studium in Heidelberg und seiner Promotion ging Dr. Bartels 1975 für ein Jahr als Stabsarzt zur Bundeswehr und wurde 1982 Facharzt für Anästhesie und Intensivmedizin. 1977 trat er als Arzt dem ASB Karlsruhe bei, dessen 1. Vorsitzender Dr. Bartels seit 1979 ist.



Während seiner Zeit als ASB-Landesarzt in Baden-Württemberg (1980 bis 1982) wurde er 1981 Fachdienstleiter „Sanitätsdienst“ und erstellte in Karlsruhe die gesamten Sanitätsdienst- und Klinikanschlußplanungen für den Katastrophenschutz. Neben seiner Tätigkeit als ASB-Bundesarzt ist Dr. Bartels in der Bezirks- und Landesärztekammer Baden-Württemberg, Ressort Katastrophenschutz, tätig. Seit 1. Januar 1983 arbeitet er als Abteilungsleiter Klinische Entwicklung bei einem namhaften Arzneimittelhersteller.

ASB betreut Asylbewerber

Eine neue Aufgabe im Rahmen der sozialen Dienste hat der ASB übernommen: In Bad Oldesloe betreuen die Samariter seit dem Februar 1982 auch Asylbewerber. In der Gemeinschaftsunterkunft an der Oldesloer Kampstraße wohnen zur Zeit Polen, Ghanaer, Inder, Pakistani und Chilenen. Um die 16 Asylanten – Männer, Frauen und Kinder – kümmern sich die Sozialhelfer Gerda Marx und Ernst August Rau. Beide sind

vormittags anwesend. Sie helfen bei den alltäglichen Problemen und verteilen die Essenrationen für den Tag, wobei Rücksicht auf den Geschmack der Ausländer genommen wird.

Die Asylbewerber bereiten in der geräumigen Küche ihre Mahlzeiten selber. Und so riecht es oft recht ungewöhnlich, wenn die exotischen Speisen zubereitet werden. Für die Freizeitgestaltung ist ebenfalls gesorgt. Nachmittags und abends geht es in der Kampstraße besonders lebhaft zu. Es wird Karten gespielt oder Tischtennis, man sieht fern oder unterhält sich. Die Kommunikation zwischen den Ausländern ist sehr gut. Es bestehen Kontakte zu Asylanten aus Ahrensburg und Bargteheide. Dank des großen Bekanntenkreises hilft man sich untereinander, wo man nur kann. So ist ein polnisches Paar mit einer Familie in Hamburg befreundet, die ihnen Bücher aus der Bibliothek der polnischen-katholischen Mission in der Hansestadt besorgt. Und ein Inder, der in Poona am Goethe-Institut deutsch gelernt hat, kann dank seiner Sprachkenntnisse sein Interesse für Politik in die Tat umsetzen. In der Stadtbibliothek liest er deutsche und amerikanische Nachrichtenmagazine und Tageszeitungen.

Nach Auskunft von ASB-Helfer Rau gibt es wenig Probleme. Es herrscht zwar ein etwas distanzierendes Verhältnis zu den Betreuern, aber man kommt gut miteinander aus. Rau kann diese Distanz gut verstehen, denn „die Ausländer geben vieles von ihrer eigenen Kultur auf. Außerdem sind es Menschen, die genau wie wir respektiert werden wollen“.

Seit einigen Wochen hat der ASB-Ortsverband Emstal-Balhorn zwei Fremdenverkehrspensionen komplett angemietet und stellt diese mehr als 50 Asylbewerber als Unterkünfte zur Verfügung. Außerdem müssen Verpflegung und Betreuung sichergestellt werden. Bei den Asylanten, die von den Balhorer Samaritern betreut werden, handelt es sich meist um Familien, die bei ihrer Einreise in die Bundesrepublik Deutschland Antrag auf politisches Asyl gestellt haben, weil sie in ihrer Heimat politisch verfolgt wurden. Dies zu prüfen und über die Anerkennung oder Ablehnung ihres Asylbegehrens zu entscheiden, bedarf es eines sehr komplizierten und vor allem langwierigen Behördenweges. Bis zur Entscheidung über ihren Antrag werden die Asylbewerber nach einem Verteilerschlüssel einzelnen Bundesländern zugewiesen, die wiederum eine Weiter-

verteilung an die Landkreise veranlassen.

Der Landkreis Kassel hat nun dem Ortsverband Emstal-Balhorn durch Vertrag die Betreuung und Abwicklung von zur Zeit etwa 50 Asylbewerbern übertragen, die aus Polen, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Afghanistan, Libanon und Indien kommen.

Neben der Sicherstellung von Unterkunft und Verpflegung besteht eine der Hauptaufgaben darin, den Menschen, die völlig mittellos und meist ohne Deutschkenntnisse sind, das Einleben in unserem Land und das Durchstehen der oft monatelangen Asylanzenzeit zu ermöglichen.

Die Unterbringung der kleinen Kinder in einem Kindergarten, die Einschulung der schulpflichtigen Kinder, Deutschunterricht für die Erwachsenen, Sicherung der ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung und Hilfestellung bei Behördenwegen sind einige der vielen Betreuungsaufgaben, die von Samariter Bernd Brixel, dem Betreuer der Balhorer Asylanten, zu bewältigen sind.



Gut betreut werden die Asylbewerber durch die Helfer des ASB-Ortsverbandes Emstal-Balhorn.

Erschwerend sind immer wieder die Sprachbarrieren, die sich zwischen Betreuer und Asylbewerber auftun. Für die Polen, Jugoslawen und Tschechoslowaken steht ein Dolmetscher zur Verfügung oder die teilweise vorhandenen Deutschkenntnisse reichen aus; mit den Libanesen und Afghanen können die Sprachschwierigkeiten durch Englisch aufgefangen werden, während es bei den Indern Probleme gibt.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß es sich bei den Asylbewerbern um Menschen handelt, die ein schweres Schicksal haben. Unabhängig davon, ob ihr Asylbegehren berechtigt ist oder nicht, stehen hier nun ganze Familien – oft sechs oder mehr Personen – in einem für sie fremden Land, ihr gesamtes Hab und Gut in zwei Koffern verstaubt, ohne Sprachkenntnisse und völlig auf die Hilfe

anderer angewiesen. Diesen Menschen aus ihrer momentanen Not zu helfen, ist eine satzungsgemäße Aufgabe des Arbeiter-Samariter-Bundes, die hier von ASB-Ortsverbänden wahrgenommen wird.

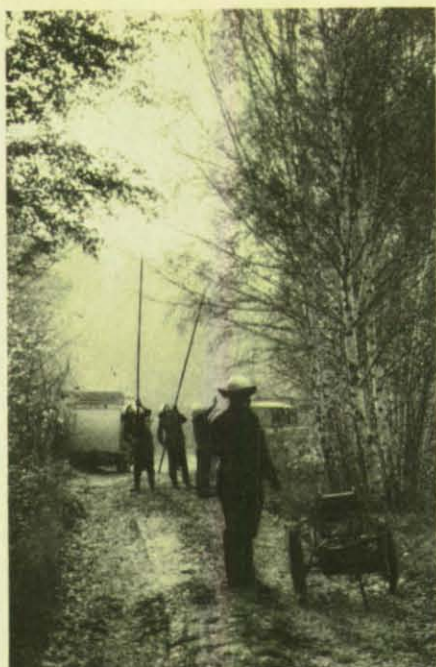
Fernmelder zogen in die „Wildnis“

In die „Wildnis“ zogen die Helfer des ASB-Fernmeldedienstes Berlin, genauer: auf das Übungsgelände der Berliner Feuerwehr an der Schulzendorfer Straße in Heiligensee. Aufgabe war es, fünf Stationen mit einem Fernsprechnetz zu versorgen und über die stehenden Leitungen Verbindungen herzustellen und zu betreiben. Der Platz dafür war mehr als ideal. Bäume gab es genug, die Strippen so zu verlegen, daß ohne Störungen gearbeitet werden konnte. Der höchste Arbeitsplatz war auf einem Übungsturm der Feuerwehr, der abgelegenste der Steg an einem kleinen See.



ASB- und MHD-Helfer üben gemeinsam den Aufbau eines Fernsprechnetzes. Kritisch beobachtet eine Delegation der Feuerwehr die Übung. (Foto: Beck)

Aber nicht nur die Fernmelder von ASB und MHD waren an diesem Wochenende in Aktion. Die Weddinger Verpflegungsgruppe des Betreuungszuges hatte die Versorgung der Truppe übernommen. Zu voller Zufriedenheit, wie die leergeputzten Teller und Schüsseln zeigten. Das muß sich auch bei der Berliner Feuerwehr herumgesprochen haben. Denn die Mitarbeiter der Abteilung IV „Fernmeldewesen“ kamen zu Besuch samt großem Kommandowagen. Sie ließen sich über den Stand der Ausbildung ausführlich informieren und hielten nicht mit Lob zurück. Natürlich mußte Fachdienstleiter Klaus Grohmann auch den eigenen Leuten wie Lan-



Das Gelände der Feuerwehr ist ideal für die Fernmeldeübung geeignet. (Foto: Beck)

destechniker Wolfgang Günther, Landesausbildungsleiter Sigismund Vollrat und dem FDL KatHD, Hans-Peter Schwarze, Rede und Antwort stehen. Ein gutes Wochenende, das durchaus wiederholt werden sollte!

Fahr- und Funkübung im Habichtswald

In einer kombinierten Fahr- und Funkübung hatten 20 Helfer des ASB Habichtswald Gelegenheit, ihre Kenntnisse zu festigen. Nach einer theoretischen Ausbildung in der Rettungswache setzten sich die Helfer mit fünf Fahrzeugen in Marsch durch das Wolfhager Land. Nach einem Halt im Erlenloch, wo auch die Kfz-Technik nicht zu kurz kam, stand der Nachmittag ganz im Zeichen der Funkübung.

Auf Anweisung von „Sama Habichtswald“ mußten verschiedene Krankenhäuser in Kassel angefahren werden. Durch die Übungsleitung, die in den Händen von Gerhard Damm und Jürgen Jordan lag, wurden den Teilnehmern in der „Manöverkritik“ Lob und Anerkennung für die gezeigten Leistungen ausgesprochen.

ASB-Soforthilfe für den notleidenden Tschad

Im Tschad herrscht eine unbeschreibliche Not. Die Bevölkerung steht durch einen fast zehn Jahre andauernden Bürgerkrieg und durch die Dürrekatastrophen dem Hungertod nahe.

Die EG und verschiedene andere Länder haben umfangreiche Lebensmittellieferungen in dieses notleidende Gebiet geschickt. Wie bei so vielen Hilfsaktionen wurde jedoch nicht beachtet, daß dieses Land kaum eine Infrastruktur besitzt, so daß die Verteilung der Lebensmittel erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Es mangelt hauptsächlich an Transportkapazitäten, so werden z. B. schwere, allradgetriebene Lkw benötigt, um bis in die entlegensten Dörfer zu kommen und dort die Lebensmittel zu verteilen.



Für die besonderen Anforderungen des Einsatzes im Tschad wurden die Lkw des ASB umgerüstet.

Der Beschluß des ASB, im Tschad zu helfen, fiel deshalb schnell. Vorausgegangen war ein Aufruf der UNDRO in Genf. Ein Sofortprogramm, in Verbindung mit der belgischen ASB-Partnerorganisation, unter dem Internationalen Arbeiter-Hilfswerk, wurde gestartet. Fünf allradgetriebene Lastkraftwagen des ASB wurden von Zeebrugge in Belgien aus mit der MS „Nestor“ auf den Weg nach Duala in Kamerun gebracht, wo sie



dann mit Lebensmitteln beladen auf die lange Wegstrecke (ca. 2000 km) in die Hauptstadt des Tschad nach Ndjemena gingen. Von dort aus brachten die Lkw Lebensmittel ins Landesinnere nach Mongo und Abéché.

Anfang April schickte der ASB dann noch zwei weitere Lkw in den Tschad.

Das „Aachener Modell“

Engagierte Ärzte im Katastrophenschutz

178 Ärzte erklärten sich zur Ausbildung und Mitarbeit bereit

Katastrophenschutz – ein holpriger Weg, gepflastert mit Problemen, Vorbehalten und Berührungsängsten. Ein Wort, dessen Inhalt oft, wenn nicht ständig, mißbraucht wird. In einer Zeit scheinbarer technischer Sicherheit und Distanz zu gefährlichen Naturereignissen wird allein ein Krieg noch als Katastrophe anerkannt. Doch Verdrängen von Risiken, Übersehen von Möglichkeiten darf nicht die Aufgabe des Staates und seiner Einrichtungen zum Schutz der Bevölkerung bestimmen – und tut es auch nicht!

Ein Beispiel liefert die Ärzteschaft in Aachen. Vor etwas über einem Jahr verlief eine Besprechung der am Katastrophenschutz in der Kaiserstadt Beteiligten ziemlich ergebnislos. Die aus dem Kreis der anwesenden Ärzte gestellte Frage „Was tun Ärzte in Aachen nach einer Katastrophe?“ wußte die Leitung der Ärztekammer nicht zu beantworten. Der Hinweis des JUH-Landesarztes Dr. G. J. Diez, daß die ortsansässigen Ärzte in die Katastrophenschutzpläne der Stadt nicht eingebunden seien, führte jedoch zu einer diesbezüglichen Anfrage an die Landesärztekammer in Düsseldorf. Hochpolitische Entscheidungen, so die Antwort, machen eine landesweite Einsatzplanung für Ärzte im Katastrophenschutz unmöglich. Örtliche Aktivitäten seien davon jedoch nicht betroffen.

Dieser Bescheid war ein Signal. Dr. Gatersleben, Leiter der Ärztekammer in Aachen, ließ nunmehr die ersten Daten und Fakten zusammenstellen. Ergebnis: Von den ca. 2000 Ärzten in Aachen verbleiben, nachdem die in Krankenhäusern beschäftigten sowie die bei der Bundeswehr oder den Hilfsorganisationen tätigen Ärzte „assortiert“ sind, noch ca. 300 „freie“ Ärzte für das Angebot, sich im Katastrophenschutz zu engagieren, übrig. Diese wurden angeschrieben, und erfreulicherweise erklärten sich 178 Ärzte zur Ausbildung und Mitarbeit bereit. Bei einer ersten Zusammenkunft begrüßte der Geschäftsführer der Landesärztekammer sehr nachdrücklich die „Aachener Aktivitäten“.

Die zur Mitarbeit bereitenden Ärzte konnten ihre Tätigkeit in einer der Katastrophenschutzseinheiten, in einem Krankenhaus



JUH-Ärzte beim Übungseinsatz in einem Hilfskrankenhaus.

(Foto: H&M-Press)

oder bei in einer Chirurgiepraxis anmelden. Danach ging es an die praktische Arbeit.

Die für den örtlichen Katastrophenschutz zuständigen Behörden, Vertreter der Ärzteschaft und der Hilfsorganisationen JUH, ASB, DRK und MHD gliederten das Stadtgebiet in fünf Bezirke. Es wird ein Stadtplan mit entsprechenden Einzeichnungen an die einzelnen Dienststellen wie Katastrophenschutzleitung, Amtsarzt, Zentrale Ärztekammer und die Polizei versandt. Dazu werden Adressen von je zehn Arztpraxen pro Bezirk, je ein Reservearzt benannt und eine sogenannte Restreserve festgelegt. Alle Adressen werden im Halbjahresrhythmus auf Richtigkeit geprüft und eventuell ergänzt. Ein Alarmplan für den Katastrophenfall wird ausgearbeitet und könnte im Bedarfsfall über die Arzt-Notrufzentrale ausgelöst werden. Die Fortbildung der Ärzte für ihre Tätigkeit im Einsatzfall soll nach Terminabsprachen für die Zukunft vorgesehen werden. Auch sind Gespräche mit den Leitungen der im Bezirk vorhandenen Krankenhäuser geplant.

Besondere Bedeutung wird der Ausbildung der Mitglieder der Hilfsorganisationen beigemessen. Deren Kenntnis der Räumlichkeiten in den jeweiligen Krankenhäusern kann bei der Mitarbeit der Helfer im Krankenhaus bzw. bei der Einlieferung von Patienten oder Verletzten von Wichtigkeit sein. Die Telefonverbindungen der beteiligten Ärzte sollen technisch verbessert werden.

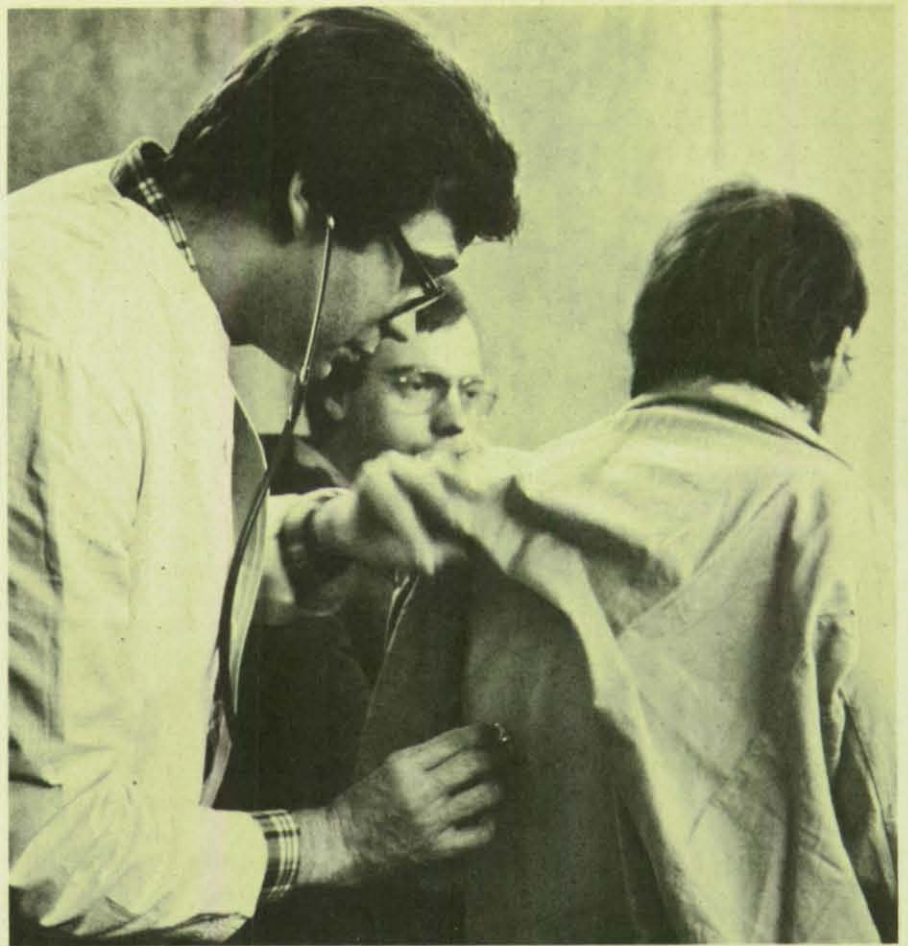
In Abständen von mehreren Wochen will sich die Arbeitsgruppe regelmäßig treffen, um die Durchführung der Planungen zu beobachten und den Erfordernissen und Erkenntnissen Rechnung zu tragen.

Ein Plan – ein Modell – in Aachen wird gehandelt. Wer bestehende Gesetze, die Hilfeleistungen im Falle einer Katastrophe regeln, ernst nimmt, erfüllt einen Dienst am Menschen.

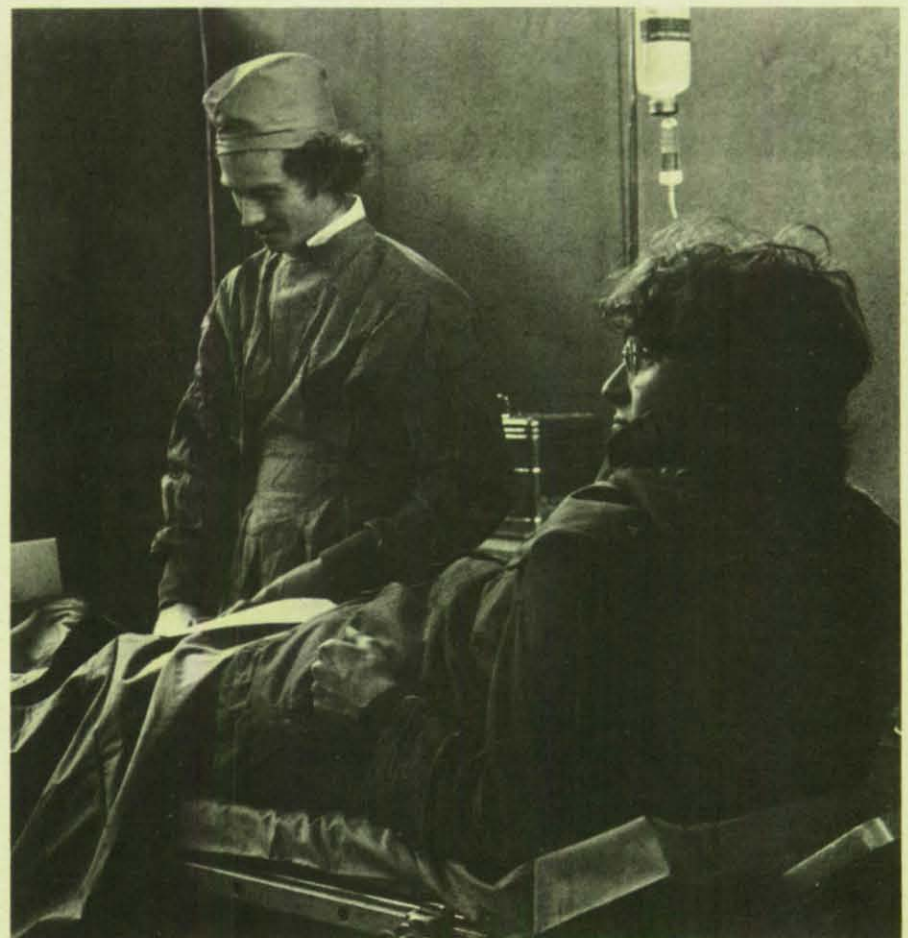
Flutkatastrophe in Hamburg, Heidebrand in Niedersachsen, Schneekatastrophe in Schleswig-Holstein oder Gasausbruch in Frankenthal, kein Kleinkram, der „mit links“ erledigt werden kann. In solchen Fällen muß organisierte Hilfe bereitstehen. Technische Geräte, evtl. Evakuierung der betroffenen Bevölkerung, medizinische Hilfe für Verletzte und Kranke, Versorgung von Kindern und Alten sind unsere Aufgaben, für die wir uns verpflichtet haben. Sie so gut wie möglich zu erfüllen, bedarf der Vorbereitung und Bereitschaft.

Das Aachener Modell kann Anregung geben, auf dem holprigen Weg die Pflastersteine der Probleme besser zu erkennen und ihre Lösung zu erleichtern.

G. Reinhold



Nur ein „Übungspatient“ – aber die gleiche Sorgfalt bei der Untersuchung.



Einsatz bei einer Katastrophenschutzübung.

(Fotos: JUH-Archiv)

Der MHD im Katastrophenschutz

Mehr frei- gestellte Helfer

MHD legt Jahresbericht 1982 vor

Der Bestand der im Katastrophenschutz nach Landes- und Bundesrecht mitwirkenden Einheiten und Einrichtungen des MHD hat sich im Jahre 1982 nicht wesentlich verändert. Grund dafür ist das laufende Konsolidierungsprogramm. Zur Zeit verfügt der MHD – nach einem gegenüber dem früheren Verfahren abgewandelten Zählmodus – über 459,5 Katastrophenschutz-Einheiten und -Einrichtungen, verteilt auf die verschiedenen Fachdienste innerhalb der Organisation.

Die Zahl der nach Paragraph 8, Absatz 2 des Katastrophenschutzgesetzes vom Wehrdienst freigestellten Helfer hat sich im letzten Jahr von 7435 auf 8239 erhöht. Ihr Anteil an der personellen Gesamtstärke der Einheiten beläuft sich damit auf 63 Prozent.

Bei der derzeit knappen Finanzdecke des Bundes und der Länder wird der MHD den Aufstellungs- und Ausbildungsstand im Bereich des Katastrophenschutzes nur dann weiter verbessern können, wenn er auf eigene finanzielle Mittel zurückgreift. Das zur Zeit laufende Finanzsonderprogramm des Bundes wird allenfalls im Verstärkungsteil zu punktuellen Verbesserungen in der Ausstattung führen. Es ist zwingend notwendig, alle Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung durch Bund und

Länder konsequent zu nutzen. Nur so kann der jetzt erreichte Stand an Organisation, Ausbildung und Ausrüstung im Katastrophenschutz wenigstens gehalten werden.

Neben der laufenden Ergänzung der Ausstattung ist in Zukunft ein weiterer Schwerpunkt in der Verbesserung des Ausbildungsstandes der Führer und Un-

terführer der Katastrophenschutz-Einheiten und -Einrichtungen zu sehen.

Katastrophenschutzeinheiten

Die nachfolgende Tabelle führt die Katastrophenschutz-Einheiten des Malteser-Hilfsdienstes auf, die nach Landes- oder Bundesgesetz anerkannt sind:

MHD-Dienststelle	ABC-Z	BTLtZ	BTZ	BtSt	FMZ	FMZt-HVB (12)	FMZt-HVB (19)	FMZt-A	SZ	SZ (A)	SZ (T)	VGTr	VpfTr	MatETr	FüGr-Ber	TEL	BAMSt	AMASt	ErkLoGr	Freigestellte Helfer
AACHEN	2	1	17	24	3	1	1		17	4	6	7	7	7	4		1	1		1067
AUGSBURG	2	3		2					3	1			4	1						405
BAMBERG									3	1	3		1							207
BERLIN			2		1				5				1							
EICHSTÄTT									1											43
ESSEN			2		1				6	1										601
FREIBURG			1	4					5		1									213
FULDA			1																	25
HILDESHEIM		1	1	2					2		2		1	2	2					207
KOLN	1		3	5	5			3	15,5	2	5	5	7	5	2		1		2	1629
LIMBURG			1						1		2									171
MAINZ		3	4						4	1	1									259
MÜNCHEN			3					4	2	2						1				235
MÜNSTER			4		3			1	10	4	5	1	2		2					820
OLDENBURG										4	3									82
OSNABRÜCK					3			1	8	1	3	1	2	2				1		127
BREMEN												1								35
HAMBURG & SCHLESW.-HOLST.		1	1	9					6	1	3		1							284
PADERBORN	2	1	3		3				19		6	2	4	4	1					685
PASSAU	1								1											11
REGENSBURG				1					1											25
ROTTENBURG		1	1	3					5		1		1							259
SPEYER		1	3	1					5		2		1							165
TRIER		3	7	7		1	1		11	2	3		1							582
WÜRZBURG				1					1									1		106
Insgesamt	8	15	54	62	16	2	2	9	131,5	24	47	16	33	21	11	1	2	3	2	8239

Erläuterungen

ABC-Z = ABC-Zug
 BTLtZ = Betreuungsleitzug
 BTZ = Betreuungszug
 BtSt = Betreuungsstelle
 FMZ = Fernmeldezug
 FMZt-HVB (12) = Fernmeldezentrale KatS beim HVB
 FMZt-HVB (19) = Fernmeldezentrale KatS beim HVB
 FMZt-A = Fernmeldezentrale KatS-Abschnitt
 SZ = Sanitätszug
 SZ (A) = Sanitätszug (ehemals VPZ)
 SZ (T) = Sanitätszug (ehemals KTZ)

VGTr = Verbrauchsgütertrupp
 VpfTr = Verpflegungstrupp
 MatETr = Materialerhaltungstrupp
 FüGr-Ber = Führungsgruppe-Bereitschaft
 TEL = Technische Einsatzleitung
 BAMSt = Bestrahlungs- und ABC-Meßstelle
 AMASt = ABC-Melde- und Auswertestelle
 ErkLoGr = Erkundungs- und Lotsengruppe

Das MHD-Leistungsangebot in der Übersicht

Neben der Mitwirkung im Katastrophenschutz umfaßte das Leistungsangebot des MHD im Jahre 1982 folgende Tätigkeitsgebiete:

a) Ausbildung

Grundkurse in Erster Hilfe für Laien (8 Doppelstunden),
Sanitätskurse für Helfer (12 Doppelstunden),
SMU-Kurse (Unterweisung in Sofortmaßnahmen am Unfallort für Führerscheinbewerber, 3 Doppelstunden),
Lehrgänge zur Aus- und Fortbildung von Schwesternhelferinnen (4 Wochen, jährliche Fortbildung 6 Stunden),
Lehrgänge zur Ausbildung von Rettungsanleitern (520 Stunden),
Grundkurse in Erster Hilfe für Betriebs Helfer,
Reanimationskurse: Herz-Lungen-Wiederbelebung für Helfer u. a. (3 Doppelstunden),
Kurse in Häuslicher Krankenpflege und Säuglingspflege (12 Doppelstunden),
Ausbilder-Lehrgänge für Erste Hilfe, Sanitätsdienst und SMU,
Einführungslehrgänge für Zivildienstleistende (Pflegedienst, Rettungsdienst),
Unterführer-Lehrgänge.

b) Sanitätswesen

Krankentransporte,
Notfallrettungsdienste einschließlich Luftrettungsdienst,
Kranken-/Verletztenrückholddienst aus dem Ausland,

**Katastrophenschutz-
übung: Einrichten eines
Notkrankenhauses.**

(Foto: Sers)



Sanitätsdienstliche Betreuungseinsätze,
Transporte von Blutkonserven.

c) Soziale Dienste

Beförderung von Behinderten zu Schulen, Tagesstätten und Beschützenden Werkstätten,
Fahrdienste für Schwerbehinderte (Rollstuhlfahrer),
Mobile Hilfsdienste,
Mahlzeitendienste („Essen auf Rädern“, „Fahrbarer Mittagstisch“),
Organisation und Durchführung von Veranstaltungen (Wallfahrten, Ausflüge, Bunte Nachmittage u. a.) für alte Menschen, Kranke und Behinderte,
Betreuung von alten, kranken und behinderten Menschen bei Veranstaltungen aller Art,
Betreuungsmaßnahmen für Flüchtlinge und Asylanten,
Pflegehilfsdienst in Kliniken, Krankenhäusern und Altenpflegeheimen,
Mitarbeit im Rahmen von ambulanten Krankenpflegestationen und Sozialstationen,
Medikamentennotdienste,
Verpflegungseinsätze bei Veranstaltungen aller Art,
Unfallfolgedienst.

d) Malteser-Jugend

Mitgliederstand

Innerhalb des Jahres 1982 stieg die Zahl der MHD-Mitglieder von 62321 auf 67569 an. Der Gesamtzuwachs von 5248 Mitgliedern (= 8,4 Prozent) verdeutlicht, daß der Aufwärtstrend im Mitgliederzuwachs des MHD ungebrochen ist. Der Rückgang des Mitgliederzu-

wachses im Jahre 1981, als sich die Zahl der Mitglieder nur um 0,8 Prozent erhöhte, kann daher als „Zwischentief“ gewertet werden. Ein Anstieg von über 8 Prozent war das letzte Mal im Jahre 1978 zu verzeichnen.

Als einer der Gründe für den starken Zuwachs kann eine Satzungsänderung des MHD im letzten Jahr angesehen werden. Danach konnten in einigen Diözesen außerordentliche Mitglieder gewonnen werden.

Übersicht über den Mitgliederstand in den Jahren 1976 bis 1982

Jahr	Mitgliederzahl	Zuwachs in %
1976	48 060	+ 6,7
1977	51 404	+ 6,9
1978	55 844	+ 8,7
1979	58 620	+ 5,0
1980	61 830	+ 5,5
1981	62 321	+ 0,8
1982	67 569	+ 8,4

Organisationsgliederung

Den 22 Diözesangeschäftsstellen und den ihnen im Rang gleichgestellten Regionalgliederungen Oldenburg, Hamburg und Bremen waren 1982 insgesamt 110 Bezirks-, Kreis-, Stadtgeschäftsstellen und Rettungswachen, besetzt mit hauptamtlichen Kräften, sowie 540 Kreis-, Stadt- und Ortsgliederungen zugeordnet.

Gegenüber den Ministerien, Behörden, Institutionen und Verbänden auf Länderebene vertraten die Landesbeauftragten mit ihren Landesgeschäftsstellen die Interessen des MHD.

Brandschutzwoche
vom 17. bis 25. September 1983:

„... sicherheitshalber – Deine Feuerwehr“

Leitfaden gibt Hilfen für die einheitlich
ausgerichtete Brandschutzwoche

Zum siebten Mal führen die Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland mit Unterstützung der Innenminister und -senatoren der Bundesländer eine gemeinsame und einheitlich ausgerichtete Brandschutzwoche durch. Sie ist nach Abstimmung mit den Landesorganisationen auf den Zeitraum **vom 17.–25. September 1983** gelegt worden und erstreckt sich über zwei Wochenenden.

Mit diesem Leitfaden sollen den Feuerwehren Hilfen und bundeseinheitliche Richtlinien gegeben werden. Sie stützen sich auf die Erfahrungen der letzten Brandschutzwochen (1974, 75, 76, 77, 79, 81).

In der Brandschutzwoche sollen die Feuerwehren möglichst viele Aktivitäten entwickeln, die der Öffentlichkeitsarbeit dienen. Den örtlichen und überörtlichen Höhepunkt der Brandschutzwoche soll überall ein „Brandschutztag 1983“ bilden, der variabel in den Zeitraum zwischen dem 17. und 25. September gelegt werden kann. Es ist wünschenswert, wenn die Landesfeuerwehrverbände/Landesgruppen einen Brandschutztag auf Landesebene mit repräsentativer Veranstaltung gestalten.

Die diesjährige Brandschutzwoche steht unter dem Motto:

„... sicherheitshalber – Deine Feuerwehr“

In dieser Brandschutzwoche soll der Bevölkerung das gesamte Aufgabengebiet der deutschen Feuerwehren im Bereich des Vorbeugenden und Abwehrenden Brandschutzes, der Technischen Hilfeleistung und des Rettungsdienstes verdeutlicht werden. Im Sinne des Mottos soll die Bevölkerung Einblick gewinnen, daß die Feuerwehr nicht nur zum Löschen von Bränden da ist, sondern eine Vielzahl anderer wichtiger Aufgaben mit erledigt. Nach einer bundesweiten Statistik der Feuerwehren verteilen sich die Einsätze derzeit wie folgt: 125200 Brände (21,6%), 276700 Technische Hilfeleistungen (47,7%), 178600 sonstige Einsätze einschl. blinde Alarmer und böswillige blinde Alarmer (30,7%). Zu diesen rd. 580500 Einsätzen kommen noch rd.

1,84 Mio. Notfall- und Krankentransporte.

Bei der Darstellung dieser verschiedenen Einsatzfälle sowie der Tatsache, daß die Feuerwehren in den Gemeinden einen wichtigen gesellschaftspolitischen Auftrag haben und ein bedeutender bürgerschaftlicher Faktor sind, ist die Bevölkerung wiederkehrend auf den „Feuerwehrruf 112“ hinzuweisen. Jeder Bürger sollte diese Notrufnummer kennen, damit die Bevölkerung mit einer schnellstmöglichen Alarmierung die Hilfe der Feuerwehr in Anspruch nehmen kann. Wo die Bundespost die technischen Voraussetzungen für den „Feuerwehrruf 112“ noch nicht hergestellt hat, sollte die Bevölkerung örtlich auf die derzeit noch gültige Rufnummer der Feuerwehr hingewiesen werden. Tatsache ist, daß die Hilfe der Feuerwehr nur so schnell erfolgen kann, wie das örtliche Alarmierungssystem einschließlich der Benachrichtigung der Feuerwehr funktioniert. Die Bevölkerung ist aufzuklären, wie wichtig es ist, bei drohender Gefahr oder eingetretenen Schadensfällen die Feuerwehr schnellstmöglich zu benachrichtigen. Aufklärungsmaßnahmen sind deshalb in der gesamten Wirtschaft und Verwaltung, im Handwerk, in der Industrie, in den öffentlichen Gebäuden und sonstigen öffentlichen Versammlungsorten und insbesondere innerhalb der gesamten Bevölkerung notwendig. In Verbindung mit dem bundeseinheitlichen „Feuerwehrruf 112“ sollte in der diesjährigen Brandschutzwoche im Sinne des Mottos auf die zu erwartende Hilfe hingewiesen werden; die Hilfsmöglichkeiten und die Aufgabenbereiche der Feuerwehren sollten mit dargestellt werden. Das Motto der Brandschutzwoche 1983 gibt den Feuerwehren aller Sparten die Möglichkeit, ihr Wirken zum Wohl der Bevölkerung umfassend darzustellen und letztlich auch auf die enge Zusammenarbeit und Kooperation mit der Polizei und den anderen Hilfsorganisationen aufmerksam zu machen.

1. Werbematerial auf Bundesebene 1.1 Informationsplakat zur Brandschutzwoche

Die Innenminister und -senatoren haben für die Brandschutzwoche 1983 ein bundeseinheitliches Plakat über das Bayerische Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz herstellen lassen und haben den Versand der Plakate an die Feuerwehren zwischenzeitlich schon veranlaßt.

1.2 Sonstiges Werbematerial Das Versandhaus des DFV, Postfach

240125, 5300 Bonn 2, hält eine Vielzahl von Werbemitteln zur Brandschutzwoche vorrätig. Prospekte werden auf Anforderung zugeschickt.

Nachstehend werden den Feuerwehren Vorschläge zur Gestaltung der Brandschutzwoche 1983 für die verschiedenen Ebenen gemacht. Der DFV hofft, daß diese Anregungen eine wertvolle Hilfe für die Durchführung der Brandschutzwoche 1983 sind:

2. Brandschutzwoche auf Landesebene

- Gemeinsamer Aufruf des Innenministers (Innensensors) und des Landesverbandsvorsitzenden an die Bevölkerung zur aktiven Mitarbeit und Unterstützung der Feuerwehrarbeit.
- Repräsentative Veranstaltung.
- Gestaltung eines Brandschutztages durch den Landesfeuerwehrverband.
- Pressekonferenz des Landesfeuerwehrverbandes in Zusammenarbeit mit dem Brandschutzreferat des Innenministers (Innensensors).
- Schwerpunktmäßige Unterrichtung der Presse, des Rundfunks, der Presseagenturen, der Tages- und Fachpresse.
- Sonderstempel bei der Bundespost (Oberpostdirektion) mit Hinweis auf Feuerwehrtätigkeit (Signet) beantragen.
- Flugblätter fertigen mit Hinweis auf den „Feuerwehrruf 112“ und auf besondere Brandgefahren, wie Brandherbeiführung durch Kinderhand, Verhalten bei Bränden in Hochhäusern, Richtlinien über den Brandschutz in Hotels, Gaststätten und Pensionen, im Haushalt.
- Notwendigkeit von Feuerlöschern in Kraftfahrzeugen erläutern.
- Feuerwehrwettbewerbe, Feuerwehrmärsche, Sternfahrten der Fahrzeuge.
- Leistungswettbewerbe innerhalb der Feuerwehren.
- Großkonzerte von musiktreibenden Zügen der Feuerwehren.
- Feuerwehrball als gesellschaftlicher Höhepunkt eines repräsentativen Brandschutztages.
- Dienstversammlungen der Führungskräfte der Feuerwehren unter Vorsitz des Innenministers (Innensensors).
- Repräsentative Veranstaltungen (Gespräche am runden Tisch, zu denen Repräsentanten der Hilfeleistungsorganisationen einzuladen sind: Fröschoppen, Stammtisch).

- Durchführung von Symposien und fachbezogenen Veranstaltungen für Brandschutzkräfte, für Sicherheitsbeauftragte, für Feuerwehrärzte, für Architekten, Leiter der Bauaufsichtsämter in Zusammenarbeit mit Versicherungsgesellschaften.

- Durchführung einer Gemeinschaftsübung aller im Katastrophenschutz kraft Gesetzes, Auftrags oder freiwillig mitwirkenden Behörden, Dienststellen und Organisationen.

3. Brandschutzwoche auf Kreisebene

- Unterrichtung der örtlichen Tagespresse über Aktionen der Feuerwehr zur Brandschutzwoche.

- Eröffnung der Brandschutzwoche durch eine Gemeinschaftsübung aller Hilfeleistungsorganisationen.

- „Tag der offenen Tür“ in den Kreisfeuerwehrzentralen.

- Ausstellung von Feuerlöschgeräten aus Vergangenheit und Gegenwart mit Vorführung von Feuerwehr- und Brandverhütungsfilmern.

- Vortragsveranstaltungen über Aufgaben und Leistungen der Feuerwehren vor kommunalen Institutionen, Kindergärten, Vorschulen, Allgemeinbildenden Schulen, Fachschulen, Bürgervereinen, Hausfrauenverbänden, in Seniorenheimen. (In diesem Bereich sind bevorzugt die weiblichen Feuerwehrangehörigen einzusetzen.)

- Feuerwehrveranstaltungen wie: Großkonzerte von Feuerwehrmusik-, Spielmanns- und Fanfarenzügen, Feuerwehrmarsch, Feuerwehrball, Sternfahrt der Feuerwehrfahrzeuge mit Leistungsprüfung, Feuerwehrwettbewerbe für aktive Einsatzkräfte, Veranstaltungen der Jugendfeuerwehren.

- Plakate anbringen.

4. Brandschutzwoche auf Gemeindeebene

- Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit sind alle mit Engagement getroffenen Maßnahmen, die dem Bürger Kenntnis über seine Feuerwehr vermitteln, deshalb: Eigeninitiative ergreifen.

- Plakate anbringen.

- Absprache mit der Gemeinde treffen, Veranstaltungen mit anderen Organisationen absprechen.

- „Tag der offenen Tür“ in Verbindung mit Besichtigung des Feuerwehrhauses.

- Einsatzvorführungen zur Überprüfung der Einsatzbereitschaft und Brandsicherheit in Kindergärten, Vorschulen, Schulen, Senioren-Wohnheimen, Firmen, Betrieben, Verwaltungen und Behörden.

- Gemeinde- und Stadtparlamente sind besonders einzuladen.

- Schaufensterwerbung durch Ausstellung von Feuerwehrgeräten mit Hinweis auf die Tätigkeit der Feuerwehr.

- Aufklärungsveranstaltungen in den Schulen.

- Flugblattaktion unter Hinweis auf besondere Schwerpunkte des Vorbeugenden und Abwehrenden Brandschutzes sowie den „Feuerwehrruf 112“.

- Besuch in den Kindergärten und allgemeine Aufklärung über die Feuerwehr (hier sind besonders weibliche Feuerwehrangehörige mit einzusetzen).

- Veranstaltungen in den Schulen, insbesondere Malwettbewerbe (Preise für die Wettbewerbe zur Verfügung stellen).

- Unterweisung in der Handhabung von Feuerlöschern.

- Prüfung der Feuerlöcher durch den Fachhandel im Gerätehaus. Bevölkerung durch rechtzeitige Hinweise in der Presse und durch Handzettel auf diese Möglichkeit hinweisen (Sonderpreise mit Fachhandel vereinbaren).

- Rundfahrten für Kinder mit Löschfahrzeugen (Versicherung beachten).

- Informationen über technische Einrichtungen.

- Ausstellung historischer Gegenstände und Schriften.

- Eintopfessen (z. B. Gulasch, Erbsensuppe) für die Bürger gegen Kostenerstattung.

- Laternenumzüge für die Kinder.

- Luftballon-Wettbewerbe für Kinder organisieren (Genehmigung der Luftaufsicht erforderlich).

- Ausstellung von Kinderzeichnungen als Ergebnis eines Malwettbewerbes in den Schulen.

- Quizwettbewerb über Feuerwehren in kommunalen Mitteilungsblättern.

- Kaffeestunde mit Feuerwehrfamilien.

- Platzkonzerte.

- Verteilung von Feuerwehrfähnchen und anderem Werbematerial.

- Veranstaltungen der Jugendfeuerwehr.

- Der „Tag der offenen Tür“ und damit die Brandschutzwoche kann u. a. ausklingen mit einem Kameradschaftsabend, mit einer abendlichen Kundgebung, mit Ansprachen des Bürgermeisters und der Feuerwehraufsicht, mit einem abendlichen Platzkonzert und einer Fackelbeleuchtung.

Aufruf:

Der Deutsche Feuerwehrverband bittet die Feuerwehren nach Abschluß der diesjährigen Brandschutzwoche um ei-

nen kurzen Bericht, welche Aktionen sie in diesem Jahr durchgeführt haben. Diese Informationen sollen dazu dienen, für die kommenden Brandschutzwochen den Feuerwehren noch detailliertere Anregungen über mögliche Aktionen geben zu können. Wir bitten auch um Zusendung von Prospekten, Plakaten, Handzetteln aus der Brandschutzwoche.

Deutscher Feuerwehrverband

Postfach 200269

5300 Bonn 2

Telefon (0228) 331093

NDR-Fernsehserie Brandschutz auf Videokassetten lieferbar

Das Studio Hamburg des NDR hat sich dankenswerterweise bereiterklärt, die bisherigen 12 Spots (je 5 Minuten) der NDR-Fernsehserie Brandschutz „Die Feuerwehr hilft, vorbeugen muß Du“ auf Videokassette zu überspielen, die damit eine Gesamtlauzeit von ca. 60 Minuten hat. Der vom NDR angebotene Staffelpreis läßt sich nur durch Sammelbestellungen erzielen.

Die Lizenzgebühren zur Abgeltung der nichtgewerblichen Vorführrechte der Feuerwehren und Versicherungen beträgt inklusive der Material- und Arbeitskosten bei einem Bestellaufkommen von

10 Kassetten pro Stück DM 850,-

20 Kassetten pro Stück DM 750,-

30 Kassetten pro Stück DM 650,-

40 Kassetten pro Stück DM 500,-

50 Kassetten pro Stück DM 450,-

Bei Bestellung unbedingt das gewünschte Video-System mit angeben.

Neben den Videokassetten können auch 16-mm-Farbfilmkopien bezogen werden. Auch hierfür bedarf es einer Sammelbestellung, damit vertretbare Preise erzielt werden können. Die Preise für eine Filmkopie (16 mm Farbe mit Lichtton, Länge ca. 60 Minuten) betragen bei einem Bestellaufkommen von

10 Kopien pro Kopie DM 3300,-

20 Kopien pro Kopie DM 2500,-

50 Kopien pro Kopie DM 1400,-

Alle genannten Preise verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

Sammelbestellungen sind **bis zum 30. Mai 1983** schriftlich zu richten an:

Deutscher Feuerwehrverband,
Bundesgeschäftsstelle,
Postfach 200269, 5300 Bonn 2.



DLRG legt Jahresbilanz 1982 vor

Zahl der direkten Lebensrettungen gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt

Die DLRG-Rettungsschwimmer bewahrten 7204 Menschen vor dem Ertrinkungstod

Rettungsschwimmer der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) haben im vergangenen Jahr insgesamt 7204 Menschen vor der Gefahr des Ertrinkungstodes gerettet, davon 1157 im direkten schwimmerischen Einsatz, 5745 bei insgesamt 7704 Bootsunfällen sowie 302 bei Katastropheneinsätzen. Bei den Lebensrettungen im schwimmerischen Einsatz bedeutet dies gegenüber dem Jahr 1981 eine Steigerung von 121 Prozent. Außerdem wurden im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin in über 37000 Fällen Erste Hilfe geleistet und 5634 Boote geborgen. Damit haben Mitglieder der DLRG, die in diesem Jahr ihr 70jähriges Bestehen feiert, allein im schwimmerischen Einsatz seit 1950 über 49000 Menschen und bei Bootsunfällen 128000 Menschen vor dem Ertrinkungstod gerettet. In 941000 Fällen wurde zudem Erste Hilfe geleistet.

Das sonnige Sommerwetter des vergangenen Jahres und das damit verbundene Ansteigen des Badebetriebes sowohl im Binnenland als auch an den Küsten des Bundesgebietes machten eine Ausweitung des Wach- und Rettungsdienstes notwendig. Mit 2,6 Millionen Einsatzstunden im Sommer- und Winterrettungsdienst wurde hier eine Steigerung von 15 Prozent gegenüber 1981 erreicht.

Positiv zeigt sich auch die DLRG-Bilanz im Bereich der Ausbildung. Es wurden 399677 Prüfungen im Schwimmen und 91161 Prüfungen im Rettungsschwimmen abgenommen. Damit hat sich die Zahl der von der DLRG seit 1950 Ausgebildeten auf 17,7 Millionen erhöht, darunter annähernd 2,8 Millionen Rettungsschwimmer.

Die DLRG, der in 14 Landesverbänden und etwa 20 Auslandsgruppen 450000

Diese Seiten erscheinen in Verantwortung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.

Mitglieder angeschlossen sind, unterhielt 1982 im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin 1089 feste und 320 bewegliche Rettungswachstationen, 397 Einsatzwagen und 1080 Motor-Rettungsboote.

Erfolgszahlen 1950-1982



1982

1157 Rettungen vor dem Ertrinkungstode im schwimmerischen Einsatz

80 davon unter Lebensgefahr

5745 Rettungen bei 5634 Bootsbergungen mit 8204 Hilfeleistungen

37190 Erste Hilfe an Land

1089 Feste Stationen	91830 Frühschwimmer	Vorschulschwimmen: 37011 Teilnehmer	2390 Jugendausweis	399677 Prüfungen im Schwimmen	
320 Bewegliche Stationen	137832 Jugendschwimmabzeichen BRONZE	Anfangsschwimmen: 113052 Teilnehmer	91045 Jugendschwimmabzeichen SILBER	91161 Prüfungen im Rettungsschwimmen	
397 Einsatzwagen	29184 Schwimmabzeichen BRONZE	13873 Schwimmabzeichen SILBER	4485 Schwimmabzeichen GOLD	490838 Zusammen wurden 1982 geprüft	
1080 Motorboote	Deutscher Rettungsschwimmpaß			2602922 Wachstunden im Sommer- und Winterrettungsdienst	
	Männer	38438	24080	5807	868
	Frauen	16350	5745	741	169
	Gesamt	54788	29825	6548	1037

19205 Teilnehmer bei Sonderlehrgängen (Bootsführer u. a.)

Zum DLRG-Jubiläum:

Seit 70 Jahren garantieren die Mitarbeiter Sicherheit im und am Wasser

Die Aufgaben der DLRG früher und heute

„Dem unerschrockenen und umsichtigen Verhalten des 13jährigen Schülers Juri Neulen verdanken zwei seiner Spielkameraden ihr Leben. Die beiden 13 und 14 Jahre alten Jungen waren an zwei verschiedenen Stellen auf einem zugefrorenen Baggersee bei Jülich ins Eis eingebrochen. Geistesgegenwärtig zog der 13jährige Juri Neulen seine Jacke aus, näherte sich in Bauchlage der Einbruchsstelle, hielt dem Eingebrochenen die Jacke hin und zog ihn langsam aus dem Wasser. Dem zweiten eingebrochenen Jungen sprach er währenddessen Mut zu. Er schaffte es schließlich, auch diesen Jungen zu retten.“



„Abschleppen eines Opfers“ – eine Übung, die zum festen Bestandteil der DLRG-Ausbildung gehört.

Juri Neulen, die Hauptperson in der vorstehend zitierten Agentur-Meldung, ist ausgebildeter Rettungsschwimmer der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), der einzigen deutschen und in der Welt größten Wasserrettungsorganisation. Während seiner Ausbildung hatte Juri Neulen auch gelernt, was zu tun ist, wenn Menschen ins Eis eingebrochen sind und sich aus eigener Kraft nicht mehr helfen können. Wäre ihm dieses Wissen versagt geblieben, seine beiden Spielgefährten hätten das Unglück wohl kaum überlebt.

Juri Neulen indes ist nur einer von 2,7 Millionen Mitbürgern, die seit dem Jahre 1950 bei der DLRG eine Ausbildung und Prüfung zum Rettungsschwimmer absolviert haben. Insgesamt hat die DLRG in den letzten 33 Jahren über 17 Millionen Schwimm- und

Rettungsschwimmprüfungen abgenommen.

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft wurde im Jahre 1913 in Leipzig gegründet. Die Gründungsgeschichte bestätigt jene früher und heute zu beobachtende Tatsache, daß es besonderer Ereignisse bedarf, um eine längst gegenwärtige Idee in die Tat umzusetzen. Meist sind es Unglücke oder Katastrophen mit Verlusten an Menschenleben, die Aktivität herausfordern und die Mitwirkung der Öffentlichkeit motivieren. Diese sehr bedrückende Beobachtung menschlicher Unzulänglichkeiten gilt auch für Anlaß und Gründung der DLRG.

Im Zuge der Sportverbandsgründungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konstituierte sich 1886 in Berlin der „Deutsche Schwimm-Verband“. Seine Verantwortlichkeit für den Schwimmsport in Wettkampf und Leistungsformen bedingte von Anfang an die verpflichtende Aufgabe des Schwimmenlehrens, zumal Schwimmunterricht in der Schule wegen der Vorherrschaft des Turnens kaum betrieben wurde. So erfüllten die Schwimmvereine schon vor der Jahrhundertwende eine Verhütungsfunktion gegen den Ertrinkungstod, da sie einerseits die aktive Selbstrettung in Notfällen durch die Schwimmfähigkeit des einzelnen erreichten, andererseits aber auch diesen zugleich befähigten, in Notfällen rettend einzugreifen.

Den Anstoß jedoch zur Gründung einer selbständigen Gesellschaft mit der alleinigen Verantwortung für die Wasserrettung gab das große Unglück am See-

Der Tauchrettungszug der DLRG Frankfurt: moderne Technik im Dienst des Katastrophenschutzes.



Rettungstaucher der DLRG – eine Spezialausbildung befähigt sie zur Lösung schwieriger und gefährlicher Aufgaben.



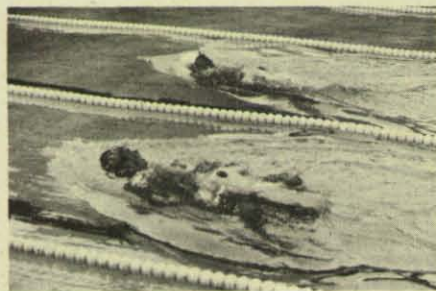
In über 1400 Wachstationen sichern DLRG-Rettungsschwimmer den Badebetrieb.

steg des Ostseebades Binz auf Rügen im Juli 1912, bei dem 17 Menschen, darunter sieben Kinder, ertranken. Darüber informiert der nachfolgende Augenzeugenbericht:

„Der sonnige Sonntag des 28. Juli 1912 ging zu Ende. Drohende Gewitterwolken

standen am Himmel, die See zeigte hohe Dünung. Hunderte Ausflügler und Badegäste drängten sich auf der über 800 m langen Seebrücke von Binz auf Rügen, um die auf der Reede ankommenden Kreuzer der Kaiserlichen Marine und die Abfahrt des Bäderdampfers ‚Kronprinz Wilhelm‘ um 19 Uhr nach Greifswald zu sehen. Plötzlich ein berstendes Krachen – und gleich darauf ein vielhundertstimmiges, schrilles, gelendes Aufschreien: Die Anlegestelle am Brückenkopf stürzte trichterförmig in sich zusammen, und wir versanken in der Tiefe.“

Auf der Brücke und dem Schiff standen die Menschen und starteten hilflos und tatenlos auf die verzweifelt mit dem Ertrinkungstod Kämpfenden. Endlich warfen einige beherzte Männer in das grauisige Menschenknäuel die wenigen Rettungsringe oder suchten mit Bootshaken die im Wasser Liegenden ungeschickt herauszufischen. So entstanden noch schwere Verletzungen.



Rettungssport-Vergleiche – hier das Abschleppen einer Puppe – dienen der Fitness und dokumentieren Leistungsbereitschaft.

Da gellten auf den Kriegsschiffen die Sirenen „Mann über Bord“. In unglaublicher Schnelle gingen Boote zu Wasser und kamen heran. Von den etwa hundert Personen, die in die See gefallen waren, ertranken 17, darunter sieben Kinder. Nur den Matrosen war es zu verdanken, daß nicht viel mehr ihr Leben lassen mußten.

Allgemein wurde es als beschämend empfunden, daß von den unzähligen Menschen auf der Brücke und auf dem Bäderschiff kaum jemand bereit oder fähig war, zu retten oder Erste Hilfe zu leisten und Wiederbelebungsversuche



Mit Wassergewöhnungsspielen werden die Jüngsten in den DLRG-Übungsstunden an das „nasse Element“ herangeführt.

Der „Pelikan“, ein leistungsfähiges Motor-Rettungsboot zum Einsatz in Binnengewässern.



zu machen. Das Unglück, seine Umstände und der Verlust von 17 Menschenleben, aber auch die Tatsache, daß allein ein Mann, der Sergeant Richard Römer aus Hohenlimburg, unter Einsatz seines Lebens zwölf Menschen vor dem Ertrinkungstod gerettet hatte, blieben im Bewußtsein der Öffentlichkeit und führten zu entscheidenden Initiati-



Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V.

Eines von zwei Plakaten, das die DLRG im Jubiläumsjahr herausbringt.

ven. Am 5. Juni 1913 veröffentlichte „Der Deutsche Schwimmer“, das amtliche Organ des Deutschen Schwimmverbandes, den Aufruf zur Gründung der DLRG.

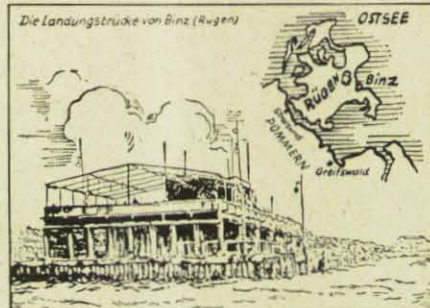
In den 70 Jahren ihres Bestehens hat die DLRG eine beispiellose Entwicklung durchlaufen. Waren es im Jahre 1920 noch 2000 Personen, die zu Ret-

DLRG-Rettungsschwimmer retten Menschen und bergen ein gekentertes Segelschiff.



tungsschwimmern ausgebildet wurden, so waren es im Jahre 1982 über 91 000 Prüfungen im Rettungsschwimmen. Insgesamt hat die DLRG seit dem Jahre 1950 2,7 Millionen Rettungsschwimmprüfungen und 14,8 Millionen Schwimmprüfungen abgenommen, annähernd in einer Million Fälle Erste Hilfe geleistet sowie 49 000 Menschen vor dem Ertrinkungstod gerettet. In über 7 000 Fällen geschah dies unter Einsatz des Lebens für den Retter. Diese Zahlen verdeutlichen eindrucksvoll, wie notwendig die Einrichtung „DLRG“ für die Bundesrepublik Deutschland und ihre darin lebenden Menschen ist.

Waren es, in der Gründungsphase vorwiegend Aufgaben im Bereich der Schwimm- und Rettungsschwimmerausbildung, die von der DLRG übernommen worden waren, so hat sich der Aufgabenkatalog bis zum heutigen Tag erheblich erweitert. Neben der Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren am und im Wasser, der Förderung des Anfängerschwimmens und des Schulschwimmunterrichts sowie der Aus- und Fortbildung der ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter sind die Mitwirkung bei der Abwendung und Bekämpfung von Kata-



Der Einsturz dieser Landungsbrücke im Jahre 1912 war der entscheidende Anstoß zur Gründung der DLRG.

stropfen am und im Wasser sowie die Mitwirkung im Rahmen der Rettungsdienstgesetze der Länder als Aufgaben hinzugekommen. Intensiviert wurde ferner die Aus- und Fortbildung von Bootsführern, Funkern und Rettungstauchern, die Planung und Organisation des Rettungswachdienstes sowie in jüngster Zeit der Natur- und Umweltschutz am und im Wasser. Die Entwicklung und Prüfung von Rettungsgeräten und -einrichtungen, die wissenschaftliche For-

schung auf dem Gebiet der Wasserrettung sowie die Zusammenarbeit mit Rettungsorganisationen im In- und Ausland runden das große Aufgabengebiet der DLRG heute ab.

Der DLRG gehören bundesweit über 450000 Mitglieder an. Viele von ihnen sind aktive Mitarbeiter und versehen, sei es nun am Beckenrand, in Rettungswachstationen oder im Rahmen des Katastrophenschutzes, sei es als Ausbilder, Wachleiter, Bootsführer oder Arzt

ehrenamtlichen Dienst, dessen Umfang jährlich einige Millionen Einsatzstunden erreicht.

In Kenntnis der Tatsache, daß zwei Drittel aller Deutschen im Schwimmen eine sinnvolle körperliche Betätigung sehen, der Wasser-Freizeitsport sich zunehmender Beliebtheit erfreut, ergibt sich auch in Zukunft ein breites Betätigungsfeld für die Rettungsschwimmer der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft.

Die Stadt Siegen gab einen Empfang für DLRG-Press- und Werbeleiter

Die „Öffentlichkeitsarbeiter“ trugen sich ins „Goldene Buch“ der Stadt ein

Ins „Goldene Buch“ der Stadt Siegen trugen sich die Referenten für Öffentlichkeitsarbeit der 14 DLRG-Landesverbände ein. Anlässlich ihrer dreitägigen Jahrestagung hatte die Stadt Siegen die „Lebensretter“ zu einem Empfang in ihre „gute Stube“, den Rubenssaal des Oberen Schlosses, eingeladen.

In seiner Begrüßung wies Siegens stellvertretender Bürgermeister Prof. Dr. Ostholthoff darauf hin, welch hohen Stellenwert die Arbeit der DLRG für unser Land habe. Als ausgezeichnet wertete er das Verhältnis zu den DLRG-Gliederungen „vor Ort“, deren Arbeit für die Bevölkerung Ostholthoff als beispielgebend wertete.

Bernd Schäfer, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der DLRG, dankte im Namen der Presse- und Werbeleiter für die Einladung und führte u. a. aus: „Eine Arbeit findet Anerkennung und Unterstützung nur dann, wenn sie publik und einer breiten Öffentlichkeit transparent gemacht wird. Daß dies geschieht, dafür

sorgen u. a. wir, die ‚Werber‘ und Leiter der Öffentlichkeitsarbeit mit unseren Mitarbeitern in den Landesverbänden. Es gilt, getreu dem Motto von Graf Zedwitz ‚Tue Gutes und rede darüber‘, dafür zu sorgen, daß an den Stellen, die für die Vergabe öffentlicher und privater Mittel verantwortlich zeichnen, Aufgaben und Wirken der DLRG im Bewußtsein sind.

Außerdem obliegen uns wesentliche Aufgaben im Bereich der Mitglieder- und Mitarbeitergewinnung. Wir wollen dafür sorgen, daß der große Zuspruch von Jugendlichen, dessen sich die DLRG seit vielen Jahren erfreut, auch über die 80er Jahre hinaus anhält. Nicht zuletzt wollen wir aber, gerade im Jahr unseres 70jährigen Bestehens, verdeutlichen, daß die Wasserrettung in Deutschland eine primäre Aufgabe der DLRG ist, auch wenn andere mit zum Teil abenteuerlicher Argumentation nachzuweisen versuchen, daß sie bereits vor hundert Jahren auf diesem Feld aktiv gewesen seien.“



Prof. Dr. Ostholthoff überreicht dem Leiter der DLRG-Öffentlichkeitsarbeit, Bernd Schäfer (links), die Rubens-Medaille.



Die DLRG-Referenten für Öffentlichkeitsarbeit trugen sich ins „Goldene Buch“ der Stadt Siegen ein.

Fotos: Gotthardt



Der Rubenssaal des Oberen Schlosses bot einen feierlichen Rahmen für den Stadtempfang. Der holländische Maler Peter Paul Rubens wurde 1577 in Siegen geboren.

Foto: Kämmerer

Presseschau des Inlands

„Auf den Notarzt kann nicht mehr verzichtet werden“

Die auf dem in Köln veranstalteten deutschen Notarzt-Kongreß kritisierte unzureichende Ausbildung von Rettungssanitätern und Notärzten beschäftigt jetzt auch Bonner Ministerien. Eine Tagung, zu der das Verkehrsministerium nach Köln eingeladen hatte, diskutierte insbesondere das in diesem Bereich festgelegte Ausbildungsdefizit und auch die Notwendigkeit einer möglichst schnellen Versorgung von Menschen am Unfallort.

Der Merheimer Chirurg und Organisator des Kölner Notarztwagensystems, Professor Dr. Heinz-Gustav Engelhardt, hat ein besonderes Anliegen: Er möchte die Arbeit der Unfallhilfe dokumentieren lassen, deutlich machen, was die Zahlen in der Statistik des Bundesamtes für Straßenwesen nur ahnen lassen können: daß mindestens 2300 Verkehrsunfallopfer jährlich durch Notärzte vor dem Tod bewahrt werden . . .

Dabei soll beispielsweise der Verlauf von Rettungsaktionen in jeder Einzelheit festgehalten werden; von der Arbeit am Unfallort über die klinische Versorgung bis zur Rehabilitation des Verletzten. Unterschieden werden dabei zwei Fälle: der, in dem das Unfallopfer die erste Behandlung durch den Notarzt erfährt, und jener, bei dem der Verunglückte vom Sanitäter versorgt wird und direkt mit dem Rettungswagen in die Klinik gebracht wird . . .

Der Arzt ist mit seinen Kollegen davon überzeugt: „Am Ende wird ganz klar die Erkenntnis stehen, daß auf den Notarzt nicht mehr verzichtet werden kann.“ Nur – bei aller technisch-apparativen Spitzenausstattung des Rettungssystems müsse mehr für die Ausbildung sowohl von Sanitätern als auch von Notärzten getan werden.

Empfohlen wurde eine erweiterte Ausbildung innerhalb des Medizin-Studiums. Sehr engagiert traten die Mediziner auch für die Breitenausbildung bei der „Ersten Hilfe“ in der Bevölkerung, vor allem in den Schulen, ein . . .

(Elke Pfaff im Kölner Stadtanzeiger)

Bundesregierung trat dem Vertrag über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer Waffen und Toxinwaffen bei

Die Bundesregierung hat heute (7. April) die Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen in Washington und London hinterlegt und ist damit Vertragspartei dieses weltweiten Abrüstungsvertrages geworden. Die Bundesrepublik Deutschland hatte sich bereits 1954 im Brüsseler Vertrag verpflichtet, diese Waffen – ebenso wie chemische und atomare Waffen – nicht herzustellen.

Die Bundesregierung mißt dem B-Waffen-Übereinkommen als dem ersten Abrüstungsvertrag, der eine ganze Kategorie von Massenvernichtungswaffen abschafft, große rechtliche und sicherheitspolitische Bedeutung bei. Die Beseitigung dieser Waffen durch das B-Waffen-Übereinkommen hat das seit dem Genfer Protokoll von 1925 geltende Völkerrecht verbessert, das lediglich den Einsatz von B- und C-Waffen im Kriege untersagt. Damit wird eine neuartige und besonders grausame Art von Kriegsführung endgültig gebannt und die Sicherheit aller Vertragsstaaten erheblich verbessert.

Das Übereinkommen enthält allerdings keine ausreichenden Regeln zur Nachprüfung seiner Einhaltung. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt daher eine mit großer Mehrheit in den Vereinten Nationen kürzlich beschlossene Initiative, eine Sonderkonferenz der Vertragsparteien zur Ausarbeitung zuverlässiger internationaler Kontrollmaßnahmen abzuhalten.

(Presseinformation des
Auswärtigen Amtes, Bonn)

DDR-Zivilverteidigung hat 900000 Angehörige

Die dem DDR-Verteidigungsministerium unterstehende Zivilverteidigung (ZV), die ihr offizielles 25jähriges Jubiläum feiert, soll auch im laufenden Jahr vor allem durch Frauen weiter verstärkt werden. Nach Angaben sachkundiger Beobachter umfaßt die ZV zur Zeit etwa 900000 Angehörige. Das sind rund 5,4 Prozent der gesamten Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands.

Wie die Ostberliner Presse berichtete, hat der Politchef der ZV, Generalmajor

Kurt Sommer, anlässlich des Jubiläums noch einmal betont, daß die Ausbildung der „freiwilligen Helfer“ selbstverständlich „vorwiegend in der Freizeit“ erfolgen müsse.

Zahllose Veröffentlichungen in Zeitungen und Zeitschriften belegen, daß in den letzten fünf Jahren vor allem Frauen für die ZV gewonnen wurden und weiterhin werden. Inzwischen gibt es schon Einheiten – in der Regel Sanitätszüge –, die nur aus Frauen bestehen. In sogenannten „Frauenbetrieben“ beträgt der weibliche Anteil 90 Prozent, im Einzelhandel über 50 Prozent. Zwar fehlen offizielle Angaben für die gesamte DDR. Doch berichtete die ZV-Zeitschrift „Schützen und Helfen“ in ihrer jüngsten Ausgabe, daß im Bezirk Potsdam der Frauenanteil in den ZV-Formationen von 28,5 Prozent (1978) auf 42,0 Prozent (1982) angestiegen ist. Im Klartext bedeutet dies, daß in diesem Zeitraum ganz überwiegend Frauen herangezogen worden sind.

Die ZV entstand durch Umorganisation der Mitte der fünfziger Jahre geschaffenen „Verwaltung Luftschutz“ im Innenministerium. Deren letzter Chef, der inzwischen pensionierte Generalmajor Rudolf Trinks, schlug in der neuen Ausgabe der ZV-Zeitschrift die Bildung einer ZV-Reserve aus eigentlich nicht mehr ZV-pflichtigen Bürgern vor. „Für mich sind die Veteranen gewissermaßen eine Art Reserve . . ., die bei Katastrophen und in anderen komplizierten Situationen helfen können und sollen“, meinte Trinks.

Zumindest ein betagter „ZV-Reservist“ ist schon tätig. In der knapp 50000 Einwohner zählenden Kreisstadt Bernburg im Bezirk Halle ist ein 70jähriger Rentner gerade dabei, im Wohngebiet Dröbel die Möglichkeiten für „geschützte Unterbringung“ der Bevölkerung zu ermitteln, also Luftschutzkeller zu erkunden.

Die ZV-Organisation beschränkt sich aber nicht auf die Städte. Durch Fotos belegt ist das übungsmäßig geprobte Abdichten von Ställen mit Strohhallen, um so das Vieh gegen ABC-Einwirkung zu schützen und auch der Betrieb der Eisenbahn durch Lok-Personal, das ABC-Schutzanzüge trägt.

Mit sichtlicher Unruhe reagierte die Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands im vergangenen Jahr auf die Kampagne, mit der die allgemeine Ausstattung mit behelfsmäßigen ABC-Schutzmitteln propagiert wurde. Der Ostberliner Minister rat veröffentlichte dazu eigens eine 16seitige Bauanleitung, deren Herzstück eine über den Kopf zu stülpende durchsichtige Plastiktüte ist.

(Deutsche Tagespost, Würzburg)

Presseschau des Auslands

Moskau: Schutzbauten für zehn Millionen Menschen

Oberster Chef der sowjetischen Zivilverteidigung ist ein Generaloberst, der den Apparat beherrscht. Er kann sich dabei auf militärische Gliederungsformen und die 100000 Soldaten der militärischen Zivilverteidigung stützen. So grotesk es auch klingen mag: In der „Zivil“-Verteidigung leisten tatsächlich Soldaten Dienst, ausgerüstet mit umfangreichem Bergungs- und Pioniergerät. Die Offiziere dieser hochwertigen Spezialtruppe erhalten eine dreijährige Fachausbildung an der Militärakademie für Zivilverteidigung in der sowjetischen Metropole.

Die Ausbildung künftiger Zivilschutzkräfte beginnt früh. Mit Vollendung des zehnten Lebensjahres werden die jungen Pioniere im Jahresverlauf mit 20 Stunden Praxis und 20 Stunden Theorie in die Grundsätze der angewandten Zivilverteidigung eingewiesen. Pro Jahr nehmen auch 15 Millionen Jugendliche in 55000 Lagern an den Luftschutzausbildungs-Abschnitten teil. Es gibt sogenannte Zivilschutz-Olympiaden mit Wettbewerben, in deren Rahmen sich die einzelnen Jugendgruppen auszeichnen können. 100000 hauptamtliche Zivilschutzfunktionäre sorgen für die Unterweisung. 60 bis 70 Ausbildungsdörfer dienen der realistischen Schadensdarstellung.

In jeder Unionsrepublik besteht ein Zivilverteidigungsstab unter Führung eines Generals mit dem entsprechenden Fachpersonal. Die ihm untergeordneten Kreise, Bezirke, Städte, Kolchosen und Kombinate werden von Reserveoffizieren als Zivilschutzkommissare geleitet. Die kommunalen Zivilschutzdienste sind zuständig für Brandschutz, Warndienst, Entgiftung, Medizin- und Veterinärdienst sowie für den Schutzraumbau. Nach Auffassung ausländischer Beobachter gibt es allein im Großraum Moskau

Schutzplätze für zehn Millionen Menschen. Ähnlich umfangreich sind die Schutzeinrichtungen in anderen Großstädten mit starker Industrieansiedlung.

Zu den wichtigsten Aufgaben sowjetischer Zivilverteidigung gehören: Wahrnehmung von Maßnahmen, die die administrative Führung unter allen Umständen sicherstellen, Schutz gegen die Wirkung von Massenvernichtungswaffen, Sicherstellung lebens- und kriegswichtiger Produktionen, schnelle Beseitigung von Kriegsschäden. Außerdem hat die Zivilverteidigung für die Einlagerung von Lebensmitteln und Rohstoffen zu sorgen. Ihre Beauftragten sind es auch, die ein wichtiges Wort bei der Verlagerung kriegswichtiger Betriebe mitzureden haben. So gibt es ein Programm, das sich mit der Neustruktur von Industriezentren befaßt. Sie werden in der Nähe von Rohstoffquellen in den sibirischen Regionen eingerichtet. Dabei ist es bereits zu Stadtgründungen gekommen. Neutrale Beobachter nehmen an, daß zwischen 1971 und 1981 etwa 80 Mittel- und Großstädte entstanden sind.

In der ganzen UdSSR sollen in Spannungszeiten 70 bis 90 Millionen Menschen aus besonders luftgefährdeten Regionen evakuiert werden. Für diese Aktion hat der Zivilverteidigungschef 72 Stunden veranschlagt. Die sowjetischen Schutzbauten entsprechen den standardisierten Richtlinien, nach denen Bunkerwände Druckwerten bis zu 7,4 Kilo pro Quadratmeter widerstehen müssen. Die Einheitsbunker nehmen 100 bis 300 Personen auf. Sämtliche Führungsstäbe im militärischen und halb-militärischen Bereich verfügen über ABC-sichere Schutzanlagen. Das Schutzbauprogramm wird mit großem Aufwand an Mitteln fortgesetzt, allerdings treten durch Planungspressen immer wieder Verzögerungen auf.

(Gefahrenabwehr,
SVA-Pressedienst Bonn)

Schweiz: Gemeinsamer Schutzraumbezug geübt

Im Rahmen der Zivilschutztage führte die Gemeinde Küsnacht erstmals einen gemeinsamen Schutzraumbezug mit der Bevölkerung durch. Zum einen wollte man damit die zivile Bevölkerung aufklären, wie man sich als Privatperson im Ernstfall, zum Beispiel bei einem C-Alarm, zu verhalten hat, wann der Schutzraum bezogen werden und was an lebensnotwendigen Utensilien mitgenommen werden muß, was nicht in den Schutzraum gehört (beispielsweise Haustiere) und welche Vorbereitungen bereits in Friedenszeiten zu treffen sind.

Zum ändern sollte die Schutzraumorganisation des Zivilschutzes in diesen Tagen sämtliche privaten Schutzräume besichtigen, die Besitzer auf eine zweckmäßige Einrichtung derselben hinweisen, Orientierungstafeln für die richtige Benutzung des Luftschutzkellers anschlagen und anlässlich einer Sirenen-demonstration die Küsnachter auf die verschiedenen Alarmstufen und deren Bedeutung aufmerksam machen. Schließlich sollten sowohl die Bevölkerung als auch die Schutzraumbetreuer einmal hautnah erleben, was es heißen könnte, gemeinsam Tag und Nacht in der stickigen, mit Küchendüften angereicherten Luft eines Schutzraumes zuzubringen und trotz der summenden Lüftung und den harten Kojen zu schlafen.

Obwohl die Gemeinde bereits Wochen zuvor eine große Werbekampagne gestartet und an alle Haushaltungen die gelbe Schutzraumzuweisungskarte verteilt hatte, war die Bereitschaft, aktiv mitzumachen, minimal. Dies dürfte allerdings nicht nur an der sprichwörtlichen Bequemlichkeit gelegen haben, sondern auch am mageren Informationsgehalt der Merkblätter, die äußerst knapp über die vorgesehenen Übungen und den geplanten Schutzraumbezug orientierten. Dementsprechend konnte von der Bevölkerung nur knapp die Hälfte aller Schutzräume besichtigt werden, und auch der Sirenenalarm lockte nur vereinzelt Küsnachter auf die Straße.

Immerhin benutzte eine stattliche Zahl von Einwohnern die Gelegenheit, wenigstens einmal einen öffentlichen Schutzraum zu besichtigen. Das Übernachten allerdings überließen die meisten den Kindern, die sich offensichtlich auf die bevorstehende Nacht im Schutzraum freuten, bereits zeitig mit ihrem Schlafsack und allerlei guten Ratschlägen ausgestattet eingerückt waren.

Die Idee, die Bevölkerung mit einem möglichen Schutzraumbezug vertraut zu machen, ist sicher sinnvoll. Nicht nur drohende Kriegsgefahr, sondern in erster Linie eine Giftkatastrophe könnte eine Benutzung des Schutzraumes von heute auf morgen notwendig machen. Daß die Küsnachter diesmal nicht im erhofften Ausmaß an der Übung teilgenommen haben, sollte nicht nur als ein allgemeines Desinteresse der Bevölkerung gewertet werden. Immerhin haben sich die Einwohner in diesen Tagen, und sei es nur im nachbarlichen Gespräch, zum Teil ausgiebig mit der Schutzraumproblematik auseinandergesetzt. Wer weiß, vielleicht entrümpelt nun doch der eine oder andere seinen Keller, stockt den Notvorrat auf und legt die Belüftungsklappe frei.

(Neue Zürcher Zeitung)

Wissenschaft & Technik

Vollautomatische Funk-Überleinrichtung

Eine Überleinrichtung ist für die Verbindung von Funk-Systemen und Telefon-Nebenstellen-Anlagen entwickelt worden. Das Konzept dieses Systems basiert auf den „VDEW-Empfehlungen für Betriebsfunk-Durchwahl“ sowie dem Pflichtenheft für den „Betriebs sicherungsfunk der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung“ des Bundes für ein „Durchwahlsystem im Wasserstraßenfunk“.



Mit dem System können folgende Funktionsabläufe verwirklicht werden: Automatische Wahl von der Telefon-Nebenstelle zum mobilen Funkteilnehmer und umgekehrt, Funkverbindung mit automatischer Wahl zwischen den Fahrzeugen, Funkverbindungen mit automatischer Wahl zwischen Handfunksprechgeräten und von diesen zu mobilen und ortsfesten Stationen und umgekehrt. Bei der vollautomatischen Funk-Überleinrichtung steht eine Vielzahl von Erweiterungsmöglichkeiten (Protokoll drucker, Bildschirmgeräte, Tonbandgeräte, zentraler Kurzwahlspeicher, automatische Rückrufvermittlung usw.) zur Verfügung.

Aufgrund moderner Microprocessor-Technik zeichnen sich die Bediengeräte, die neu entwickelt wurden, durch besondere Flexibilität aus. Das Überleit-system ist überall dort einsetzbar, wo Betriebe, Behörden oder Institutionen einen schnellen und sicheren Zugriff zu ihren Fahrzeugen und Außendienstmitarbeitern benötigen.

(Foto: Storno Elektronik)

Neue Schutzhandschuhe aus Aramidfaser

Rapide gesunken ist die Zahl der Hand- und Armverletzungen bei einem großen Lastwagen- und Traktorenhersteller in Spanien: Waren es bisher allein im Preßwerk monatlich etwa 13 Hand- und zwei Armverletzungen, so wurden in dem Betrieb die Handverletzungen auf Null herabgedrückt. Das liegt, so die Hersteller eines neuen Produktes, an den schnitt-, stich- und funkenfesten Handschuhen aus einer hochwertigen Aramidfaser.

Die Lebensdauer solcher Handschuhe ist durchschnittlich fünfmal länger als die der früher verwendeten schweren Lederhandschuhe. Außerdem haben die Aramidhandschuhe nur ein Drittel des Gewichts von Lederhandschuhen, was das Arbeiten wesentlich angenehmer macht. Das kochfeste Aramidgewebe kann mehrfach gewaschen oder gereinigt werden, ohne daß es schrumpft oder seine Schutzeigenschaften einbüßt. Außerdem haben die neu entwickelten Schutzhandschuhe eine hohe Verschleiß-, Abriebs- und Schnittfestigkeit.

Neuer Kompaktlader

Um den Ansprüchen einer leichten Handhabung und eines leichten Transports sowie einer zuverlässigen Einsatzbereitschaft gerecht zu werden, entwickelte eine belgische Firma einen Kompaktlader. Dieser Mini-Lader, bereits bei der Feuerwehr Dietzenbach im Einsatz, ist ideal für Aufräumarbeiten in zerstörten Gebäuden und auch zum Entfernen von brennenden Teilen. Der Kompaktlader ist ausgestattet mit einer Schaufel mit Zähnen (1070 mm) sowie einer Universalgabel.

Der neue Kompaktlader kam bei der Feuerwehr schon mehrmals zum Einsatz und hat sich bewährt: Als der Main über die Ufer trat, konnten schnell und ohne Unterbrechung tonnenweise Sandsäcke zur Reparatur eines eingebrochenen Dammes transportiert werden. Bei Unfällen von Lastwagen, die chemische Produkte und Mineralöle transportierten,



wurden mit dem Kompaktlader Öl- und Bindemittel weggeschaufelt.

(Werkfoto: Clark Bobcat Europe)

An- und Abrufbeantworter mit Euro-Signal und Service-Ruf

Für alle, die auch unterwegs auf Anrufe schnell reagieren müssen, bietet eine Firma aus München einen abrufbaren Anrufbeantworter mit eingebautem Wahlgerät an. Sobald ein Anruf aufgezeichnet wird, verständigt das Gerät den abwesenden Teilnehmer, wo immer er sich gerade aufhält, telefonisch von der Aufzeichnung. Auch Alarme und Warnungen – zum Beispiel bei Einbruch oder technischen Störungen – lassen sich auf diese Weise übermitteln. Bis zu drei beliebige Telefon-Nummern und/oder Euro-Signal ruft das microcomputer-gesteuerte Gerät der Reihe nach an. Die Nummern lassen sich ohne Zusatzgerät programmieren.



Der Angerufene kann dann die aufgezeichneten Gespräche abhören. Das Gerät läßt sich so programmieren, daß jeweils nur die von Abruf zu Abruf aufgezeichneten Anrufe durchgegeben werden. Ein Taschendecoder verhindert das Abhören durch Unbefugte.

Diktiermikrofon, Kopfhörer und Fußschalter machen das Modell gleichzeitig zu einem vollwertigen Diktier- und Wiedergabegerät. Außerdem läßt es sich als „Protokollführer“ bei wichtigen Telefongesprächen einsetzen: Rede und Gegenrede werden auf Band mitgeschnitten. Über den eingebauten Lautsprecher können Telefongespräche – auch während der Aufzeichnung – mitgehört werden.

(Werkfoto: Zettler)

Neue Bücher

Zivilschutz und Zivilverteidigung Organisation in Übersichten

Herausgegeben von Heinz Kirchner
und Hans Günther Merk
Jüngling-Verlag, München,
Mannheim, Bonn, Hannover

In einer vierten Auflage, die dem Stand von Januar 1983 entspricht, wurde der Sonderband „Organisation in Übersichten“ vorgelegt. „Zivilverteidigung und Zivilschutz vermögen nur dann ihren Aufgaben in ganzem Umfang gerecht zu werden, wenn sie im Frieden wie im Verteidigungsfall von der Gemeinschaft aller Bürger getragen werden, was vor allem Einblick und Verständnis voraussetzt. Noch weitergehende und gründlichere Kenntnis sollte jeder besitzen, dem Teilaufgaben in diesem Bereich zufallen“, so der Verlag in seiner Vorankündigung des Bandes, der für alle interessant und wichtig ist, die die Gesamtordnung von ziviler Verteidigung und Zivilschutz überblicken möchten.

Zu folgenden Komplexen bietet der Band jeweils Organigramme und stichwortartige Beschreibungen: Gesamtverteidigung einschließlich der nationalen und der NATO-Verteidigungsorgane, zivile Verteidigung im nationalen Bereich, Aufgaben der zivilen Verteidigung im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums, Einsatz der Streitkräfte, Aufgaben der zivilen Verteidigung im Geschäftsbereich der Innenminister/-senatoren der Bundesländer und zivile NATO-Verteidigung.

Zu den einzelnen Organigrammen gibt es Erläuterungen, die die gesetzlichen Grundlagen, die Aufgaben, das Zusammenwirken der Institutionen und Organisationen darstellen. Das Buch ist übersichtlich und dient einer raschen Unterrichtung über Zusammenhänge und Einzelfragen.

Kernwaffen in Europa

Von H. J. Neumann
Osang Verlag GmbH, Bonn

Was vor wenigen Jahren nur von Experten diskutiert wurde, ist seit Monaten Gegenstand einer breit angelegten öffentlichen Diskussion und wurde sogar im letzten Bundestagswahlkampf zu einem wichtigen Thema: Die zentrale Frage deutscher Politik, die Sicherheitspolitik – und spezieller die atomare Frage – scheint die Meinungen der Öffentlichkeit jedoch in heftiges Für und Wider zu spalten.

Wer es mit dem Prinzip des informierten Bürgers für eine lebendige Demokratie ernst meint, kann solche Auseinandersetzung nur begrüßen. Was die öffentliche Diskussion allerdings zum Problem macht, ist die Unsicherheit gegenüber der Frage nach Funktion und Rolle der modernen Waffen in unserer Zeit. Niemand zweifelt an der Priorität, die dem Frieden zukommt. Aber die Beschränkung der öffentlichen Auseinandersetzung auf die Waffe allein droht die Komponente des politischen Willens vergessen zu machen, der durch die Einsatzandrohung den Frieden erhalten will.

Und noch problematischer wird die Auseinandersetzung, wenn dabei Begriffe gebraucht werden, deren Inhalte nicht exakt bekannt sind. Deshalb bietet dieses bewußt als Taschenbuch geschriebene kleine Werk – eine Übersetzung aus dem Englischen – einer breiten Öffentlichkeit die Fakten und Informationen an, die sie zur Beurteilung der Zusammenhänge braucht.

Feuerwehr-Grundlehrgang FwDv 2/2

Von Lothar Schott/Manfred Ritter
Wenzel-Verlag, Marburg

Seit 1980 ist die FwDv 2/2 in Kraft. Die Ausbildungsinhalte sind sowohl auf die umfangreiche allgemeine Aufgabenstellung der Feuerwehren als auch auf ihre Tätigkeit im erweiterten Katastrophenschutz ausgerichtet. Das vorliegende Buch, eine ergänzte und überarbeitete Neuauflage des bisherigen Titels „Feuerwehr-Grundlehrgang“ enthält den gesamten Lehrstoff für die Grundausbildung des Feuerwehrmanns.

Die Autoren, beide Praktiker aus dem Bereich der Freiwilligen Feuerwehr, waren bemüht, den überaus komplexen Lehrstoff durch klare Textaussagen und eine reichhaltige Illustration in einer leicht verständlichen Form anzubieten.

Für den Ausbilder in der Feuerwehr stellt das Buch eine wertvolle Hilfe beim Unterricht dar.

„Die Roten Hefte“

Löschwasserförderung
Von H. Kern/F. A. Schneider
Heft 7, 10. Auflage
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Um die Löschwasserförderung so durchzuführen, daß die höchstmögliche Sicherheit und der beste Wirkungsgrad erreicht werden, sind spezielle technische Kenntnisse notwendig. Die Lehrschrift hat die Aufgabe, die Zusammenhänge aufzuzeigen und dem Feuerwehrmann die notwendigen Kenntnisse zu vermitteln.

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Töpfer/Lind
Notstandsrecht der Bundesrepublik
Deutschland
72. Ergänzungslieferung
Verlag R. S. Schulz, Percha

Mit der vorliegenden Lieferung wird das Landesrecht von Baden-Württemberg und Bayern auf den Stand vom 1. Mai 1982 gebracht. Neben zahlreichen Änderungen und Ergänzungen wurden für Baden-Württemberg der Stärke- und Gliederungserlaß sowie für Bayern die neuen Technischen Richtlinien der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und die Neufassung des Bayerischen Feuerwehrgesetzes aufgenommen.

Gerdemann/Korbmann/Kutter/
Stramka
Krankentransport und
Rettungswesen
20. Ergänzungslieferung
Erich Schmidt Verlag GmbH,
Bielefeld

Mit der Ergänzungslieferung werden neben zahlreichen Aktualisierungen die Allgemeine Verwaltungsvorschrift über das Rechnungswesen in der Sozialversicherung – als Auszug der für den Bereich Krankentransport und Rettungswesen wichtigen Teile – und im Abschnitt Rechtsprechung mehrere Urteile aus dem Bereich des Sozialrechts neu aufgenommen.

Das Landesrecht der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen wird ebenfalls auf den neuesten Stand gebracht.

Paul Claes

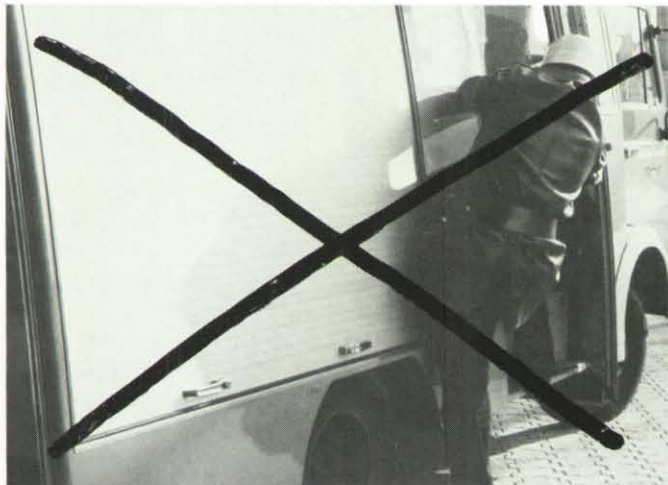
Das Minimagazin

Safety first – im Brandschutzdienst

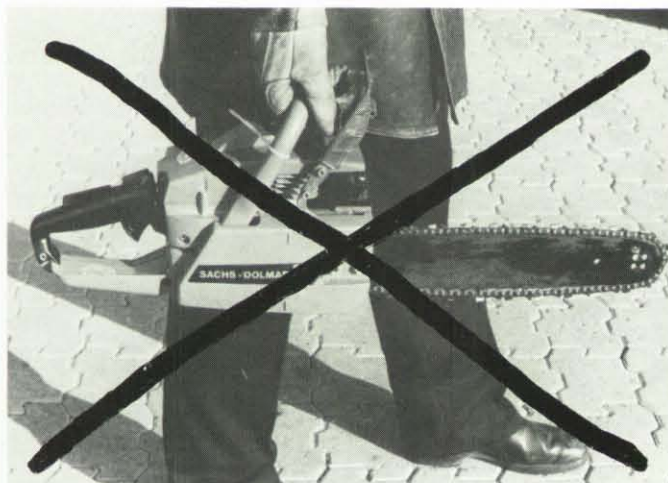
Die jeweilige Paragrafenangabe bezieht sich auf die Unfallverhütungsvorschrift Feuerwehren vom 1. Juli 1972.



Beim Wassergeben von tragbaren Leitern darf kein B-Rohr eingesetzt werden. (Vgl. § 20)

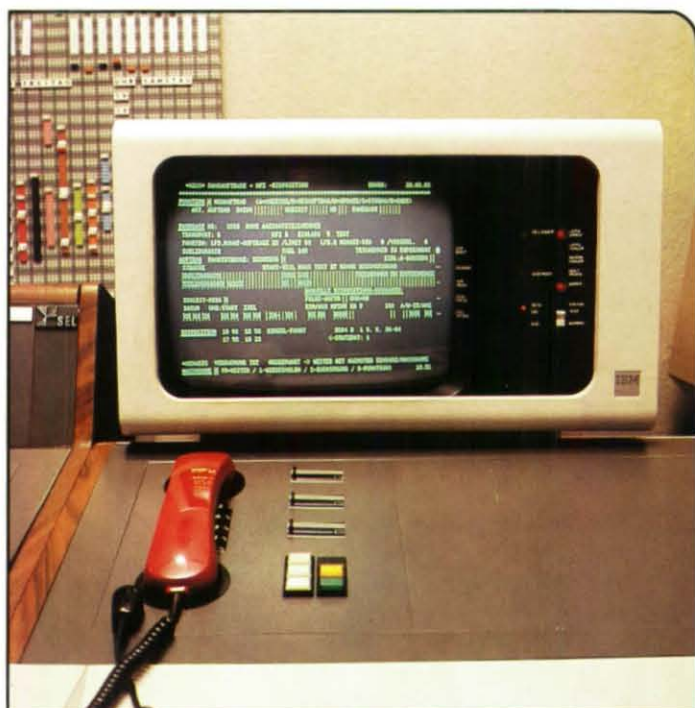
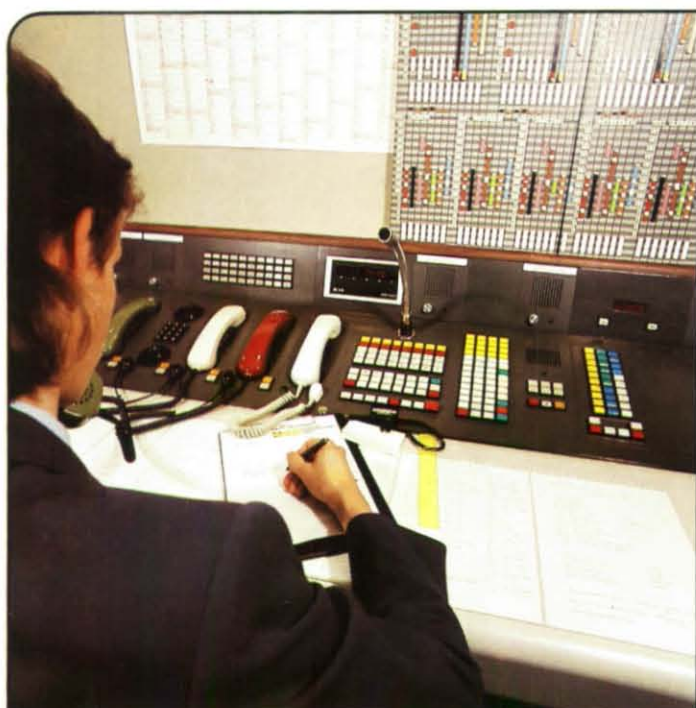


Der Fahrer darf erst anfahren, nachdem alle Mitfahrenden die vorgesehenen Plätze eingenommen haben. Das Auf- und Abspringen während der Fahrt ist untersagt. (§ 35 [2,3] UVV „Fahrzeuge“)



... auf dem Wege zu und von der Arbeitsstelle (sind) alle schneidenden und spitzen Geräte und Werkzeuge mit einer Schutzhülle zu versehen und so zu transportieren, daß niemand gefährdet wird. (§ 6 [1] UVV „Forsten und Baumpflanzungen“)

Neue Einsatzleitstelle beim ASB Köln



Anfang dieses Jahres nahm der Arbeiter-Samariter-Bund Köln eine der modernsten Einsatzleitstellen in der Bundesrepublik in Betrieb. Ausschlaggebend für dieses Projekt waren nicht nur wirtschaftliche Gründe, sondern auch der Wunsch, den Service für behinderte Mitbürger zu verbessern. Die Fahrwünsche der Behinderten werden jetzt im Hinblick auf Tageszeit, Fahrstrecke, Verkehrsdichte, Abfahrts- und Zielort registriert; so können je nach Situation mehrere Fahrten zusammengelegt und von einem Fahrzeug durchgeführt werden.

Durch den neuen technischen Standard hat der ASB im Fernmeldebereich vielfältige Möglichkeiten erhalten. So kann selbst bei Großeinsätzen der normale Dienstbetrieb weitergeführt werden. Ein übergeordneter Einsatzleitplatz ermöglicht dann einen gesonderten Funkverkehr. Ein Notstromaggregat versorgt bei einem Stromausfall die Leitstelle mit Energie.

Unser Titelbild sowie die Fotos auf dieser Seite geben einen Einblick in die Ausstattung der Einsatzleitstelle.